HX
276
S79

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

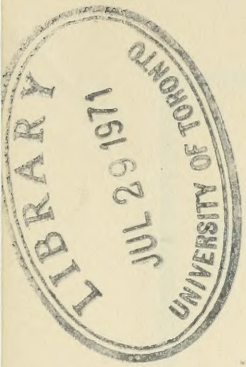
http://www.archive.org/details/dasproblemderdem00stef

Gustaf F. Steffen

Das Problem der Demokratie

Erstes bis drittes Tausend

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1912



HX
276
S79

I

Radikaler Sozialismus und moderne Sozialpolitik

1. „Utopie" und „Umsturz"

Manch einer ist ohne Zweifel der Ansicht, daß nichts einfacher sein könne, als Stellung zu den Theorien der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und zu ihren praktischen Bestrebungen zu nehmen. Diese sind ja „utopisch" und gehen auf den „Umsturz" des Staates und der Gesellschaft aus; und damit glaubt man die Sache abgetan zu haben. Dies ist aber ein Glaube, der auf entsetzlich schwachem Grunde ruht! Man braucht durchaus nicht zu denjenigen gehören, die als große Lichter unter unsern wirtschaftlichen und politischen Führern gelten, um begreifen zu können, daß die Gesellschaftsordnung, unter welcher wir jetzt leben, nichts anderes ist als die tollste „Utopie" und der rücksichtsloseste „Umsturz", wenn man sie mit ihren nächsten Vorgängerinnen, z. B. mit der feudalen Gesellschaft, vergleicht. Ist es uns wirklich einmal gelungen, diese allereinfachste geschichtliche Aufklärung, welche die Volksschule den ärmsten unserer Kinder zuteil werden lassen sollte, uns anzueignen, so müßte es unmöglich sein, die Sozialdemokratie mit allerlei Gerede über Utopien und Umsturz abfertigen zu wollen.

Es gibt soziale Utopien, die sich dadurch kennzeichnen, daß sie ohne jegliche Berücksichtigung der entscheidenden Züge der gegenwärtigen Organisation und Evolution der Gesellschaft konstruiert sind. Kann jemand, der die wissenschaftlichen Grundlagen der sozialdemokratischen Theorien kennt, behaupten, daß sie dermaßen ganz und gar in der Luft schweben? Hat es nicht eher den Anschein, als ob die Anhänger der „materialistischen Geschichtsauffassung" ein wenig zu sehr mit einer geradlinigen Fortsetzung der jetzt herrschenden sozialen Entwicklungsbewegungen rechneten und über den „Utopismus", der in der Befähigung des Menschen zur Selbstbestimmung wenigstens *einen* der entscheidenden sozialen Evolutionsfaktoren sieht, viel zu abfällig urteilten? Und wie verhält es sich mit dem „Umsturze", den der Marxismus prophezeit hat? Er soll ja nur darin bestehen, daß die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft schon gereifte sozialistische

Gesellschaftsorganisation schließlich die leblose Schale veralteter Gesetzesformen und schädlicher Klassenprivilegien sprengt, die dann alles sein soll, was noch von der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung übrig ist. Dies ist ja eine Revolutionstheorie, welche offensichtlich auf der Erfahrung basiert, die man damals machte, als die bürgerliche Gesellschaft innerhalb des vermorschten Rahmens der feudalabsolutistischen Standesvorrechte und sozialwirtschaftlichen Beschränkungen zum Durchbruche gelangte.

Sind die sozialdemokratischen Auffassungen der jetzt vor sich gehenden Gesellschaftsentwicklung „Utopismus" und „Umsturz", so gibt es keinen andern Ausweg als zuerst die allgemeine Berechtigung des sozialen Utopismus und Umsturzes anzuerkennen und dann genau zu untersuchen, wieviel Wahrheit und Irrtum in dem speziellen Utopismus der Sozialdemokratie und in ihren speziellen Umsturzbestrebungen liegen kann. Die einzige Alternative wäre der gar zu naive und unwissenschaftliche Glaube, daß gerade die bestehende Gesellschaftsordnung die allerletzte sei, die in der Geschichte der Menschheit vorkommen werde. Man müßte dann wenigstens nach den Kennzeichen dieser „bestehenden" Gesellschaftsordnung fragen. Sie verwandelt sich ja mit schwindelnder Fahrt unter unsern eigenen Augen.

Es hat in dieser Verbindung ein gewisses Interesse, sich daran zu erinnern, daß Adam Smith, der unbestreitbar größte und unvergleichlich einflußreichste wissenschaftliche Vertreter der liberalen Nationalökonomie, in seinem 1776 zuerst veröffentlichten, noch heute außerordentlich lesenswerten Werke über „die Natur und die Ursachen des Nationalwohlstandes" ausdrücklich seine eigenen Theorien über Gewerbefreiheit und Freihandel als Utopien bezeichnet, die sich niemals würden verwirklichen lassen, nicht einmal in seinem eigenen Vaterlande. Überdies verdient es beachtet zu werden, daß sein theoretischer Angriff gegen den Merkantilismus kaum weniger heftig war als die sich gegen den wirtschaftlichen Liberalismus richtenden Angriffe der heutigen Sozialdemokraten.

Man betrachte einige Aussprüche, die er um das Jahr 1775 herum

niedergeschrieben hat. „Zu erwarten, daß der freie Handel jemals wieder vollständig in Großbritannien eingeführt werde, ist natürlich ebenso ungereimt, wie zu erwarten, daß die Gesellschaftsordnung dieses Landes dereinst nach dem Muster Oceanas oder Utopias eingerichtet werden würde. Nicht nur die Vorurteile der großen Menge, sondern auch, was ein noch viel unüberwindlicheres Hindernis ist, die Privatinteressen vieler einzelnen sind einer solchen Maßregel mit unwiderstehlicher Kraft entgegengesetzt." Wenn ein Parlamentsmitglied es wage, gegen diese wirtschaftlichen Privatinteressen aufzutreten und „noch mehr, wenn er Autorität genug besitzt, um ein wirksames Einschreiten gegen sie hervorzurufen, so wird weder die offenkundigste Redlichkeit noch der höchste Rang und noch weniger die erfolgreichste Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit ihn vor dem gemeinsten Beschimpfen und Verleumden schützen oder ihn vor persönlichen Beleidigungen oder wirklicher persönlicher Gefahr infolge der Rücksichtslosigkeit und des Übermutes wütender, gereizter Monopolisten bewahren".[1]

„Die Konsumtion ist der einzige Zweck aller Produktion und der einzige Sinn, den sie hat; und die Interessen des Produzenten sollten nur soweit berücksichtigt werden, wie es zur Förderung der Interessen des Konsumenten notwendig ist. Dieser Grundsatz ist so vollkommen selbstverständlich, daß es eine Ungereimtheit wäre, ihn noch beweisen zu wollen. Aber im Merkantilsysteme werden die Interessen des Konsumenten fast immer denen des Produzenten geopfert; und in diesem Systeme scheint die Produktion, nicht die Konsumtion, als der einzige Zweck und der innerste Sinn der Industrie und des Handels betrachtet zu werden."[2]

Auch mit Berücksichtigung der seit 1775 außerordentlich veränderten wirtschaftlichen Gesellschaftsverhältnisse braucht an diesem letzten Ausspruche nicht viel geändert zu werden, damit er sich in eine sozialdemokratische Anklage gegen das kapitalistische System verwandle, und zwar in die, daß dieses System ausschließlich oder in erster Linie den privaten Gewinninteressen sowie überhaupt den Interessen der Besitzer des Kapitals und des Bodens diene, ohne Rücksicht darauf, daß

[1] *Wealth of Nations, Buch IV, Kapitel 2.* [2] *Op. cit., Buch IV, Kapitel 8*

die Gesamtproduktion der Nation vernünftigerweise keinen andern Zweck und keinen andern Sinn haben könne, als die größtmöglichste Bedarfsbefriedigung oder Konsumtion innerhalb des ganzen Volkes. Was sollen wir von einem Produktionssysteme denken, welches enorme Reichtümer und unkontrollierte wirtschaftliche Macht in den Händen einer kleinen Anzahl Besitzer und Unternehmer anhäuft, aber das Problem der Beseitigung der Massenarmut und der wirtschaftlichen Abhängigkeit ungelöst und ohne irgendwelche eingestandene Lösungsmöglichkeit innerhalb des Rahmens der „bestehenden Gesellschaftsordnung" weiter existieren läßt?

Ich erlaube mir, stark zu argwöhnen, daß der gute Adam Smith, wenn er gerade jetzt lebte und wirkte, der Sozialdemokratie recht nahe stehen würde und durchaus kein „bürgerlich" oder „kapitalistisch" rechtgläubiger Anhänger der individualistischen Lehren im *Wealth of Nations* sein würde, sondern daß er eher wohl die auf soziologischem Grunde ruhende Ethik der im Jahre 1759 zuerst veröffentlichten genialen Abhandlung *The Theory of Moral Sentiments* sehr nachdrücklich auf die wirtschaftliche Politik anwenden würde.

Wir wiederholen ja alle täglich, daß jeder große Mann, sowie auch jeder unbedeutende Mensch, „ein Kind seiner Zeit" sei. Doch wir vergessen regelmäßig, daß damit eingestanden wird, daß man sich auf ihn unmöglicherweise noch hundert Jahre nach seinem Tode als auf denjenigen berufen kann, welcher jetzt die Anschauungen aufstellen und verteidigen würde, mit welchen er damals hervorgetreten ist und für welche er damals energisch gekämpft hat.

Wenn Karl Marx gerade jetzt wirkte und derselbe geniale Soziologe und Sozialökonom wäre, als welcher er sich in der Zeit von 1845 bis 1865 erwiesen hat, so hätte er ganz gewiß eine wesentlich andere Auffassung der Organisation der privatkapitalistischen Produktion und ihrer Entwicklungstendenzen als die in seinem Buche „Das Kapital" ausgesprochene, und er wäre sicherlich kein „Marxist". Er soll ja sogar bei Lebzeiten geleugnet haben, daß er „Marxist" sei, indem man ihm den humoristischen Ausruf „*moi, je ne suis pas marxiste*" in einer Unterhaltung mit einigen französischen „Partei-

genossen" zuschreibt. Übrigens wissen wir, daß Marx die älteren Programme der marxistischen Sozialdemokratie nicht in allem und jedem billigte und daß es ihm nicht gelang, ihre Urheber dazu zu bewegen, daß sie den „Marxismus" in genauere Übereinstimmung mit Marx selber brachten.

Es gibt keine ungereimtere Weise, das Werk eines großen Mannes zu fördern und sein Andenken zu ehren, als sich unter ganz andern Zeitverhältnissen als denen, welche die Art seiner Auffassungen und seiner Vorschläge wesentlich bestimmten, zu seinem sklavischen Nachbeter oder buchstabengläubigen Ausleger zu machen. Was man in den orthodoxen marxistischen Kreisen viel zu wenig bedenkt, das ist eben der Umstand, daß wir jetzt ein weit größeres Stück der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung überblicken, als Marx es 1845—65 tun konnte, und daß ein so außerordentlich begabter Gesellschaftsforscher wie Marx ohne jeglichen Zweifel seine Auffassung sehr durch die Züge hätte beeinflussen lassen, welche das soziale Entwicklungsbild des Jahres 1910 wesentlich von dem sozialen Entwicklungsbilde des Jahres 1850 unterscheiden.

Möglichst von diesen neuen Zügen abzusehen und die wichtigeren Fortschritte der Gesellschaftsforschung nach den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unbeachtet zu lassen, das charakterisiert gerade den orthodoxen Marxismus, denn hierin liegt ja die Orthodoxie, das Festhalten an den Lehren, welche Marx in seinen Veröffentlichungen aus den Jahren 1847 und 1867 formulierte. Dadurch aber macht man sich zum Bekenner einer Masse in unserer Zeit offensichtlich unhaltbarer wissenschaftlicher Anschauungen, von denen es absolut undenkbar ist, daß ein Mann der Wissenschaft, wie Marx es war, ihnen heutzutage hätte huldigen können.

Wer könnte auf den Gedanken verfallen, einen der großen Naturforscher des 18. Jahrhunderts durch sklavisches Festhalten an seinen damaligen Anschauungen in unsern Tagen zu ehren?

Es gibt also auch innerhalb der revolutionären Sozialdemokratie eine Schule, welche man daran erinnern muß, daß sich eine soziologische Entwicklungstheorie durch allgemeines Gerede über „Uto-

pien" und „Umsturz" (in diesem Falle Umwälzung der Revolutionstheorien und der Revolutionstaktik der Jahre 1840—1860) nicht widerlegen läßt. Das, was einem sozialistischen Forscher und Denker der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als Utopie erschien, kann der in unserer Zeit lebende mit völliger Berechtigung als höchst realistisch ansehen. Und die Umsturztheorie des älteren Forschers kann sich dem jüngeren mit verhängnisvollen Mängeln behaftet erweisen, mit Mängeln, welche jene Theorie zu einer Utopie in gerade dem Sinne machen, den das Wort bei den Gegnern der Sozialdemokratie hat.

Aber diesen letzteren müssen wir von neuem erklären, daß derjenige, welcher nicht von vornherein die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit zugibt, daß die Gesellschaftsverhältnisse unserer Nachkommen in hundert Jahren sich als gewaltig „utopisch" und radikal „umstürzlerisch" erweisen werden, ganz einfach jenseits jeder möglichen vernünftigen Diskussion über diese Dinge steht.

Ich werde in der Folge sowohl das hervorheben, was mir als die wesentlichen Mängel des „Utopismus" und „Revolutionismus" der Sozialdemokratie erscheint, wie auch das betonen, was ich als die wissenschaftlich und politisch wertvollen Züge darin ansehe. Mit den vorhergehenden Reflexionen habe ich nur angeben wollen, daß es, meiner Meinung nach nichts anderes sein kann als reine Philistertorheit oder auch Unfähigkeit zu evolutionistischem Denken auf sozialem Gebiete, wenn man dadurch zu dem Vernunfts- und Wahrheitskerne der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen zu gelangen sucht, daß man ihre „extremen Tendenzen" und ihren „Utopismus" fortschrappt.

Wir behielten dann alles das in der Hand, was Vorurteil und Unwissenheit als „realistisch", „praktisch" und „gemäßigt" in der Theorie und Praxis der Sozialdemokratie betrachten mögen. Welcher sich seiner sozialen Verantwortung bewußter Staatsbürger kann sich aber einbilden, daß hierin der tragende geistige Inhalt und die wirkliche Wahrheitsmission einer derartigen Volksbewegung zu finden seien?

Wenn eine soziale Revolutionsbewegung innerhalb einer Gesellschaftsklasse, deren soziale Funktionen und soziale Lage das ganze

Gesellschaftssystem immermehr charakterisieren, seit über fünfzig Jahren beständig zugenommen hat, dann ist nichts anderes zu erwarten, als daß sich das Wiederherstellen der Ruhe und des Friedens in der Gesellschaft als unauflöslich mit einer tiefgehenden Veränderung der Lage dieser Gesellschaftsklasse und der ganzen Organisation der Gesellschaft verknüpft erweisen muß.

Aber worin müssen die wesentlichen Züge dieser sozialen Veränderung bestehen? In genau den Veränderungen, welche das Programm der marxistischen Sozialdemokratie andeutet? Oder nur teilweise aus ihnen und teilweise aus Zügen, welche jenes Programm entweder gar nicht oder nur in undeutlicher Weise berührt?

2. Demokratismus, Sozialpolitik und Sozialismus

Bevor ich hier zur näheren Diskussion der Theorien und der Praxis der Sozialdemokratie schreite, will ich noch einige Punkte hervorheben, welche mir nach mehr als fünfundzwanzigjährigem Studium der einschlägigen Literatur und der hierher gehörenden sozialen Bewegungen nicht nur für die Beurteilung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern auch für die der sozialistischen und demokratischen Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft und ihrer sozialwirtschaftlichen und politischen Evolutionsrichtung überhaupt zentrale Bedeutung zu haben scheinen. Durch diese vorbereitende Untersuchung glaube ich, das Problem der Sozialdemokratie in seinen richtigen Zusammenhang mit dem allgemeinen modernen Gesellschaftsprobleme, das zugleich wirtschaftlich und politisch, allgemein sozial und kulturell ist, bringen zu können.

Eine Frage, die genauer untersucht werden muß, ist die, ob die Sozialdemokratie *radikal* sozialistisch sei. Wenn sich herausstellt, daß dem so ist, dann bleibt zu untersuchen, ob dieser Radikalismus ein gänzlich grundloser Utopismus ist oder ob er als ein notwendiger oder wissenschaftlich erklärlicher Zug des Strebens der modernen Arbeiter-

klasse nach sozialer Freiheit betrachtet werden muß. Andrerseits kann es sein, daß in der Sozialdemokratie eine Richtung vorhanden ist, welche mit nur partieller, wenn auch ziemlich umfassender Sozialisierung des Produktiveigentums rechnet.

Anders liegt die Frage, ob die Theorie und die Praxis der Sozialdemokratie wirklich demokratisch seien. Müssen sie es werden, wenn sie es nicht schon sind? Ist der radikale Demokratismus notwendig? Worin wird er in der Zukunft eventuell bestehen müssen? Worin weichen eventuell die Taktik und die Ideale der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von wirklichem Demokratismus ab?

Wie verhält sich schließlich die Sozialdemokratie zu der modernen Sozialpolitik? Welcher Art sind die zentralen Ideen und Wirkungen dieser? Wie verhalten sie sich zu dem notwendigen Fundamente der Gesellschaft überhaupt und besonders zu den fundamentalen Zügen derjenigen Gesellschaftsordnung, welche als das Resultat eines Strebens nach radikaler Überwindung der verhängnisvollsten Mängel des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes erwartet werden kann?

Es gibt einen tiefen inneren Zusammenhang zwischen diesen Dreien — Sozialismus, Demokratismus und Sozialpolitik — der gewöhnlich gänzlich übersehen oder viel zu wenig beachtet wird.

Die Theoretiker und Praktiker der bürgerlichen Sozialpolitik stehen in den meisten Fällen ziemlich verständnislos vor der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihnen fehlt die Verbindung mit dem inneren Leben dieser Bewegung, deren wirkliche treibende Kräfte sie infolgedessen nicht fassen. Als Ersatz müssen sie eine Erklärung aus rein äußeren Symptomen zurechtkonstruieren — eine Erklärung, worin die bürgerlichen Lebensinteressen und Gesichtspunkte auf unkontrollierte Weise ganz einseitig eine Hauptrolle spielen werden, natürlich mit der Folge, daß man Sozialdemokratie und Sozialpolitik als einander entgegengesetzte Bestrebungen mit ganz entgegengesetzten Idealen auffaßt. Die Sozialpolitik gilt nun als eine bürgerliche Spezialität, derer eigentliche und wichtigste Aufgabe es ist, die bestehende Gesellschaftsordnung dadurch zu erhalten, daß sie gewisse

Mißverhältnisse, welche die Existenz dieser Ordnung bedrohen könnten, beseitigt. Die Sozialdemokratie betrachtet man dann als den unversöhnlichen Feind dieser bestehenden Gesellschaftsordnung und aller notwendigen Fundamente jeglicher Gesellschaftsordnung.

Dieser Weisheit letzter Schluß ist also, daß die Sozialpolitik zwar ein Mittel zum Bekämpfen der Sozialdemokratie ist, aber keineswegs ein Mittel, um zu einer Gesellschaftsordnung zu gelangen, welche der gegenwärtigen wesentlich unähnlich ist.

Eigentümlicherweise gibt es innerhalb der Sozialdemokratie eine Auffassung, welche in der Hauptsache mit dieser Anschauung der bürgerlichen Welt übereinstimmt. Das heißt, daß man der Sozialpolitik keine tiefere Bedeutung für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und für die Evolution der Gesellschaft nach der Richtung des Sozialismus und des Demokratismus hin zuschreibt. Mit Sozialpolitik oder ohne sie, meint man, geht es doch so, wie es gehen muß, dem materialistischen Gesellschaftsentwicklungsgesetze gemäß; und die Hauptsache ist nur, daß das Proletariat zu dem großen Umsturze bereit dasteht, wenn die Zeit endlich gekommen ist. Die Revolutionsstimmung der Arbeiter ist wichtiger als die materiellen Vorteile, welche die Sozialpolitik ihnen möglicherweise verschaffen kann. Und es besteht die Gefahr, daß derartige Vorteile die revolutionäre Energie schwächen werden. Es ist besser, das Elend innerhalb der Arbeitermassen wachsen zu lassen, während zugleich die kapitalistische Gesellschaft zu ihrem Fallen heranreift, denn das Elend, der extreme Proletarismus, erschafft Revolutionäre, unversöhnliche Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Neben diesen extremen Richtungen gibt es sowohl unter den Bürgerlichen wie auch unter den Sozialdemokraten Gruppen sozialer Forscher und Politiker, welche das Wesen und die Aufgaben der Sozialpolitik ganz anders auffassen. Der wesentliche Zug dieser Anschauung ist, daß die Sozialpolitik als ein unentbehrlicher Zug jeder lebensfähigen modernen Gesellschaftsordnung — sie sei nun kapitalistisch oder sozialistisch — betrachtet wird.

Daher das Paradoxon, daß der sozialistische Sozialpolitiker in der Sozialpolitik einen der notwendigen und sehr effektiven Faktoren des

sozialen Revolutionsprozesses sehen kann, während der bürgerliche Sozialpolitiker auch in diesem Falle die Sozialpolitik als „gesellschaftserhaltend" in rein bürgerlichem Sinne betrachtet; ganz einfach aus dem Grunde, weil er nicht an die Möglichkeit irgendeiner wesentlichen Abweichung von dem jetzigen privatkapitalistischen Regime glaubt. Ihm erscheint die Sozialpolitik notwendig, um die einzig mögliche Gesellschaftsordnung, die kapitalistische, in gesundem Zustande zu erhalten. Der sozialistische Sozialpolitiker dagegen meint, daß die Sozialpolitik durchaus nicht das Leben der kapitalistischen Gesellschaft verlängern könne, sondern vielmehr ihren Fall beschleunigen müsse, daß sie aber zugleich auch der sozialistischen Zukunftsgesellschaft als Fundament notwendig sei und deshalb, auch von rein sozialistischen Gesichtspunkten aus, soviel wie möglich schon in der bestehenden Gesellschaft entwickelt werden müsse.

Diese Anschauungen haben bisher in dem Mutterlande der modernen Sozialpolitik — in England, das auch, neben Frankreich, das Mutterland des modernen Demokratismus und des Sozialismus ist — ihre klarste Ausprägung gefunden. In den Werken von Sidney und Beatrice Webb wird die Entstehung des sozialpolitischen Prinzips sowohl innerhalb der englischen Gewerkvereinsbewegung wie auch in Verbindung mit der Arbeiterschutzgesetzgebung dargetan. Dasselbe Prinzip tritt neuerdings in den Bestrebungen hervor, die Armenpflege durch ein System sozialpolitischer Eingriffe in das materielle Dasein der besitzlosen, um niedrige Löhne dienenden Arbeiterbevölkerung zu ersetzen — Maßregeln, welche das Hinabsinken in Armut und wirtschaftliche Hilflosigkeit hindern sollen. In diesem Systeme sozialpolitischer Institutionen müssen eine großangelegte, konsequent durchgeführte Arbeiterversicherung (Versicherung gegen Krankheit, Unfälle, Invalidität und Arbeitslosigkeit), eine Alterspensionierung und wirksame Maßregeln hinsichtlich zureichender Pflege, Erziehung und Fachbildung der Kinder auch der ärmsten Klassen Hauptzüge sein.

Der eigentliche Sinn des sozialpolitischen Prinzips ergibt sich vielleicht am deutlichsten, wenn wir es den sozialwirtschaftlichen Grundgedanken der Armenpflege, der Wohltätigkeit und des liberalen

Systems der unbeschränkten wirtschaftlichen Konkurrenz und Eigentumsfreiheit gegenüberstellen.

Die Armenpflege datiert aus dem Mittelalter und war ursprünglich eine kirchliche Barmherzigkeitseinrichtung. Als nach der Reformation die Kirche in den protestantischen Ländern des größeren Teiles ihrer Güter beraubt wurde, ist die Armenpflege vom Staate in der Form eines gesetzlichen Zwanges für die Gemeinden, Armenhäuser usw. einzurichten, übernommen worden. Der Zweck der modernen staatlichen Armenpflege ist ganz derselbe wie der Zweck der kirchlichen Armenpflege des Mittelalters — nämlich der, daß Kinder, Kranke, Greise, Idioten oder andere zur Selbstversorgung gänzlich unfähige Personen, wenn sie ohne Vermögen sind und weder von Verwandten noch von anderen Unterstützung erhalten, auf Kosten der Steuerzahler vor dem Verhungern geschützt oder überhaupt davor bewahrt werden müssen, daß sie in der äußersten materiellen Not verkommen. Doch eher, als bis solche Gefahr sich wirklich eingestellt hat, darf die Armenpflege nicht eingreifen. Überdies gibt die Armenpflege ihre Hilfe wie ein Almosen und in möglichst abschreckender Form, wozu unter anderm gehört, daß ein unter der Armenordnung Stehender gewisse bürgerliche Rechte einbüßt und unter die Vormundschaft der Armenbehörden gestellt wird.

Der Umstand, daß jemand der Armenpflege anheimgefallen ist, bedeutet also, daß der Betreffende selber, oder seine Versorger, bereits tief unter das wirtschaftliche Niveau, welches die niedrigsten durchaus genügenden Lebensverhältnisse seiner Gesellschaftsklasse bezeichnet, herabgesunken ist. Auf dem Wege, der ihn in diesen Zustand des Elendes hinuntergeführt hat, sind er und seine nächsten Angehörigen in vielen Fällen schon längst sowohl moralische wie physische Ansteckungsherde gewesen. Auch da, wo dies nicht der Fall ist, liegt ein sozialpathologischer Zustand vor — weil die betreffenden Individuen schlechteren Lebensverhältnissen verfallen sind als denjenigen, welche man von dem Gesichtspunkte der Gesellschaft aus als die niedrigsten befriedigenden betrachten kann.

Und hieran ändert die Armenpflege absichtlich nichts durch ihr Eingreifen. Im Gegenteile, sie steigert sogar den sozialpathologischen

Zug durch gesetzliche Degradierung der Armenunterstützungsempfänger, seien sie nun redliche Leute oder unredlich und arbeitsscheu oder bloß infolge einer Krankheit oder ihres Alters hilflos.

Die Armenpflegeinstitution ist ihrem ganzen Wesen nach total unfähig, dem Herabsinken unter ein gesundes wirtschaftliches Minimum vorzubeugen. Und anstatt die Gesunkenen planmäßig wieder zu heben und aufzurichten, straft und degradiert sie sie, so daß es ihnen, rein psychologisch und sozial gesehen, nach der Behandlung im Armenhause oft schwerer wird, sich sozial und wirtschaftlich zu erheben, als es vielleicht der Fall war, ehe sie mit der Armenpflege in Berührung kamen.

Die Armenpflege hilft uns nicht im geringsten, das wirtschaftliche Elend als soziale Massenerscheinung zu beseitigen — genau ebensowenig, wie die private Wohltätigkeit und die Gewerbefreiheit es tun. Die Massenarmut weicht nur einem Einschreiten gegen ihre Ursachen — das hat sie mit allen Krankheiten, physischen sowohl wie sozialen, gemeinsam. Dieses vorbeugende sozialpolitische Eingreifen ist der Gegensatz des alten Ideales des Liberalismus, der gänzlich unregulierten wirtschaftlichen Konkurrenz, und ist der Gegensatz der privaten Wohltätigkeit, welche auch dann, wenn sie „geordnet" ist, stets eine sehr willkürliche, außerordentlich unvollständige und die Unterstützungsempfänger in hohem Grade entwürdigende Form der Behandlung des Armutsproblemes ist.

Das sozialpolitische Prinzip ist der Grundsatz, daß die Gesellschaft als Ganzes von Zeit zu Zeit hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der wenig bemittelten Klassen gewisse Minimalforderungen aufstelle und durch ein System sozialer Institutionen, erforderlicherweise auch vermittels gesetzlichen Zwanges, die untersten Klassen auf diese Minima erhebe, sowie ihrem Herabsinken unter dieses Niviau für die Zukunft vorbeuge.

Diese „nationalen Minima" der Sozialpolitik sind keine Armenpflege- oder Hungergrenze- und Elendsminima, welche der Sozialpathologie angehören, sondern sind Minima völliger Gesundheit, Kraft und Selbständigkeit, Bildung und Lebensglückes. Diese Lebens-

niveaus an Bildung und sozialer Stellung, sowie an Leistungsfähigkeit, Einkommen, Wohnungsverhältnissen, Arbeitsverhältnissen, und Erholung und Geborgensein bei Krankheit, Arbeitsmangel und Alter sind Minima in dem Sinne, daß die Gesellschaft als Ganzes es nicht zugeben will, daß sie unterschritten werden, und bereit ist, sie mit aller Macht zu stützen, während sie jedes Überschreiten dieser Minima als nationalen Fortschritt begrüßt. Sie sind zufällige Minima, da sie den augenblicklichen wirtschaftlichen und ethischen Kräften der Gesellschaft angepaßt sind, aber zugleich besteht auch die Absicht, sie zu heben, sowie die Vergrößerung jener Kräfte es erlaubt.

Die Sozialpolitik geht von der Erfahrung aus, daß absolutes Privateigentum an materiellen Produktionsmitteln und unregulierte Erwerbskonkurrenz, obwohl sie gewisse Formen wirtschaftlichen Fortschrittes kräftig fördern, durchaus nicht imstande sind, in allen Schichten der Gesellschaft Wohlstand zu verbreiten, sondern anstatt dessen den großen Mitbürgermassen Besitzlosigkeit, drückende wirtschaftliche Abhängigkeit und Armut als unveränderliches Erbteil anweisen. Der Grundgedanke der Sozialpolitik ist, daß diese von der jetzigen Gestaltung des wirtschaftlichen Individualismus unzertrennlichen Mißverhältnisse durch die Gesellschaft als Ganzes bekämpft werden können und müssen. Sie können bekämpft werden, weil moderne wirtschaftliche Technik und moderne wirtschaftliche Organisation große, noch nicht ausgenutzte Möglichkeiten zu allgemeinem Wohlstande in sich tragen. Sie müssen bekämpft werden, weil die soziale Lage der besitzlosen und ärmeren Klassen unter modernen Bevölkerungs- und Produktionsverhältnissen mit der Erhaltung körperlicher und geistiger Volksgesundheit und einem erforderlichen Maße an sozialem Frieden unvereinbar ist.

Die fundamentale Methode der Sozialpolitik ist die Errichtung wirtschaftlicher und kultureller Schranken gegen Armut, Versumpfung, Unkultur und die drückende, entwürdigende Abhängigkeit eines Mitbürgers von dem anderen. Das Besitzen und Benutzen materieller Produktionsmittel darf keine ganz unregulierte Privatangelegenheit sein, wie es in dem wirtschaftlichen Systeme des Liberalismus ist. Denjenigen, welche Grund und Boden und Kapital besitzen, soll

die Gesellschaft klar machen, daß diese Produktionsmittel nicht nur im Dienste der nationalen Produktion angewendet werden müssen, sondern auch auf die der Gesellschaft dienlichste Art und Weise anzuwenden sind. Hierzu gehört in erster Reihe, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller dienenden, ausführenden Produzenten mit Berücksichtigung des fundamentalen Interesses eingerichtet werden, welches die ganze Nation daran hat, daß jene, die unteren Gesellschaftsklassen, in Wohlstand leben können und nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Wirklichkeit die Rechte freier Bürger genießen.

Die Sozialpolitik fordert, daß der Wohlstand und die wirtschaftliche Freiheit der ganzen Masse der Produzenten, also auch der Handarbeiter, die ersten, fundamentalen Forderungen beim Planen und definitiven Anordnen jeglicher wirtschaftlicher Produktionstätigkeit sein müssen. Da diese Anforderungen durch den absoluten Privatkapitalismus und die völlig unregulierte Konkurrenz nicht erfüllt werden können, müssen diese sozialwirtschaftlichen Institutionen soweit umgestaltet oder verdrängt werden, wie es sich als nötig erweist, um den Wohlstand aller und den Anteil aller an der Verantwortung für die Organisation und Leitung der Produktion zu erreichen.

Die sozialpolitischen Minima an Kinderpflege, Jugenderziehung, Hygiene des häuslichen Lebens und der Arbeit, Versicherung und Pensionierung, Leistungsfähigkeit, Arbeitsfreiheit, Arbeitspflicht, Einkommen und Kultur führen ganz gewiß zum Verluste der „Freiheit", in physischem und moralischen Elende zu leben, enthalten aber auch für alle die Garantie der einzigen wirklichen Freiheit — der Freiheit, in Wohlstand zu leben.

Die typisch liberale, privatkapitalistische Gesellschaft basiert im Grunde auf dem Rechte und der Freiheit eines jeden, ein so kleines Einkommen zu erwerben, wie er will — und nicht nur auf dem Rechte und der Freiheit eines jeden, ein so großes Einkommen zu erwerben, wie es ihm beliebt. Dem reinen Liberalismus ist es niemals klar geworden, daß es gesellschaftsgefährlich kleine Einkünfte sowie gemeingefährlich große Einkünfte gibt und daß die Gesellschaft aus reinem Selbsterhaltungstriebe früher oder später zu diesen beiden Typen

von Privateinkommen Stellung nehmen muß. Die Bedenken, welche liberale Nationalökonomen gelegentlich bei der Diskussion über diese Fragen in der Theorie geäußert haben, sind durch die liberale Wirtschaft und die liberale Politik in der Praxis regelmäßig beiseite geschoben worden.

Es ist allen echt liberalen Ökonomen und Politikern außerordentlich schwer, bis zu den wirklichen Prinzipien der Sozialpolitik durchzudringen. Man bleibt viel zu oft bei einer Auffassung stehen, die eine Art unmöglichen Mittelweges zwischen Wohltätigkeit (wenn nicht manchmal geradezu Armenpflege) und Sozialpolitik einschlägt. Und dies ist sowohl von prinzipiellen wie auch von historischen Gesichtspunkten aus gerade kein Wunder, denn die Sozialpolitik ist sozialistischen Ursprunges — ist in ihrer Idee ein Ableger der sozialistischen Theorien und Bestrebungen, besonders derer der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England. Aber auch Bismarcks Sozialversicherungsinitiative in Deutschland in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte eher eine Ideenverbindung mit dem Sozialismus als mit dem Liberalismus.

Seltsam ist nur — und dies ist etwas, womit wir uns in der Folge weiter beschäftigen müssen — daß die Sozialdemokratie nach 1850 die praktische Bedeutung der Sozialpolitik in hohem Grade unterschätzte und ihren inneren Zusammenhang mit dem Sozialismus übersah.

Der Grundfehler des liberalen Verhaltens gegen die Sozialpolitik ist natürlich die Ungeneigtheit, sie zum Regulator jeglicher Eigentumsverwendung und Produktion, auf Kosten der „Freiheit" des Besitzes und der Unternehmung, zu machen. Außerdem übersieht man, daß die Sozialpolitik bezweckt, allen normal leistungsfähigen und pflichtgetreuen Produzenten wirklichen Wohlstand als wirtschaftliches Minimum zu garantieren.

Man läßt sich hier auf liberaler sozialpolitischer Seite ganz denselben Fehler zuschulden kommen wie die Armenpflegeinstitution überhaupt — z. B. die schwedische Armenpflegeverordnung aus dem Jahre 1871, wenn sie in ihrem dritten Paragraph verfügt: „ein jeder, der arbeitsfähig ist, soll, ohne den Armenbehörden zur Last zu

fallen, sich selber und seine minderjährigen Kinder versorgen, so auch ein arbeitsfähiger Mann seine Ehefrau; auch liegt Eltern und Kindern die Pflicht ob, falls der eine Teil dessen bedarf und der andere es kann, einander zu versorgen." Man operiert mit dem Worte „versorgen", ohne hinsichtlich der Qualität und Quantität der „Versorgung" irgendein Minimum festzustellen. Die Folge ist, daß jedes Beliebige als eine für die Gesellschaft annehmbare Selbstversorgung gerechnet wird — bis der Selbstversorger und die auf ihn Angewiesenen auf das absolute Hilflosigkeits- und Elendsniveau, das zum Armenhause oder zum Eingreifen der Armenpflege qualifiziert, hinabgesunken sind. Dann aber ist ja der furchtbare soziale Schaden schon geschehen, dem absolut vorzubeugen die Aufgabe der Sozialpolitik ist.

Die Sozialpolitik verlangt von jedem arbeitsfähigen und zum reifen Alter gekommenen Gesellschaftsmitgliede, daß es nicht nur sich und die Seinigen versorge, sondern daß es sich und seine Angehörigen sowohl einem gewissen Lebensminimum gemäß wie auch im übrigen auf eine die Gesamtheit wirklich befriedigende Art und Weise versorge. Wer das nicht kann oder nicht will, der darf sich nicht der „Freiheit" erfreuen, zu versumpfen, ein Schmarotzerleben zu führen oder auf das Armenhausniveau herabzusinken und andere mit herabzuziehen. Die Sozialpolitik will es all und jedem möglich machen, sich nach den gesetzlichen Mindestforderungen zu versorgen.

Dies ist nicht nur der Kern der sozialpolitischen, sondern zugleich der Kern der sozialistischen und demokratischen Forderungen. Ohne festgestellte Wohlstands-, Kultur- und Freiheitsminima und ohne Konzentration der organisierten Kräfte der Gesellschaft auf die Aufgabe, diese Lebensminima der Nation durchzusetzen und von Zeit zu Zeit zu erhöhen, ließe sich die Existenz einer sozialistisch-demokratischen Gesellschaft überhaupt nicht denken. Die einzig denkbare Alternative wäre das Gezwungensein aller zum Leben auf gleiche Weise — eine ebenso undemokratische wie fortschrittsfeindliche Idee und nicht weniger freiheitsverneinend als der autokratische oder oligarchische Despotismus.

Indessen wissen wir alle, daß man dem Sozialismus und dem

Demokratismus oft vorgeworfen hat, daß sie nach dem Nivellieren aller zu demselben materiellen und geistigen Lebensniveau strebten. Man behauptet, daß sie eher das Verbot, daß der einzelne sich über dieses Niveau erhebe, als das Verbot, daß er darunter hinabsinke, betonten. Das Körnchen Berechtigung, das in dieser Auffassung liegen mag — die jedoch in der Hauptsache nichts anderes als ein Irrtum oder eine Verdrehung der Wahrheit ist — scheint mir vor allem darin zu suchen zu sein, daß die Sozialdemokratie sich bisher gegen die innersten Zwecke der modernen Sozialpolitik ziemlich verständnislos und kühl verhalten hat und es überhaupt unterlassen hat, diejenige Seite des sozialistischen Programmes zu entwickeln, welche in einem klar und deutlich ausgesprochenen Anerkennen der Notwendigkeit der Politik der wirtschaftlichen Lebensminima bestehen muß. Nicht nur ihre Notwendigkeit als Vorbereitung zu der sozialistischen und demokratischen Gesellschaft, sondern auch ihre Notwendigkeit innerhalb dieser Gesellschaftsordnung muß anerkannt werden.

Das Errichten und Aufrechterhalten eines vollständigen Systemes nationaler Lebensminima ist ohne sozialistische Eigentums- und Produktionsreformen undenkbar. Staat und Kommune bedürfen größerer Einkünfte denn je zuvor, wenn sie die hierhergehörigen Erziehungs-, Bildungs-, Versicherungs- und Schutzaufgaben sollen durchführen können. Diese gewaltigen Staats- und Kommunaleinnahmen lassen sich nicht einzig und allein auf dem Wege der Besteuerung aufbringen, sondern müssen immermehr durch Staats- und Kommunaleigentum und staatliche und kommunale Produktionstätigkeit vervollständigt werden.

Die moderne Sozialpolitik treibt also zu sozialistischen Eigentums- und Produktionsreformen. Und wenn die prinzipiell sozialistische Gesellschaft diese Eigentums- und Produktionsinstitutionen übernimmt, dann übernimmt sie auch die sozialpolitischen Institutionen, um derentwillen Eigentum und Produktion teilweise sozialisiert worden sind. Die Sozialpolitik wird die Brücke zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus.

Es ist ohne Zweifel ein Fehler der sozialdemokratischen Theorie, daß sie diesen bedeutungsvollen Zug in der modernen Gesellschafts-

entwicklung viel zu wenig beachtet hat. Anstatt dessen ist man entweder mit phantastischer Rede von einem ganz radikal durchgeführten Sozialismus hervorgetreten oder auch mit allerlei unbestimmten Behauptungen, daß wir eigentlich nicht wissen könnten, wie der (jetzt auf einmal in ungeheurer Ferne gedachte) sozialistische Zukunftsstaat dereinst werde geordnet werden. Ein Schwanken zwischen viel zu geringer und viel zu großer Bescheidenheit in den sozialistischen Prinzipienfragen!

3. Der sozialistische Radikalismus

Die Frage, ob die Sozialdemokratie prinzipiell radikal und intransigent in ihren sozialistischen Forderungen sei, ist nicht leicht zu beantworten — denn teils widersprechen die sozialdemokratischen Urkunden einander, teils führen sie in diesem Punkte eine ziemlich undeutliche oder zweideutige Sprache.

Wenn wir, wie es sich gebührt, uns zuerst zu den unvergleichlich wichtigsten der ältesten sozialdemokratischen Bekenntnisschriften — dem von Karl Marx im Jahre 1847 verfaßten „Kommunistischen Manifeste" — wenden, so finden wir darin unter anderem folgende Erklärung:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

„Es kann dies," heißt es weiter, „natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

„Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

„Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.

2. Starke Progressivsteuer.

3. Abschaffung des Erbrechtes.

4. Konfiskation des Eigentumes aller Emigranten und Rebellen.

5. Zentralisation des Kredites in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.

— — — — — — — — — — — — —

„Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern.

— — — — — — — — — — — — —

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."[1]

Ich habe hier durch gesperrten Druck die Ausdrücke hervorgehoben, welche mir zu beweisen scheinen, daß nach der Ansicht des Verfassers des „Manifestes" eine sozialistische Gesellschaft ihren Namen gar nicht verdiente und überhaupt nicht existenzfähig wäre, wenn nicht alle die materiellen Produktionsmittel (aller Grund und Boden und alles Kapital) in Gesellschaftseigentum verwandelt worden wären, sollte dies auch nur „nach und nach" geschehen können.

Nun unterscheidet man gewöhnlich zwei Arten gesellschaftlichen Eigentums: Staatseigentum und anderes Kollektiveigentum. Im ersteren Falle ist die ganze Gesellschaft durch ihre zentralisierte Zwangsmacht (den Staat) Eigentümerin. Im zweiten Falle sind größere oder kleinere Gruppen einzelner, frei assoziierter Personen Eigentümer. Offenbar ist diese letztere Art „Gesellschaftseigentum"

[1] Das Kommunistische Manifest, 7. Aufl., Berlin 1909, S. 37—38.

ein Zwischending zwischen Privateigentum und wirklichem Gesellschaftseigentume.

Ist die besitzende Assoziation sehr groß, so kann sie allerdings den Charakter einer „Gesellschaft" in soziologischem Sinne haben. Aber sie kann ja auch sehr klein sein. Ist es „Gesellschaftseigentum", wenn zwei oder drei nicht miteinander verwandte, aber assoziierte Personen gemeinsames Eigentum haben? Und ist es „Privateigentum", wenn eine aus 200 Personen bestehende Familie gemeinsames Eigentum hat? Und wie sollen die in getrennten, besitzenden Gruppen frei assoziierten Produzenten ohne ein Eigentumsrecht ihre Eigentumsrechte bestimmen, abgrenzen und gegeneinander schützen können? Muß es nicht eine Staatsmacht als Quelle und Schützer solches Eigentumsrechtes geben?

Ist es anzunehmen, daß ein sozialistischer Staat assoziierten Individuen Eigentumsrecht auf Grund und Boden und Kapital zustehen werde, ohne sich selber ein Obereigentumsrecht vorzubehalten, wodurch die Nation als Ganzes das Recht und die Macht erhielte, die kollektiven Eigentumsverhältnisse den höchsten gemeinsamen Interessen aller gemäß zu ordnen? Dann aber ist ja das „freie Gesellschaftseigentum" im Grunde nichts anderes als ein modifiziertes Staatseigentum. Und die Hauptsache ist wohl immer, daß das Recht und die Macht einzelner Personen oder einzelner Gruppen oder Assoziationen in Übereinstimmung mit ihren Sonderinteressen unbeschränkt über Grund und Boden und Kapital zu verfügen, aufgehoben wird, d. h. daß man alles unbeschränkte, individuelle und kollektive Privateigentum an Grund und Boden und Kapital prinzipiell abschafft. Eine sozialistische Gesellschaft, die gegen besitzende Produzentenassoziationen rechtlich wehrlos wäre, wenn diese ihr „Gesellschaftseigentum" zum Nachteile der ganzen Nation oder zum Schaden der Gesellschaft, als Ganzes betrachtet, mißbrauchten — das wäre ein sonderbar unvollkommener Sozialismus.

Einerseits ist es klar, daß einer sozialistischen Nation nicht mit einer Verstaatlichung des Eigentums gedient werden kann, die solcher Art ist, daß sie zu einer wirtschaftlich und sozial schädlichen Konzentration der Produktionsorganisationen zwingt. Doch ebenso klar ist es, daß

eine sozialistische Nation nicht zulassen kann, daß eine irgendwie erhebliche Menge an Grund und Boden und Kapital nach dem liberalen Privateigentumsprinzipe („Ich mache mit dem Meinen, was mir beliebt") besessen und angewandt wird — nicht einmal dann, wenn es sich um freie Produzentenassoziationen handelt.

Es ist indessen offensichtlich, daß Marx an der angeführten Stelle des „Kommunistischen Manifestes" sich die Übertragung alles materiellen Produktionseigentumes an den Staat als Übergangsform und die Abschaffung des Staates, der durch eine „Assoziation" ersetzt wird, als den endgültigen Zustand gedacht hat. Nun ist aber leider diese letzte Idee durch Marx in außerordentlich unklarer Weise angedeutet worden, wie sie auch offenbar bei ihm nicht mit irgendeiner besonders eindringlichen Wirklichkeitsanalyse oder Forschung verbunden gewesen zu sein scheint. Er sagt, daß der Klassenstaat nach der proletarischen Revolution verschwinden werde — eine Behauptung, über welche sich schon viel sagen ließe. Und er gibt uns nicht zu verstehen, welche staatlichen Elemente anderer Art jene „Assoziation", die „an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen" treten wird, eventuell kennzeichnen müssen.

Tatsächlich bedient sich Marx hier einer Terminologie, die sich kaum verteidigen läßt, da sie eher zum Verwirren als zum Ordnen der Begriffe beitragen dürfte. Er behauptet, daß „die politische Gewalt im eigentlichen Sinne die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern" sei, und er versteht unter dem Worte „Staat" ausschließlich eine soziale Organisation, welche solche „politische Gewalt im eigentlichen Sinne" ausübt. Demnach könnten wir, wenn die wirtschaftliche Gewalt der einen Gesellschaftsklasse über die andere abgeschafft worden wäre, nicht mehr von einem „Staate" reden. Doch gibt Marx zu, daß es auch in diesem Falle eine „öffentliche Gewalt" geben müsse, obgleich sie ihren politischen Charakter verloren" habe. Wie sollen wir nun diese „öffentliche Gewalt" benennen, welche existiert, nachdem der Monopolisierung der öffentlichen Gewalt durch eine wirtschaftliche Herrscher- und Unterdrücker-

klasse ein Ende gemacht worden ist? Das Wort „Assoziation" läßt sich nicht zur Bezeichnung der „öffentlichen Gewalt" anwenden, denn es hat entweder eine umfassendere Bedeutung (soziale Organisierung im allgemeinen) oder auch die dem Worte „Staat" gerade entgegengesetzte Bedeutung (freie und private Organisation im Gegensatze zu öffentlicher Zwangsorganisation).

Ohne Zweifel ist es wirklichkeitsgetreuer und sprachlich und begrifflich richtiger, die Worte „Staat" und „Politik" die öffentliche Gewalt und Gewaltausübung im allgemeinen bezeichnen zu lassen und zwischen dem wirtschaftlich ausbeuterischen Klassenstaate, der wirtschaftlich despotischen Politik einerseits und dem wirtschaftlich demokratischen Staate, der wirtschaftlich demokratischen Politik andererseits zu unterscheiden. Aber dieser Sprachgebrauch setzt voraus, daß man wisse, was man unter „Demokratie" zu verstehen hat — eine Frage, auf welche ich noch zurückkommen werde. Auch kann gefragt werden, ob wir unter sozialen „Klassen" nur Gruppen von Unterdrückern und Unterdrückten verstehen dürfen.

Mir scheint, daß die „Assoziation", von welcher Marx spricht, ein Staat sein muß — obwohl ein Staat, der durch seinen wirtschaftlichen Demokratismus dem gegenwärtigen ausbeuterisch-despotischen Privateigentumsstaate so unähnlich wie nur möglich ist. Unter einem Staate verstehe ich eine Gesellschaft, die über eine absolute zentralisierte, nach außen hin unabhängige und in allen Eventualitäten durchaus wirksame Zwangsmacht verfügt, die in letzter Hand als Mittel dienen kann, um äußere und innere Gesellschaftsangelegenheiten nach Recht und Gesetz zu ordnen. Der Staat kann sowohl demokratisch, wie autokratisch und oligarchisch konstituiert sein.

In jedem Falle gelangt man zu dem Schlusse, daß Marx in dem „Kommunistischen Manifeste" radikaler Sozialist ist — woraus jedoch keineswegs folgt, daß er, der nach dem Verfassen dieses Werkes noch 36 Jahre gelebt hat, es auch sein ganzes Leben hindurch geblieben ist. Er hat sich aber, meines Wissens, in seinen späteren Schriften nicht deutlich über diese Fragen ausgesprochen. Und gewiß ist, daß das „Manifest" bis auf den heutigen Tag tiefe Spuren in dem

Gedankenleben der Sozialdemokratie hinterlassen hat. Unter den Massen nicht selbständig forschender und denkender sozialdemokratischer Parteimitglieder dürfte die große Mehrzahl sich vorstellen, daß die sozialistische Eigentums- und Produktionsumwälzung alles Produktiveigentum und alle Produktion umfassen muß. Innerhalb des radikalen Flügels der sozialdemokratischen Partei aller Länder spielt dieser sozialistische Radikalismus eine fundamentale Rolle — neben dem politischen Radikalismus, welcher in die gleichfalls aus dem „Kommunistischen Manifeste" geschöpfte Theorie der „revolutionären Diktatur des Proletariates" ausmündet.

Die offiziellen Parteiprogramme sprechen sich jedoch in Beziehung auf das radikale Durchführen des Sozialismus nicht völlig klar aus, obwohl sie mir in der Hauptsache der radikalen Auffassung Ausdruck zu geben scheinen.

In dem noch geltenden Programme der deutschen sozialdemokratischen Partei, das auf dem Erfurter Parteitage im Jahre 1891 angenommen worden ist, lesen wir folgendes: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten und Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Verwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Die unbestimmten Ausdrücke „das Privateigentum an Produktionsmitteln" und „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentumes

an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum" erlauben in diesem Zusammenhange kaum eine andere Ausdeutung als die, daß es sich hier um alles Privateigentum an materiellen Produktionsmitteln handelt. Eine besondere Stütze dieser Auffassung kann man in dem unbestimmten Ausdrucke „Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion" sehen. Soll dies heißen „alle Warenproduktion, auch die des Kleinbetriebes", so bleiben nur die Produktion zu eigenem Gebrauche und das hierzu nötige Produktiveigentum von der Sozialisierung ausgenommen. Dies aber ist ein sich aller Wahrscheinlichkeit nach immerfort verkleinernder Teil des Produktiveigentums in der modernen Gesellschaft, die so äußerst wesentlich auf den großen wirtschaftlichen Vorteilen der Arbeitsteilung und des Tauschverkehres aufgebaut ist — von den Vorteilen des Großbetriebes gar nicht zu reden.

Werfen wir einen Blick auf das Programm der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welches der Parteikongreß im Jahre 1897 angenommen hat, finden wir ein sehr unklares Hinundherschwanken zwischen dem sozialistischen Radikalismus und einem neuen Standpunkte.

„Die Sozialdemokratie", heißt es, „unterscheidet sich dadurch von andern Parteien, daß sie die wirtschaftliche Organisation der bürgerlichen Gesellschaft gänzlich umgestalten will." „Der Kampf auf dem nationalen und dem internationalen Arbeitsmarkte zwischen Arbeitern und Arbeitkäufern — — — — wird erst dann aufhören, wenn die Arbeiterklasse aufgehört hat, eine Lohnarbeiterklasse zu sein." „Dies aber kann nur geschehen durch Aufhebung des privatkapitalistischen Monopoles auf die Produktionsmittel und ihre Verwandlung in gemeinsames, der ganzen Gesellschaft gehörendes Eigentum und Ersetzen der planlosen Warenproduktion durch eine sozialistische, den wirklichen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechende Produktion." „Die Sozialdemokratie will daher auch die politische Organisation der Arbeiterklasse durchführen, sich in den Besitz der öffentlichen Gewalt setzen und allmählich alle Produktionsmittel — die Transportmittel, die Wälder, die Bergwerke, die Eisen-

hütten, die Fabriken und den Grund und Boden — in gesellschaftliches Eigentum verwandeln."

Ich habe den Eindruck, daß die alte marxistische Vorstellung von dem ungemischten oder radikalen Sozialismus als dem einzig möglichen oder wenigstens allein völlig haltbaren und wirklich erstrebenswerten den Verfassern dieses Programmes vorgeschwebt hat. Wenn sie sich gedacht hätten, daß der wirklich lebensfähige Sozialismus während einer unüberblickbaren Zukunft, aller Wahrscheinlichkeit nach, zwar ein weitumfassender, sozialwirtschaftlich mächtig bestimmender und beständig wachsender, aber dennoch nicht exklusiver Sozialismus sein müsse, so würden sie diesem Gedanken auf irgendeine Weise in dem Programme Ausdruck verliehen haben. Aber ein solches Verwahren gegen radikalistische Auffassung der sozialistischen Prinzipien fehlt tatsächlich — denn, wenn gesagt ist, das der Sozialismus „allmählich" eingeführt werden solle, so wird unmittelbar darauf hinzugefügt, daß es die „Verwandlung aller Produktivmittel in gesellschaftliches Eigentum" sei, die „allmählich" vor sich gehen solle. Der einzige als relativ endgültig gedachte Zustand ist also der radikal durchgeführte Sozialismus; und der Gedanke, daß ein partieller Sozialismus der für alle übersehbare Zukunft gültige Sozialismus sein könne, wird stillschweigends als etwas Unhaltbares hingestellt.

In den Programmpunkten, die wir gegenwärtig auf der Titelseite der Zeitung „Der Sozialdemokrat", dem führenden Organe der schwedischen sozialdemokratischen Partei, finden, lesen wir die Behauptung, daß „die Cooperation die Entbehrlichkeit der Kapitalistenklasse zeige". Ein wenig vorsichtiger ist die Fortsetzung formuliert. „Der Gegensatz zwischen dem Überflusse der Minderzahl und der Armut der Massen fällt erst dann fort, wenn das Monopol einzelner auf die wesentlichen Produktionsmittel abgeschafft wird und diese durch die Gesellschaft das Eigentum aller werden." „Diese sozialistische Umgestaltung zur Sicherung und Entwicklung der geistigen und der materiellen Kultur durchzuführen, das ist die weltgeschichtliche Aufgabe des Klassenkampfes der Arbeiter."

Hier scheint also für den, welcher will — ohne Zwang für den, welcher nicht will — eine Möglichkeit zu liegen, sich den angedeute-

ten Sozialismus als nicht absolut radikal oder exklusiv zu denken. Eine Stütze dieser Auffassung darf man vielleicht auch in die folgenden Worte hineinlegen. „Die Sozialdemokratie — — — strebt danach, die Lage der ausgebeuteten Klassen zu verbessern, die Gesellschaftsentwicklung nach demokratischer und sozialistischer Richtung hin möglichst zu beschleunigen und die politische Macht zu erobern, um allmählich die Grundsätze des Sozialismus zu verwirklichen."

Was nun die persönlichen Anschauungen innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie anbetrifft, so sind sie tatsächlich geteilt. Es gibt einen radikalen und einen gemäßigten Flügel und dazwischen die große Mehrzahl der Partei, über deren wirklichen Standpunkt, falls es zur praktischen Entscheidung kommen sollte, sich schon jetzt mit völliger Gewißheit zu äußern ein Ding der Unmöglichkeit sein dürfte. Doch falls meine Auffassung des schwedischen Charakters mich nicht gar zu sehr täuscht, so wird diese Entscheidung die undogmatische, realistische Richtung einschlagen und die radikale „Orthodoxie" ihrem Schicksal überlassen.

Als ein die ganze marxistische Sozialdemokratie gerade jetzt charakterisierendes Symptom betrachte ich Karl Kautskys Aussprüche in seiner interessanten Schrift „Die soziale Revolution"[1]. In der Abhandlung „Am Tage nach der Revolution" sehen wir den streng marxistischen Forscher von der Annahme ausgehen, daß die soziale Revolution ganz plötzlich dem Proletariat alle Macht in den Schoß werfen würde; aber wir finden auch, daß er sich durchaus nicht ein plötzliches oder auch nur innerhalb absehbarer Zeit vollständiges Übergehen des privaten Produktiveigentumes in sozialistisches Produktiveigentum vorstellt.

Er geht von der Annahme aus, daß es eine der ersten Maßregeln des Proletarierstaates sein werde, allen Lohnarbeitern bei Arbeitslosigkeit und Arbeitseinstellungen die nötigen Existenzmittel zu garantieren — freilich soweit, wie ich sehen kann, ohne anzugeben, wie der Staat es anfangen soll, die enormen Massen an Lebensmitteln usw., deren es hierzu bedürfen würde, zu beschaffen. Es handelt sich nämlich um einen Dauerkampf gegen die privatkapitalistischen Unter-

[1] Ursprünglich zwei im April 1902 gehaltene Vorträge

nehmer, der diese nicht nur zwingen würde, sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einverstanden zu erklären, sondern sie auch noch überzeugen würde, daß es unmöglich oder gar zu wenig lohnend sei, den Betrieb nach privatkapitalistischem Systeme weiter fortzusetzen. Ihr materielles Produktiveigentum würde in ihren Händen wertlos werden, und der einzige Vorteil, den sie dann aus ihm ziehen könnten, würde darin bestehen, daß der Staat, die Gemeinden oder die Arbeiter und ihre Konsumtionsvereine es ankaufen und sie als Rentiers leben lassen wollten.

Neben diesem „freiwilligen" Verkaufe privatkapitalistischen Privateigentumes könnte Zwangsverkauf in Frage kommen — wie in der gegenwärtigen Gesellschaft — wenn die Interessen der Gesellschaft es erforderten und die privaten Besitzer sich nicht von selber zum Verkaufe erböten, z. B. in gewissen Fällen wirklicher Monopole infolge einer Kartell- und Trustbildung. Jedenfalls aber keine Konfiskation, sondern Ablösung. Indessen ist es mir gänzlich unklar, wie Kautsky sich bei diesen kolossalen Übertragungen materiellen Eigentumes die Preisbildung gedacht hat. Wenn die Käufer — der Staat, die Gemeinden und die Arbeiterassoziationen — willkürlich den Preis herabdrücken, so wird das Verfahren ja doch einer partiellen, willkürlich durchgeführten Konfiskation des privatkapitalistischen Produktiveigentumes gleichkommen. Es fragt sich nun, ob hierbei die Willkür nicht ein größeres Übel ist als die Konfiskation, die in vielen Fällen klare und deutliche Berechtigung haben kann — z. B. wenn ein Trust lange Zeit sein Eigentum durch eine monopolistische Preispolitik vergrößert hat, welche tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, mit einer Konfiskation eines Teiles des Eigentumes der Konsumenten zum Vorteile der Trustherren gleichbedeutend gewesen ist.

Der nächste Schritt wird, nach Kautsky, eine Steuerpolitik sein, welche der Gesellschaft dasjenige überträgt, dessen sie von den Geldeinkünften und den Geldkapitalien, welche die ehemaligen Privatkapitalisten beim Verkaufe ihres Produktiveigentumes erhalten oder vor diesem besessen haben, unmittelbar bedarf. Dies wird also eine Konfiskation auf dem Umwege der Besteuerung sein, welcher teils den Vorteil mit sich bringt, daß die kleineren Anteilbesitzer an den großen Privat-

unternehmungen in ungestörtem Besitze ihrer Ersparnisse gelassen werden können, teils aber den, daß die Konfiskation beliebig langsam und mit aller wünschenswerten Rücksichtnahme geschehen kann. Jedoch ist Kautsky ganz entschieden der Ansicht, daß die kleinbürgerlichen Unternehmungen Privateigentum bleiben sollen, vor allem in der Landwirtschaft. Die proletarische Staatsmacht wird überhaupt gar nicht den Wunsch haben, derartige kleine Unternehmungen zu unternehmen, sagt er. Nie hat ein Sozialist, der ernst zu nehmen ist, gefordert, daß die Bauern expropriert werden sollten oder daß ihr Eigentum geradezu konfisziert werden solle. Es wird vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach jedem Kleinbauern gestattet werden, seine Wirtschaft so weiter zu führen, wie er sie bisher betrieben hat. Der Bauer hat von einem sozialistischen Regime nichts zu fürchten. Die verschiedensten Arten Produktiveigentums — staatliches, kommunales, kooperatives und privates Eigentum — können in der sozialistischen Gesellschaft nebeneinander existieren.

Diese Ansichten Kautskys sind gerade der Gegensatz eines sozialistischen Radikalismus. Es läßt sich dabei sogar noch bemerken, daß Kautsky die Notwendigkeit, daß der sozialistische Staat über ein durchaus zeitgemäßes Nutzbarmachen der materiellen Produktionsmittel, besonders des im Privatbesitze bleibenden Bodens, wache und es eintretenden Falles erzwinge, recht schwach betont hat. Die Nation kann es deshalb, weil eine große Masse des Bodens unter kleine Besitzer verteilt ist, nicht gleichgültig mit ansehen, daß dieser Boden weniger intensiv bewirtschaftet wird und geringeren Ertrag gibt, als es dem augenblicklichen Standpunkte der Technik nach möglich wäre. Wenn Faulheit und Kulturlosigkeit innerhalb der Klasse kleiner Landwirte überhandnähmen, so daß diese Klasse sich nur notdürftig ernährte und ungebildet bliebe, so ließe sich dies, wie ich meine, nach sozialistischer Anschauung keineswegs als eine „Privatangelegenheit" der betreffenden Klasse betrachten. Dieses rein sozialpolitische Moment in einer sozialistischen Produktionspolitik scheint mir eine viel zu kleine Rolle bei Kautsky zu spielen und vielleicht sogar seinen Sozialismus ein bißchen „gemäßigter" zu machen, als er streng genommen sein sollte.

Was nun seine Spekulationen über die Organisierung der Produktion und der täglichen Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft anbetrifft, so bilden sie unzweifelhaft den schwächsten Teil seiner in vielen Hinsichten so wertvollen Untersuchung. Er hebt hervor, daß gerade hier die Stelle sei, wo die eigentlichen Schwierigkeiten des Sozialismus anfingen. Aber er liegt zu sehr in den Banden der einseitigen marristischen Auffassungen der Funktionen des kapitalistischen Unternehmers, um bis auf den Grund dieser Schwierigkeiten des sozialistischen Produktionsproblemes hinabdringen zu können.

Das heißt mit anderen Worten, daß Kautsky den Unterschied zwischen der erfindenden, experimentierenden, organisierenden und leitenden Arbeit (der Arbeit des Unternehmers) einerseits und der bloß ausführenden, dienenden und gehorchenden Arbeit (der Arbeit des ausführenden Lohnarbeiters) andererseits nicht gründlich genug analysiert. Freilich sind die technischen Erfinder oft die abgelöhnten Diener der „Kapitalisten", und mancher dienende Handarbeiter hat Erfindertalente, die mehr oder weniger verwertet werden. Doch ohne die Einwilligung und Mitwirkung der organisierenden und leitenden „Kapitalisten" werden weder die Erfindungen des Ingenieurs noch die des gewöhnlichen Arbeiters wirtschaftlich verwertet — und werden sie dies nicht, so existieren sie in volkswirtschaftlichem Sinne überhaupt nicht. Der Unternehmer ist das Oberhaupt der eigentlichen Wirtschaft, und es ist notwendig, angeben zu können, wie seine Funktionen in der sozialistischen Gesellschaft aufrechterhalten und weiter entwickelt werden sollen. Ebenso notwendig, wie angeben zu können, wie alle die verschiedenen Klassen unentbehrlicher ausführender Arbeiter bei ihrer Arbeit festgehalten oder zu genügend intensiver, ausdauernder und disziplinierter Arbeit angespornt werden sollen.

Es erscheint mir ein unvermeidlicher Gedanke — welcher allem Anschein nach auch Kautsky nicht fremd geblieben ist — daß die Einkünfte der arbeitsfähigen und arbeitspflichtigen Mitbürger in allem Wesentlichen von dem wirtschaftlichen Werte, den ihre Arbeitsleistungen für die Gesellschaft haben werden, abhängig gemacht werden müssen und daß der Steigerung der einzelnen Einkünfte keine andere Grenze gesetzt werden darf als eben dieser Wert. Ein genialer Erfinder

und Organisator kann sich in einer sozialistischen Gesellschaft reichlich eines jährlichen Einkommens von ein- bis zweihunderttausend oder mehr Mark wert erweisen — ganz wie in der jetzigen Gesellschaft.

Dagegen muß, dem sozialpolitischen Prinzip nach, die Größe der Einkünfte eine untere Grenze haben. Diese darf niemals so tief liegen, daß der Einkommensempfänger unfähig wird, so zu leben und zu arbeiten, daß die Gesellschaft seine Lage als ein gesundes Minimumniveau an Konsumtion, Arbeit und Kultur billigen kann. Wer nicht, obgleich er dazu befähigt ist, wenigstens in Übereinstimmung mit diesem Minimum arbeiten und leben will, den muß die Gesellschaft nach denselben Grundsätzen behandeln wie den Kranken und den Verbrecher — mit heilsamem, humanem Zwange. Für die körperlich und geistig schwach Begabten dagegen muß es besondere Regeln und Institutionen geben, welche ihnen, trotz ihrer unnormal schwachen Arbeitsfähigkeit, eine gesunde Existenz sichern.

Der sozialistische Radikalismus — oder der Glaube, daß das Privateigentum an materiellen Produktionsmittel vollständig ausgerottet werden müsse, damit die charakteristischen Übelstände der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung verschwinden könnten — scheint mir dem primitiven, jetzt endgültig veralteten Stadium der Entwicklung der modernen sozialistischen Theorie anzugehören, da er mit einigen der jetzt zum größten Teile widerlegten und aufgegebenen Anschauungen des früheſten Marxismus aufs engste zusammenhängt.

Der ältere Marxismus enthielt bekanntlich den Glauben, daß die eigene innere, unvermeidliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu einer relativ nahe bevorstehenden sozialwirtschaftlichen Generalkrisis führe, welche die tote kapitalistische Schale der Gesellschaft sprengen werde, um den bereits fertigen, rein sozialistischen Kern ans Tageslicht treten zu lassen. Den Umschwung von völligem Kapitalismus zu völligem Sozialismus dachte man sich demnach sowohl nahe bevorstehend wie plötzlich und vollständig oder radikal — obschon, wie gesagt, durch eine sprunglose, organische Entwicklung in dem eigenen Rahmen des Kapitalismus vorbereitet. Diesen zum

großen Teile aus Karl Marrens „Kommunistischem Manifest" hergeleiteten sozialistischen Entwicklungsradikalismus hat die Sozialdemokratie aufzugeben begonnen, weil die sozialwirtschaftliche Entwicklung während der letzten fünfzig Jahre nicht in allem die Hauptzüge, die Marx voraussagte und worauf er seine Katastrophentheorie gründete, aufgewiesen hat. Besonders hervorzuheben ist hier ja Marrens sogenannte „Verarmungstheorie", nach welcher der wirtschaftliche Druck und das wirtschaftliche Elend unter den besitzlosen Lohnarbeitern beständig zunehmen muß, während die wirtschaftlichen Mittelklassen verschwinden und der Hände, in denen sich der Reichtum anhäuft, immer weniger werden. Die kapitalistischen „Expropriatoren" — deren schließliche „Expropriierung" zugunsten der ganzen Gesellschaft, vermittelst eines Proletarieraufstandes, uns in die fertige sozialistische Gesellschaft hineinführen würde — sind allerdings immer reicher geworden, haben aber nicht an relativer Anzahl abgenommen. Und die Lebenshaltungen der Arbeiter sind zu gleicher Zeit gestiegen, während die wirtschaftlichen Mittelklassen bedeutungsvolle Faktoren des Gesellschaftslebens geblieben sind. Was dagegen beständig zugenommen hat, ist der Umfang des Großbetriebes (Marrens „Konzentrationstheorie"), die Zusammenorganisierung der großen Unternehmungen, die sozialwirtschaftliche Macht der Großbetriebsleiter und die mehr oder weniger wirtschaftliche Abhängigkeit aller übrigen Gesellschaftsbürger von ihnen.

Diese Konzentration und Großorganisierung der Produktion und diese unverantwortliche wirtschaftliche Leitermacht einer geringen Minderzahl, sowie diese wirtschaftliche Abhängigkeit und Ohnmacht der großen Mehrzahl sind dasjenige, was wir zuerst ins Auge zu fassen haben, wenn wir die wirklichen Entwicklungstendenzen nach sozialistischer Richtung hin, wie sie sich in unseren Tagen ausnehmen, beurteilen wollen. Die Gesellschaft muß die sich konzentrierende wirtschaftliche Gewalt streng regulieren, kontrollieren und teilweise selber übernehmen, um nicht ein willenloses Opfer dieser Gewalt zu werden, dadurch daß unverantwortliche Privatpersonen sie ausüben. Und hierzu kommt noch, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Macht schon deshalb in der Hand der Gesellschaft liegen muß, weil die ganze

Entwicklung der privatkapitalistischen Gesellschaft gezeigt hat, daß die Massenarmut sich durch Privateigentum, freie Unternehmertätigkeit und unregulierten Wettbewerb durchaus nicht ausrotten läßt, sondern daß es hierzu eines zielbewußten, planmäßigen Eingreifens der Gesellschaft als Ganzes bedarf.

Der mehr oder weniger weitgehende Sozialismus scheint mir als unentbehrliche Stütze einer Sozialpolitik, welche die Massenarmut vollständig wird beseitigen können, ja sogar als die einzige durch die jetzige wirtschaftliche Evolution kenntlich gemachte effektive Stütze, notwendig zu sein.

Der liberalen und der übrigen bürgerlichen Nationalökonomie und Politik unserer Tage, wie auch der älteren pessimistischen Schule, deren Führer Robert Malthus war, ist dies die tollste Utopie. Allein schon das Reden vom Beseitigen der Armut wird von dieser Seite her in der Regel wie ein Stück frecher Demagogie angesehen. Es steht also fest, daß die Sozialdemokratie die einzige politische Partei ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Armut in radikaler Weise zu bekämpfen — d. h. die Armut als soziale Massenerscheinung und soziale Institution gänzlich auszurotten. Diese radikale Feindschaft gegen die Armut ist der Kern in all dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Radikalismus, der mir wert zu sein scheint, daß man theoretisch und praktisch für ihn kämpfe.

Eigentümlicherweise nennt sich heutzutage derjenige Liberalismus radikal, der in seinem Eintreten für eines der charakteristischsten Prinzipien des Liberalismus, den wirtschaftlichen Individualismus — die Unbeschränktheit des Privateigentums und das Freibleiben der privaten Unternehmungslust und der Konkurrenz von gesetzlicher Regulierung — nicht radikal ist, sondern anstatt dessen allerlei sozialistische Reformvorschläge in sein Programm aufnimmt. Das Wort politisch „radikal" erhält dann die Bedeutung einer Übergangserscheinung zwischen prinzipiellem Liberalismus und prinzipiellem Sozialismus. Dies ist jedoch nicht die Bedeutung, in welcher ich mich hier des Wortes „radikal" bediene. Ich bezeichne damit einfach die möglichst folgerichtigen und auf den Grund der Erscheinungen dringenden Bestrebungen innerhalb irgend einer wirtschaftlichen oder politischen Schule.

4. Der sozialpolitische Radikalismus

Radikaler Feind der Not und der Armut, der wirtschaftlichen Sklaverei und der wirtschaftlichen Tyrannei und des wirtschaftlichen Chaos sein, das ist also meiner Ansicht nach notwendigerweise dasselbe wie Sozialist sein. Denn ich halte es für erwiesen, daß die Armut und die drückende wirtschaftliche Abhängigkeit der Massen und der Mangel an gesunder Organisation unseres ganzen wirtschaftlichen Gesellschaftslebens Übelstände sind, die sich wirksam bekämpfen lassen, aber nur durch tiefgehende sozialistische Reformen.

Etwas ganz anderes ist es, dogmatisch radikaler Sozialist zu sein. Ich glaube sowohl die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft nach sozialistischer Richtung hin beweisen zu können, wie auch die Unmöglichkeit eines innerhalb theoretisch überblickbarer und praktisch absehbarer Zeit radikal durchgeführten oder vollständig exklusiven Sozialismus.

Mir ist das Ziel die Hauptsache — das Ziel, zu dessen Erreichung mir der Sozialismus ein unentbehrliches, durch die sozialwirtschaftliche Entwicklung bedingtes Mittel erscheint. Dieses Ziel ist die radikale Beseitigung der Massenarmut und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Frage, wieviel Sozialismus zur Erreichung dieses Zieles erforderlich sein wird, ist mir Nebensache. Es genügt mir, zu wissen, daß der Sozialismus überhaupt notwendig ist und daß wir seiner als eines partiellen, vielleicht dominierenden, aber nicht exklusiven Prinzips bei der sozialwirtschaftlichen Organisierung der Gesellschaft bedürfen, sowohl jetzt wie in all der Zukunft, von welcher wir uns irgendwie begründete Vorstellungen zu machen vermögen.

Unter „Armut" verstehe ich die sozialwirtschaftliche Krankheitserscheinung, welche darin besteht, daß die großen Massen nicht genügendes Einkommen zur gesunden Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Bedürfnisse und zur Entwicklung ihrer körperlichen und

geistigen Kräfte haben. Infolge der unzureichenden Einkünfte der Eltern werden die Kinder schlecht gepflegt oder an Leib und Seele unterernährt. Im Verhältnisse zu ihren angeborenen Anlagen erhalten große Massen dieser Kinder, wenn nicht gar die allermeisten, zu wenig Erziehung und ungenügende Fachausbildung. Sie werden vor der Zeit in eine Erwerbsarbeit eingepreßt, welche sie verkrüppelt, anstatt ihnen den festen Grund zu Unabhängigkeit und Wohlstand zu geben. In Ermangelung eigener materieller Produktionsmittel wie auch einer durch sorgfältige Fachbildung erlangten höheren persönlichen Fähigkeit, bleiben sie auf Lebenszeit Lohnsklaven der Besitzer der materiellen Produktionsmittel und der Organisatoren des Produktionsprozesses.

Die bisweilen unwirtschaftlichen Haushaltungsmethoden der Armen und ihre manchmal ungesunden oder lasterhaften Konsumtionsgewohnheiten sind zum großen Teile eine Folge ihrer Armut. Wenn sie versumpft sind, so ist dies wesentlich eine Folge ihrer Armut und ein Zug dieser Armut. Erst nachdem wir diese Klassen einige Generationen hindurch von der Armutspest befreit haben, können wir erfahren, was für Menschenmaterial im Grunde in ihnen steckt. Erst dann kann von wirksamem Bekämpfen ihrer „freiwilligen" oder unter allen Verhältnissen angeborenen Schwächen und Ungesundheiten die Rede sein.

Was wir von der Armut in der modernen Gesellschaft wissen, ist nicht, daß alle Armen Menschen sind, welche unter allen sozialen Verhältnissen unfähig wären, etwas anderes zu sein als arm. Wir wissen nur, daß die allermeisten unter ihnen ihre Armut geerbt haben, daß sie zur Armut erzogen sind und daß die ganze Produktion mit Rücksicht auf ihre Armut organisiert ist — d. h. mit Berücksichtigung ihres Mangels an höherer Berufsbildung, ihres Gezwungenseins, um Lohn zu dienen und ihrer Unfähigkeit, sich etwas anderes als einen niedrigen Existenzlohn zu erzwingen. Wir wissen, daß die Armut sie zu wenig effektiven Produzenten gemacht hat, aber wir wissen nicht, ob sie von Natur notwendigerweise so wenig effektive Produzenten sein müssen. Und wir wissen, daß ihre Schwäche als Produzenten dazu beiträgt, ihre Armut zu verewigen.

Die soziale Armut — die Massenerscheinung, welche einen Grundbestandteil der wirtschaftlichen Organisation der modernen „kapitalistischen" Gesellschaften bildet — liegt nicht an irgendeiner „durch die Natur bedingten" Unfähigkeit unsererseits, die notwendigen materiellen Nutzbarkeiten in genügender Menge für die Bedürfnisse der vorhandenen Bevölkerung zu produzieren. Wir produzieren unzureichende Mengen an Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken, Wohnungen usw., weil die Armut der Massen bei uns eine soziale Fundamentalinstitution ist.

An sich kann die „Verbesserung der Produktion" die Armut der Massen nicht entfernen. Das Beseitigen der Armut der Massen erfordert andere Eingriffe in den wirtschaftlichen Zustand und die wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft. Erst in dem Maße, wie jene, die Armut unmittelbar bekämpfenden Sozialreformen durchgeführt werden, wird es möglich, die Produktion so zu verbessern und zu erweitern, wie es ein allgemeiner Volkswohlstand erfordert.

In dieser Auffassung trenne ich mich von allen nur „liberalen" Nationalökonomen und allen einseitigen wissenschaftlichen „alten" und „neuen" Anhängern der Bevölkerungslehre des Robert Malthus.

Die sozial bedingte Massenarmut ist nicht in letzter Hand durch „Übervölkerung" verursacht und könnte daher auch durch keine noch so gründliche Reduktion der vorhandenen Volksmenge abgestellt werden.

Wenn die Bevölkerung eines Landes, z. B. Schwedens, von fünf Millionen auf fünftausend Individuen reduziert würde, so könnten wir, wenn es den Besitzenden beliebte, die große Mehrzahl in genau demselben Armutselende sehen wie jetzt, und wir könnten ganz denselben Kontrast zwischen Reichtumsmacht und Lohnsklaverei haben. Dazu ist nur nötig, daß die reduzierte Bevölkerung genau denselben Typus der Eigentumsinstitutionen und sozialwirtschaftlichen Gewohnheiten, den wir gegenwärtig wahrnehmen, behielte. Wenn fünfzig Familien allen Grund und Boden und alles Kapital Schwedens besäßen, und die ganze übrige Bevölkerung nur aus 4500 Individuen bestände, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß wenigstens

4000 dieser Individuen eine wirkliche Armenklasse bilden würden. Natürlich vorausgesetzt, daß die fünfzig Besitzerfamilien wirklich den Willen und die Macht hätten, dieselbe wirtschaftliche Rechtsordnung, die gegenwärtig in Schweden tatsächlich aufrechterhalten wird, auch ferner aufrechtzuerhalten — ohne daß die viertausend Armen Revolution machten oder allzusammen auswanderten. Wenn die fünfzig eigentumbesitzenden Familien dieselbe Liebe zum bloßen Besitzen und dieselbe stumpfe Gleichgültigkeit gegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritte hätten, die ein großer Teil der Bauernklasse Europas gegenwärtig tatsächlich aufweist, so würden sie es vorziehen, lieber selber arme Arbeiter auf einem winzigen Teile ihrer großen Grundbesitzungen zu sein, als den Besitzlosen eine wesentliche Linderung ihrer gedrückten Lage und ihrer untergeordneten sozialen Stellung zu gönnen.

Dagegen läßt sich nicht einwenden, daß das wirtschaftliche Gewinnmotiv der Eigentumbesitzenden unter allen Verhältnissen ihre unwirtschaftliche soziale Trägheit und ihre unwirtschaftliche Machtgier besiegen müsse. Erstens ist der Mensch im allgemeinen nichts weniger als eine vollkommene wirtschaftliche Maschine, obgleich in vielen Fällen ein mehr oder weniger hoch entwickeltes Gewinninteresse sein Hauptinteresse werden kann; sondern er ist nur zu oft ein machtgieriges, abergläubisches, vorurteilsvolles soziales Faultier. Zweitens zeigt das Betragen der Millionäre und der Großbetriebsleiter unserer Tage bei großen Konflikten mit den Lohnarbeitern, daß auch den jetzigen wirklichen wirtschaftlichen Generalen, jenen sogenannten typischen *economic men*, die Macht das primäre Interesse ist und der weitere Gewinn das sekundäre. Übrigens ist es ja klar, daß derjenige, welcher die zureichende Macht hat, sich stets Gewinn genug verschaffen kann. Das Argument lautet im allgemeinen so: „behalten wir nur den Arbeitern gegenüber unsere wirtschaftliche und soziale Machtstellung, so gelingt es uns ganz sicher, unsere Gewinninteressen auf die Dauer zu schützen und zu fördern — selbst wenn wir gezwungen sein sollten, gelegentlich wirtschaftliche Opfer zu bringen, um die Versuche der Arbeiter, unsere Machtsphäre zu beschneiden, zu vereiteln".

Auswanderung als Heilmittel gegen diejenige Armut und Lohnsklaverei, welche die westeuropäische Gesellschaft charakterisieren, anzuempfehlen, ist gleichbedeutend mit grober Unkenntnis des wirklichen Wesens der Armut und ihres Zusammenhanges mit unserer wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, sowie auch mit grotesker Überschätzung des Einflusses, den die Konkurrenz heutzutage auf die Lohn- und Preisbildung hat. Die Bevölkerungsverminderung bringt höchstens einigen Arbeitergruppen ganz temporäre Vorteile, führt aber nicht an sich zu irgendwelcher günstigen Umorganisierung des wirtschaftlichen Gesellschaftslebens — sondern eher zum Gegenteile. Das Hemmen der Volksvermehrung wirkt auf die Gesellschaftsordnung mit allen ihren tiefsten Mängeln direkt konservierend.

Der orthodox malthusianische Nationalökonom und Auswanderungstheoretiker läßt sich mit einem Arzte vergleichen, welcher den Patienten dadurch zu „heilen" versucht, daß er (z. B. durch Aderlaß) ein allgemeinen Herabsetzen der Intensität der Lebensprozesse (der gesunden sowohl wie der kränklichen) hervorruft, anstatt wirklich gegen gerade die kranken Lebensprozesse einzuschreiten. Wer den Arbeitern zum Auswandern rät — nicht nur in einer kurzfristigen Periode akuter Krisis, sondern überhaupt, um „Übervölkerung" fernzuhalten — der leitet ihre soziale Aufmerksamkeit und ihr sozialpolitisches Streben von dem richtigen Gegenstande beider weg. Dieser Gegenstand ist ganz einfach die Tatsache, daß wir gewohnheitsmäßig und systematisch ebensowohl Armut wie Reichtum, ebensowohl geringwertige Menschen wie vollwertige und ebensowohl soziale Fesseln wie Mittel zu sozialer Freiheit produzieren.

Unter sozialpolitischem Radikalismus verstehe ich die sozialwirtschaftliche Anschauung und sozialpolitische Bestrebung, welche bis auf die Wurzel des fundamentalen sozialwirtschaftlichen Reformproblemes — des Armutsproblemes — geht.

Was den Sozialismus anbetrifft, so ist er eine durch das Entwicklungsstadium der Produktion bedingte Form des Kampfes der ganzen Gesellschaft um ihren Wohlstand und damit des Kampfes gegen die Armut der Massen, wo diese als soziale Grundinstitution existiert.

Der moderne Sozialismus strebt danach, daß Organisation der Produktion, ihre Regulierung durch die Gesellschaft und ein gesellschaftlich reguliertes und begrenztes Eigentumsrecht oder vollständiges Gemeinsamkeitseigentum da eingeführt werden, wo die jetzige Gesellschaft Planlosigkeit, blinden Wettbewerb und unbeschränkte, nicht durch die Gesellschaft kontrollierte private Eigentumsmacht aufweist.

Welcher Unterschied ist nun zwischen sozialistischem Radikalismus und sozialpolitischem Radikalismus?

Der Unterschied ist der zwischen einer direkten sozialen Anschauung und Taktik und einer indirekten.

Der sozialpolitische Radikalismus stellt sich den sozialwirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und kulturellen Übelständen unmittelbar entgegen. Er macht nicht das vollkommene Einführen des Sozialismus zum Hauptgegenstande seines Interesses, sondern konzentriert es ganz auf das soziale Übel selbst. Er benutzt den Sozialismus als sozialwirtschaftliches Mittel, aber unterwirft sich ihm nicht wie einem Selbstzwecke.

Dieses letztere tut der radikale Sozialist tatsächlich. Er vergißt, daß eine gewisse Organisation der Gesellschaft (etwas anderes ist der Sozialismus ja nicht) nichts anderes sein kann als ein Mittel zur Hebung des menschlichen Lebens und daß eben dies allein das ist, worauf es wirklich ankommt. Der Irrtum des radikalen Sozialisten hat seinen Grund in dem Glauben, daß es (von Marx) wissenschaftlich bewiesen sei, daß der Sozialismus radikal (oder ganz vollständig) sein muß, wenn er überhaupt existieren soll. Einen solchen Beweis hat aber weder Marx noch sonst jemand geführt oder führen können — obgleich Marx sich offenbar durch die Hegeln entlehnte Vorstellung beherrschen ließ, daß die soziale Entwicklung wesentlich dadurch charakterisiert wird, daß in jeder Entwicklungsepoche ein sozialer Zustand in sein eigenes Gegenteil umschlägt. Eine derartige Idee aber hat keinen Platz in der modernen Evolutionswissenschaft und ist auf keinem Gebiete irgendwie durch die Forschung bestätigt worden. Überdies scheint es mir unleugbar zu sein, wenn es auch manchmal bestritten wird, daß der sozialistische Radikalismus sich auf Marrens Theorie über die kapitalistische Ausbeutung des Lohnarbeiters stützt,

eine Theorie, die ihrerseits direkt aus seiner Werttheorie abgeleitet ist. Diese aber ist durchaus keine allgemeingültige Werttheorie und, wie ich glaube, in ihrer Grundauffassung wissenschaftlich unhaltbar. Marx bedarf ihrer allerdings zu seinem Sozialismus nicht, wohl aber ist sie seinem sozialistischen Radikalismus und dem seiner Anhänger notwendig.

Alle soziale Entwicklung ist eine Verwandlung, in welcher sehr viele der alten Gesellschaftsverhältnisse mehr oder weniger verändert erhalten bleiben, aber in welcher das kommende Neue stets wesentlich unvoraussagbar ist, ausgenommen dann, wenn es in dem Verwirklichen einer Willensrichtung besteht, die schon in den technisch, sozial und kulturell tätigen Menschen fertig vorhanden ist.

Unser Glaube, daß die Gesellschaft der Zukunft immer sozialistischer werden wird, hat zunächst zwei Gründe. Der eine ist die Tatsache, daß der Sozialismus durchaus keine gänzlich neue soziale Erscheinung ist, sondern zum Teile schon in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart existiert und sowohl dadurch wie auch durch die fortschreitende soziale Entwicklung in mechanischer Weise auf die Gesellschaft der Zukunft übertragen wird und sich in ihr steigern muß. Der andere ist unsere Überzeugung, daß der Hauptfehler der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung darin besteht, daß sie zu wenig Organisation der Produktion den wirklichen Bedürfnissen der Nation gemäß aufweist und daß sie den einzelnen Besitzern der Produktionsmittel zu große, unkontrollierte Freiheit zu egoistischer Machtausübung zugesteht. Daher brauchen wir mehr gesellschaftliche Regulierung der Produktion und mehr Beschränkung der privaten Eigentumsmacht — d. h. mehr Sozialismus.

Hinter diesen unmittelbaren Gründen unseres Glaubens an eine sozialistische Gesellschaftsentwicklung gerade in unserer eigenen Zeit gewahren wir gewisse, den modernen Privatkapitalismus kennzeichnende Entwicklungsfaktoren, die Karl Marx auf meisterhafte Weise analysiert hat — wenn er auch die hierhergehörenden Forschungsprobleme nicht ganz endgültig hat lösen können. Ich meine die eigentümliche Gestaltung und das Zusammenwirken moderner Produktionstechnik und moderner privatkapitalistischer Produktionsorganisation samt

der Gestaltung der Bevölkerung und der Verteilung des Eigentums, die wir als die eigentlichen Charakterzeichen unserer Zeit beobachten können. Zuletzt sind es wohl die Umwälzungen der Technik und das Wachsen der Bevölkerungsmassen, was die Entwicklung zum Sozialismus fast mechanisch beschleunigt — ohne deshalb, wie die „materialistische Geschichtsauffassung" meint, die einzigen endgültigen Ursachen eines mit Naturnotwendigkeit kommenden Sozialismus zu sein. Dieser geht auch aus einer rein geistigen Evolution hervor, die nicht eine bloße Widerspiegelung der Milieuveränderungen und der materiellen Vorgänge ist, sondern ihr ganz selbständiges Dasein hat.

Wir müssen uns davor hüten, den Begriff Sozialismus zu einem unbeweglichen Dogma zu machen. Dieser Begriff muß sich mit der Gesellschafts- und Geistesentwicklung entwickeln können. Als seinen Kern braucht er nichts anderes umfassen als das Prinzip des völlig wirksamen Eingreifens der Gesellschaft in die Anwendung des materiellen Produktiveigentumes und in die Gestaltung der Einkommensverteilung und der Konsumtion, soweit wie sich dies zur Erlangung des höchstmöglichen allgemeinen Wohlstandes in einem gegebenen Zeitabschnitte nötig erweist.

Daß die Gesellschaft als Ganzes Produktionsmittel besitzt und Produktion betreibt, ist nur eine Form des Sozialismus. Daß die Gesellschaft Produktion und Eigentumsanwendung, die im übrigen in Privathänden geblieben sind, wirksam und tiefgehend reguliert, das ist eine andere Form des Sozialismus. Daß die Produktionstätigkeit der Gesellschaft mit der privaten Produktionstätigkeit konkurriert, um sie zu zwingen, daß sie gewisse sozial wünschenswerte Normalleistungen prästiere, das ist eine dritte Form des Sozialismus. Daß die Gesellschaft gewisse Minima der Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen, der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität, der Alterspensionierung, der Wohnungsverhältnisse, der Kinderpflege, Erziehung und Fachbildung usw. aufstellt und das Erwerbsleben dazu zwingt, sich nach diesen Minimiforderungen einzurichten, das ist noch eine Form des Sozialismus — und eine der am unmittelbarsten wirksamen.

Jedesmal, wenn das Interesse der ganzen Gesellschaft einen Schritt in der Richtung der vollständigeren Organisierung der Produktion den latenten und aktuellen Bedürfnissen gemäß bestimmt und hierdurch die Begrenzung oder Aufhebung der privaten Eigentumsmacht bewirkt, haben wir es mit einem Schritte weiter in der sozialistischen Evolution der Gesellschaft zu tun.

Derjenige, welcher will, daß das Wort „Sozialismus" nichts weiter bezeichne als „die Umwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum", und darunter versteht, daß nicht nur alle Arten Produktionsmittel sozialisiert werden sollen, sondern daß auch alle diese Arten ganz und gar sozialisiert werden sollen — der beraubt das Wort Sozialismus allen Zusammenhangs mit der sozialen Wirklichkeit, selbst wenn er betont, daß diese Umwälzung „allmählich" geschehen solle. Er sucht uns zu zwingen, das eigentliche Kriterium des „Sozialismus" darin zu sehen, daß alle Produktionsmittel ganz und gar sozialisiert werden — d. h. in einem Gesellschaftszustande, dessen Möglichkeit oder schließliche Entstehung sich absolut nicht wissenschaftlich beweisen läßt, wohl aber sehr starke wissenschaftliche Gründe gegen sich hat.

Der Sozialismus als wachsender Bestandteil einer wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, die im übrigen eine Art gesetzlich geregelten Privatkapitalismus mit immer höherer Organisation und immer mehr zunehmenden Demokratismus oder wirtschaftlichen Konstitutionalismus bleibt — ein solcher Sozialismus ist eine lebendige, unwiderlegliche Wirklichkeit. Gegen den Sozialismus zu kämpfen, wenn das Wort in dieser Bedeutung genommen wird, ist politischer Unsinn. Aber der radikale Sozialismus ist keine Wirklichkeit, sondern nur ein Dogma. Wäre der Sozialismus nur ein solches unbewiesenes und der Wissenschaft widerstreitendes Dogma, so müßte man ihm allerdings bekämpfen.

Der radikale Sozialismus gleicht darin dem älteren Christentume, daß er die Tendenz hat, das Interesse auf ein Millennium zu konzentrieren, welches dem Elende der Welt mit einem Schlage ein Ende machen würde, während dieses Elend folglich in der Gegenwart als wesentlich unheilbar gelten darf. Und es hat unzweifelhaft seine tie-

fen seelischen Gründe, daß der moderne Sozialismus und das Urchristentum dieselben utopischen Züge aufweisen, welche sich einem energischen, praktischen Reformstreben teilweise hindernd in den Weg gestellt haben. Nichts zeigt jedoch die unbezwingliche Lebenskraft des Sozialismus in unserer Zeit deutlicher als die Tatsache, daß die radikalsozialistischen Anschauungen innerhalb der Arbeiterbewegung immermehr in den Hintergrund geschoben werden und daß es ihnen nicht mehr erlaubt wird, eine von sozialpolitischem Radikalismus inspirierte Reformarbeit zu hindern.

Die sozialistische Arbeiterbewegung wendet diese Mittel nicht mit der Vorstellung an, daß wir nichts weiter tun können als das Armutselend innerhalb der Arbeiterklasse ein wenig zu lindern, sondern sie benutzt sie in dem Glauben, daß wir die Massenarmut innerhalb einer absehbaren Zeit werden radikal beseitigen können. Dieser Glaube ist, wie ich schon hervorgehoben habe, meiner Meinung nach durchaus keine Utopie — obgleich es sicherlich eine Utopie wäre, ihn ohne Sozialismus verwirklichen zu wollen. Und ganz gewiß lassen sich viele sozialdemokratische Arbeiter nur eine Verwechslung der Begriffe zuschulden kommen, wenn sie von vollständiger (oder radikaler) Einführung des Sozialismus reden, aber im Grunde die vollständige (oder radikale) Beseitigung der Armut und der Lohnsklaverei, mit dem Sozialismus als hauptsächlichem Mittel, meinen.

Es ist indessen in hohem Grade wünschenswert, daß nicht nur die radikalsozialistischen Dogmen, sondern auch die radikalsozialistischen Phrasen aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verdrängt werden — denn sie erleichtern den Gegnern in hohem Grade den „gesellschaftserhaltenden" (d. h. den die Armut und die Lohnsklaverei erhaltenden) Kampf gegen alle tiefeinschneidenden sozialen Reformen. Man glaubt oder stellt sich, als ob man glaube, daß diese Reformen nichts anderes sein können als Etappen auf dem Wege zum absoluten Sozialismus. Unter dem Scheine, Maßregeln, die zu einer unerträglichen oder unhaltbaren Gesellschaftsordnung führen müssen, zu bekämpfen, kann der Sozialistenfeind dann seine eigenen Parasiten- und Machtinteressen mit großem Pathos verteidigen.

Sind wir uns darüber einig, daß es sich hinsichtlich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Grunde und ganz unmittelbar um nichts anderes handelt als darum, die bestehende Gesellschaftsordnung so umzugestalten, daß sie aufhört, die Armut der Massen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit als fundamentale wirtschaftliche Institution zu haben, und sind wir uns darüber einig, daß diese Umgestaltung nach keiner andern Richtung hin als der sozialistischen und demokratischen vor sich gehen darf — dann wird es nicht die Aufgabe des praktischen Politikers sein, unter allen Verhältnissen und eventuell mit Aufopferung der Wohlfahrt gegenwärtiger Generationen auf eine absolut sozialistische Gesellschaft loszusteuern, sondern er hat die weit freudigere Aufgabe, unmittelbar mit der Riesenaufgabe, die Gesellschaft ganz armutsfrei und fundamental demokratisch zu machen, zu beginnen.

Unlösbar sind diese Aufgaben gewiß für diejenigen, welche keinen politischen Arbeitsplan besitzen, der sich auf tiefgehende Kenntnis des gegenwärtigen Aufbaues und der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen der wirtschaftlichen und politischen Gesellschaft gründet. Außerdem bedarf es des guten Willens zum Ausrotten alles des sozialen und kulturellen Klassenunterschiedes, der seinen Grund in einer sozialen Erbklasse armer, unerzogener und abhängiger Mitbürger hat. Ohne unsere sozialen Reformprinzipien — unsere sozialistischen und demokratischen Prinzipien — kommen wir nicht aus der Stelle. Aber wir müssen unsere Prinzipien beständig mit der lebenden Wirklichkeit in Berührung erhalten und müssen den festen Willen haben, ihre Entwicklung zu Wahrheit und Wirklichkeitstreue beständig weiter zu treiben.

Alle bürgerlichen Parteien oder Nicht-Sozialisten sind sich darüber einig, daß die Armut sich absolut nicht ausrotten lasse; und innerhalb des konservativen und reaktionären Lagers ist man außerdem auch noch fest davon überzeugt, daß das Arbeiten an der Ausrottung der Armut ebenso gottlos und „gesellschaftsauflösend" sei wie das Arbeiten an der Verwirklichung des radikalen Demokratismus. Es fehlt also nicht an Leuten, welche in den Sozialdemokraten tolle Utopisten und Gesellschaftsauflöser sehen werden, auch wenn diese aufgehört haben,

sich als prinzipielle Vorkämpfer für die absolut sozialistische Gesellschaftsordnung auszugeben.

Indessen sind in unserer Zeit mächtigere Kräfte in Bewegung als je zuvor — wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Kräfte — welche teils die Möglichkeit zum Abheben des Armutsjoches und zum Fortschreiten des Demokratismus vergrößern, teils diese fundamentalen Gesellschaftsreformen direkt verwirklichen. Die Entwicklung der Produktion, welche sich in der Zunahme des Nationalvermögens und des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung zeigt, beweist, daß wir es trotz aller gegenwärtigen wirtschaftlichen Planlosigkeit und Schmarotzerei mit einer außerordentlich effektiven und entwicklungsfähigen Produktionsweise zu tun haben. Die Arbeiterbewegung und die Sozialpolitik ziehen aus diesem Umstande Vorteil und verhelfen großen Arbeitergruppen zu dauernd gehobenen Lebenshaltungen. Der politische und soziale Demokratismus macht beständige, wenn auch nicht überall gleichmäßige Fortschritte — was in nicht geringem Maße der wirtschaftlich-politischen Organisationsbewegung der Arbeiter zu verdanken ist.

Wenn der sozialpolitische Radikalismus seine Theorie in Praxis umsetzen will, findet er also das Terrain wohl vorbereitet und sein eigenes Werk schon in vollem Gange. Er findet das sozialistische Mittel in voller Anwendung — z. B. dann, wenn der Staat durch Gesetz und Autorität auf dem Arbeitsmarkte vermittelst des Festsetzens gewisser Minima der Arbeits- und Lohnbedingungen regulierend eingreift. Die Aufgabe ist also zunächst die, ein sozialistisches und demokratisches Reformprogramm auszuarbeiten, das vorurteilslos mit allen vorhandenen Entwicklungstendenzen und Reformbestrebungen in sozialistischer und demokratischer Richtung hin rechnet und sie in Übereinstimmung mit unserem unerschütterlichen Vorsatze, die Armutsinstitutionen und die Armutsgewohnheiten radikal aus dem Gesellschaftsgebäude und aus dem Gesellschaftsleben auszumerzen, in systematischer Weise ergänzt.

Ein derartiges Reformprogramm — oder, wenn man so will, Revolutionsprogramm, denn es handelt sich ja darum, auf dem Wege der Reformen zu fundamentaler Revolutionierung der Gesellschafts-

ordnung zu gelangen — wird das ganze „politische Programm" der Sozialdemokratie einschließen — natürlich mit den Veränderungen, die eine zunehmende Einsicht in das Wesen des Sozialismus und des Demokratismus notwendig machen kann. Aber daneben ist ohne Zweifel noch verschiedentlich mehr erforderlich, als gegenwärtig in jenem „politischen Programme" enthalten ist.

5. Die moderne Sozialpolitik

Wenn das soziale Übel, das wir ausrotten wollen, im Grunde darin besteht, daß die große Mehrzahl der heranwachsenden Generation in Armut geboren, zur Armut erzogen wird und daß ihr der Zugang zu den materiellen Produktionsmitteln sowohl wie zu den kulturellen gesperrt bleibt, so ist es offenbar, daß wir zuerst eine radikale Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse der Kinder zum Ziele unserer Bemühungen machen müssen.

Wir müssen das Recht der Kinder auf das vollste Maß an wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Leistungsfähigkeit, das ihre angeborenen Anlagen gestatten, sozialisieren. Es ist im Grunde keine bessere soziale Ordnung, die Armut die Kinderscharen gewisser Gesellschaftsklassen verheeren zu lassen, als die schwarzen Pocken oder die Tuberkulose unter ihnen wüten zu lassen. Tatsächlich hat die Gesellschaft das stärkste positive Interesse an der richtigen Pflege und Entwicklung jedes einzigen Kindes, denn bessere Produzenten und Mitbürger, als wir uns durch richtige Pflege der jetzt aufwachsenden Generation schaffen, können wir in den nächsten Jahrzehnten nicht erhalten.

Die soziale Institution, die „arme Kinder" heißt — d. h. vernachlässigte, unterernährte, unvollständig erzogene Kinder und kümmerlich in ihrem Berufe ausgebildete junge Leute — können wir unmittelbar und innerhalb relativ weniger Jahre aus der Welt schaffen. Wir müssen es durch das Gesetz zu einer Pflicht der Gesellschaft machen, dafür zu sorgen, daß kein einziges Kind unter einem be-

stimmten Minimum, das von Zeit zu Zeit erhöht werden muß, gepflegt, erzogen und zu seinem Berufe ausgebildet wird.

Die wirtschaftlichen Mittel hierzu müssen zum großen Teile auf dem Wege der Besteuerung aufgebracht werden — natürlich vor allem durch Besteuerung der reichen und wohlhabenden Klassen. Der Einwendung, daß die Kapitalakkumulation dann sich gar zu sehr vermindern würde und die Fortschritte der Produktion dadurch gehemmt werden würden, muß man mit dem Hinweisen darauf begegnen, daß es sich hier unter anderem gerade darum handelt, ein Produktionsmittel für die Volkswirtschaft zu produzieren — nämlich möglichst effektive menschliche Arbeitskraft. Die persönliche Arbeitsfähigkeit innerhalb der Nation ist rein wirtschaftlich noch wertvoller als diejenigen materiellen Produktionsmittel, die wir gewöhnlich „Kapital" nennen. Die Geldmittel, welche auf die Pflege, Erziehung und Berufsausbildung der Kinder der Armen verwendet würden, wäre von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus eine besonders gute „Kapitalanlage".

Übrigens sei daran erinnert, daß in vielen Ländern der Staat von alters her zum großen Teile für die Kinder der in besseren Verhältnissen lebenden Klassen die Kosten der höheren Elementarbildung und Berufsbildung bestreitet — durch unsere höheren Schulen, unsere Universitäten, unsere technischen Hochschulen, unsere Kriegsschulen usw. Der Staat bezahlt wohl jetzt in der Regel wenigstens zwanzigmal mehr für die Erziehung eines der Knaben und Jünglinge der oberen Klassen als für die Erziehung eines der Unterklasse angehörenden. Das Prinzip der Sozialisierung der Erziehung der Jugend ist also schon anerkannt — obgleich in einseitiger Weise zugunsten der besser gestellten Klassen.

Das Aufrechterhalten eines gesetzlichen Minimums an Kinderpflege und Erziehung würde verlangen, daß man die Häuslichkeiten der armen Leute durch öffentliche Kinderpflegeinstitutionen ergänzte und die Volksschule verstaatlichte und zur fundamentalen Kindererziehungsanstalt der ganzen Nation ohne Klassenunterschied ausbaute. Der gegenwärtig in den oberen Klassen herrschende, erklärliche Widerwille, ihre Kinder mit den vernachlässigten, verrohten Kindern

der Arbeiter auf denselben Schulbänken sitzen zu lassen, muß auf die einzig gerechte und wirksame Weise bekämpft werden — nämlich dadurch, daß man gründlich dafür sorgt, daß keine vernachlässigten, durch die Not und die mangelhafte Bildung der Eltern verrohten und durch ungenügende Erziehung in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Kinder mehr aufwachsen dürfen.

Eine Tatsache, welche die soziale Forschung mit jedem Jahre immer klarer und deutlicher zeigt, ist die entscheidende Bedeutung der Wohnungsverhältnisse und der Wohnungsunkosten in dem Privatleben und in der Haushaltung der modernen Lohnarbeiter. Die zu engen und zu schlechten Wohnungen, das Schlafgängersystem, die Unmöglichkeiten überhaupt, aus gewöhnlichen Arbeitslöhnen genügende Wohnräume zu bestreiten, das alles sind Verhältnisse, welche dem Familienleben fast der ganzen modernen Arbeiterklasse sowie ihrer hygienischen und ethischen Lebenshaltung ihr Gepräge aufdrücken. Auch hier ist eine „Sozialisierung" notwendig. Auch hier bedarf es einer Aufstellung gewisser Minimiforderungen von seiten der Gesellschaft und eines Durchsetzens dieser Forderungen vermittelst der wirtschaftlichen und organisatorischen Macht der ganzen Gesellschaft.

Wenn wir gerade die schlechteren und schlechtesten Wohnungsverhältnisse besonders studieren, kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir in der Wohnungsfrage eine der vitalsten aller speziellen sozialen Fragen haben. Das Wohlbefinden des Arbeiters und seine Befriedigung durch sein häusliches Leben, der ununterbrochene erziehliche und ethisch kräftigende Einfluß der Häuslichkeit auf sämtliche Familienmitglieder, die Möglichkeiten, daß die Kinder gute Pflege erhalten und körperlich und geistig gesunde Menschen werden, die Möglichkeit, daß die Hausfrau als Hüterin guter Sitten zur Geltung gelangen kann, und schließlich die Möglichkeit, daß der Hausvater die unentbehrliche tägliche Ruhe und Erholung im Schoße seiner Familie anstatt im Wirtshause findet — alle diese für das innere Leben der Nation so unendlich bedeutungsvollen Imponderabilien sind aufs Engste von der Beschaffenheit und der Lage der Wohnung abhängig.

Welche Art Familienlebens könnten wir uns berechtigterweise selbst unter den ihrer geistigen Anlagen nach am meisten begünstigten Menschen mitten drinnen in einem schmutzigen Fabrikviertel einer Großstadt als möglich denken, wo man hoch droben in einer Mietskaserne in einem einzigen kleinen Zimmer und einer noch kleineren Küche eine kinderreiche Arbeiterfamilie und dazu, der hohen Miete wegen, noch einen oder den andern männlichen oder weiblichen fremden „Schlafgänger" hausen sieht? Ist es nicht ohne weiteres klar, daß solche Wohnungsverhältnisse in unzähligen Fällen sowohl auf die körperlichen und geistigen Kräfte der Jüngeren wie auch auf die der Älteren einen viel zu starken, ja einen zerbrechenden Druck ausüben müssen? Können wir erwarten, daß sich in solchen Häuslichkeiten gute Anlagen kräftig entwickeln und schlechte Anlagen dort kräftig unterdrückt werden? Wagen wir es, sie als geeignete Pflanzschulen wirtschaftlicher Tüchtigkeit und edlen Bürgergeistes gelten zu lassen? Was ist überhaupt der Zweck der Wohnung und der Häuslichkeit, wenn nicht, daß sie die guten Anlagen schützen und ausbilden sollen? Sind nicht die Volksklassen, welche sich mit Wohnungen, die an ihren Kräften zehren und ihr Blut und ihre Instinkte vergiften, begnügen müssen, mehr als heimatlos? Und ist diese Art Heimatlosigkeit nicht in nördlichen Ländern ein näherliegendes und lebensschädlicheres Übel als in südlicheren Gegenden? Wenn irgendwo, so müssen im Norden die Häuslichkeiten als Hort und Erzieher der körperlichen und geistigen Volkskraft gelten.

Einer Nation, die lange leben will, kann es durchaus nicht gleichgültig sein, in was für Wohnungen die große Mehrzahl ihrer Bürger aufwachsen und die Tage ihres Mannesalters verleben müssen. Wir dürfen das Problem nicht durch irgendwelche oberflächlichen Reden über die unvermeidlichen Verschiedenheiten zwischen den Lebensverhältnissen der höheren und der unteren Gesellschaftsklassen verdunkeln lassen. Es handelt sich hier durchaus nicht um solche Verschiedenheiten, sondern um absolute Übelstände. Ein „Hütte" kann ein ideales Heim sein — wenn die „Hütte" ein zu der Größe der Familie passendes Häuschen oder eine gut ausgestattete und in guter Umgebung liegende Mietswohnung ist. Aber die Phrase, daß

gute Sitten in der „Hütte" genau ebensogut gedeihen können wie in „Palästen", wird eine soziale Lüge, wenn sie dazu dienen soll, von einer tatkräftigen Reformpolitik auf dem Gebiete des Wohnungswesens abzuhalten. Der Verlust an wirtschaftlichen und ethischen Werten durch das gegenwärtige Wohnungselend der Arbeiterbevölkerung ist zweifellos viel größer als die wirtschaftlichen Opfer, welche erforderlich sein würden, um die Arbeiterwohnungen allgemein über ein gewisses Minimum zu erheben. Sehr bald hätten wir auf diese Weise eine körperlich und geistig gesundere, kultiviertere Arbeiterbevölkerung als jetzt.

Nichts zersetzt eine Nation so von Grund aus, wie der reale Unterschied zwischen Menschen, die schon in ihren häuslichen Verhältnissen himmelweit verschiedenen Kulturniveaus angehören. Durch eine starke Reform auf diesem Gebiete wäre die soziale Ordnung tief in demokratischer und sozialistischer Richtung modifiziert.

Natürlich darf die Sozialisierung gewisser Minima an Pflege und Erziehung der Jugend nicht dazu führen, daß die Eltern davon befreit werden, einen ihren Einkommensverhältnissen angepaßten Teil der Kosten hierfür zu tragen. Es handelt sich ja nur um gesellschaftlich garantierte Minima; es ist nur die Rede davon, die Kinder davor zu schützen, daß sie unter diese Minima an Pflege, Erziehung und Erwerbsmöglichkeiten herabsinken, wenn ihre Eltern nicht in erforderlicher Ausdehnung für sie sorgen können oder es nicht wollen. Eventuell muß man die Eltern zwingen, nach ihren Kräften zur Erziehung ihrer Kinder beizutragen — auch dann, wenn es sich als notwendig herausstellt, die Kinder aus dem Elternhause fortzunehmen. Und Eltern, welche ihren Kindern mehr geben können als das gesellschaftliche Minimum, werden sich natürlich geradeso wie jetzt dazu angetrieben fühlen, es auch zu tun.

Tatsächlich muß sich die rationelle Pflege, welche die Gesellschaft ihren eigenen künftigen Mitbürgern zuteil werden läßt, in gewissem Maße auch auf die Eltern dieser erstrecken — ohne daß deshalb von irgendwelchem Aufheben ihrer persönlichen Verantwortlichkeit die Rede zu sein braucht. Wir haben es, im Gegenteile, mit einer höchst wesentlichen Verschärfung dieser Verantwortlichkeit zu tun, weil das

alte System des Gehenlassens durch ein Eingreifen der Gesellschaft ersetzt wird, das wenigstens gewisse Minima an elterlichen Leistungen erzwingt.

Unter den jetzigen Verhältnissen müssen zahlreiche Mütter der Arbeiterklasse ihre Kinder und ihren Haushalt besorgen und dabei zugleich den ganzen Tag in Fabriken und Werkstätten, in landwirtschaftlichem Betriebe oder in irgendeinem anderen Berufe tätig sein. Das heißt an die menschliche Arbeitsfähigkeit größere Anforderungen stellen, als sie in befriedigender Weise zu erfüllen vermag. Kinder und Häuslichkeit werden notwendigerweise vernachlässigt, und damit wird ein großes soziales Interesse auf eine Art und Weise in den Hintergrund geschoben, die der Gesellschaft größere wirtschaftliche Verluste verursacht, als der wirtschaftliche Gewinn der Erwerbsarbeit der Arbeiterfrau aufwiegen kann. Weil der physische Zustand der Mutter während der Schwangerschaft und des Stillens für die Gesundheit und Kraft des Kindes außerordentliche Bedeutung hat, muß das Eingreifen der Gesellschaft zum Besten ihrer neuen Mitglieder schon bei den künftigen Müttern beginnen. Von Erwerbsarbeit, welche die Tauglichkeit der Frau zur Mutterschaft herabsetzt, muß sie nach Möglichkeit zurückgehalten werden. Und wenn ein Kind erwartet wird, muß die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse einschreiten, wenn die eigenen wirtschaftlichen Mittel der künftigen Mutter und ihres Gatten nicht zureichen, um dem Kinde eine Zeitlang vor und nach der Geburt ein gewisses Minimum an günstigen physischen Lebensbedingungen zu bereiten.

Dies ist ja ein Prinzip, das schon jetzt Anerkennung gefunden hat — obgleich sich vielleicht nicht viele klargemacht haben, daß wir es hier mit einer „Sozialisierung" der wirtschaftlichen Last der Mutterschaft hinsichtlich der ärmsten Mütter zu tun haben. Die moderne Sozialpolitik will, gleich dem Sozialismus, das Familienleben innerhalb der ganzen Bevölkerung durch die ganze wirtschaftliche und organisatorische Macht der Gesellschaft so stützen, daß es nirgends unter ein gewisses Minimum an Wohlstand und Kultur herabsinken kann.

Die moderne Sozialpolitik in ihrer einzigen echten Form sozialistisch inspirierten sozialpolitischen Radikalismus ist, negativ ausgedrückt, ein Krieg gegen die Armut und, positiv ausgedrückt, das bewußte planmäßige Streben der Nation nach Hebung ihrer eigenen körperlichen und geistigen Qualität Schritt für Schritt von der untersten Schicht der Gesellschaft an — also das politisch organisierte Streben nach Veredlung ihrer selbst. Hierbei wird das Interesse des Sozialreformators unmittelbar auf das menschliche Leben selber, auf die rein persönlichen Faktoren und auf die höchsten geistigen Werte gerichtet. Die Sozialreform wird unmittelbares Arbeiten an der Hebung des Menschen und der Steigerung der Kultur.

Dies scheint mir sehr viel mehr eine inspirierende Arbeit zu sein als jenes bloße Streben nach einer gewissen äußeren Regulierung der Gesellschaftsverhältnisse, das den radikalen Sozialismus bezeichnet — ein Streben, das alle persönlichen, unmittelbar kulturellen Fragen in den Hintergrund schiebt und den Sozialreformator gewissermaßen zu einem sozialen Mechaniker macht, dessen alles absorbierendes Interesse die Vollkommenheit der sozialen Maschine in Übereinstimmung mit einem gewissen, im voraus bestimmten Typus ist. Es ist doch das einzig Vernünftige, die Gesellschaftsorganisation sich Schritt für Schritt so gestalten zu lassen, wie sich als notwendig herausstellt, damit sich ihr Zweck, der höchste mögliche Wohlstand und die höchste mögliche Kultur, in jedem Zeitalter verwirkliche.

Es ist ein Überrest der alten sozialen und kulturellen Theorie des Gehenlassens, wenn man sich einbildet, daß die Gesellschaftsorganisation sich selber nach irgendwelchen inneren, von unserem Willen unabhängigen „Entwicklungsgesetzen" verwandeln müsse und daß wir hierdurch, ohne bestimmtes Ziel und eigenes Streben, zu den besten möglichen Kulturverhältnissen gelangen würden. Dieser soziale und kulturelle Entwicklungsfatalismus ist wissenschaftlich unhaltbar, denn es steht wissenschaftlich fest, daß das bewußte Streben des Menschen ein *selbständiger* Faktor von schnell zunehmender Bedeutung in unserer sozialen und kulturellen Entwicklung ist. Wollen wir berechtigt sein, auf eine bessere Zukunft für das Menschen-

geschlecht zu hoffen, so müssen wir uns Vorstellungen von dieser Zukunft bilden und um das Verwirklichen dieser Vorstellungen kämpfen — ohne darum künftige Generationen an die Unvollkommenheiten, die unseren sozialen und kulturellen Idealen notwendigerweise anhaften müssen, binden zu wollen.

Der Krieg zur Ausrottung der Armut und der sozialen Unfreiheit ist ein heiliger Krieg, der zu großen zeitweiligen Opfern an materiellen Werten berechtigen kann, aber nicht nur in einem Niederreißen, sondern auch in einem beständigen Aufbauen sozialer Institutionen und sozialer Vorstellungen bestehen muß. Alle Bauarbeit und Kriegsarbeit muß, vor allem auf sozialen Gebiete, in letzter Hand ein ethisches Fundament und eine ethische Richtschnur haben — d. h. ein klares, unablässiges Richten des Willens auf das höchste Gut und ein beständiges Streben, unsere Vorstellungen von dem höchsten Gute zu heben, zur Voraussetzung haben.

II

Die Sozialdemokratie und das Problem der Demokratie

1. Der Demokratismus innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung

In vier Ländern und drei Jahrzehnten bin ich Zeuge des Kampfes um den einzigen wahren und richtigen Demokratismus in der Sozialdemokratie gewesen. Das erstemal war es in Deutschland am Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das zweitemal in England[1] in den neunziger Jahren. Das drittemal in Italien um die Wende des Jahrhunderts. Und zuletzt in Schweden. Der Streit wurde jedesmal zwischen einem „radikalen", oft von jungen Leuten und stets von begeisterten Männern der Extreme befürworteten Idealtypus des Demokratismus und dem parlamentarischen, tatsächlich praktisierten, „unvollkommenen" Typus geführt. Es hat bisweilen den Anschein gehabt, als ob es sich in der Hauptsache um einen Streit zwischen „Jungen" und „Alten" innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung handle. Und das ist auch in gewissem Maße der Fall. Wir müssen uns aber davor hüten, die Begriffe „Junge" und „Alte" hier gar zu unklar zu lassen.

In jedem Zeitalter und innerhalb jeder Gesellschaftsklasse gibt es eine idealistische Jugend. Zu gleicher Zeit ist eine große Anzahl der Jungen konservativ, reaktionär, kraß materialistisch und genußsüchtig. Wir sind alle einmal jung an Jahren. Aber die starke Wachstumskraft des Lebens, welche das Kennzeichen wahrer Jugendlichkeit ist, finden wir keineswegs bei allen jungen Leuten in gleichem Maße — ebensowenig, wie diese im übrigen gleich begabt sind. Doch das Herrlichste im Dasein ist die Jugendlichkeit, die frühlingsfrohe Schaffenslust des Lebens, der morgenfrische Mut zum Bahnen neuer

[1] Zwischen meinen, in diesem Hauptabschnitte dargestellten Anschauungen über das Wesen des modernen Demokratismus und den Ideen in J. R. Mac Donalds Buch Sozialismus und Regierung (Politische Bibliothek, Diederichs, Jena 1912) gibt es, wie es mir scheint, viele Berührungspunkte. Der englische Arbeiterführer und Parlamentarier bekämpft dieselben sozialdemokratischen Irrtümer, die ich hier zu widerlegen suche

Wege und Niederreißen alter Schranken. Die Jugendlichkeit ist eine sonnige Liebe zum Leben — zu seiner wachsenden Gesundheit und Kraft, seiner steigenden Harmonie und seinem zunehmenden Reichtume. Die Jugendlichkeit hat immer recht — auch bei dem Sechzigjährigen. Aber die jungen Leute sind ein gemischter Haufe — wie die Sechzigjährigen. Die demokratischen Ideale, welche ein gemischter Haufe sozialrevolutionärer Jünglinge vorführt, sind nicht alle echt, denn nicht alle Mitglieder des Haufens haben in ihren sozialen Gedanken und Bestrebungen die echte, lebenskräftige Jugendlichkeit. Zwischen diesen Idealen tauchen längst veraltete soziale Ideen aus vergangenen Jahrhunderten wieder auf. Hierzu rechne ich den Syndikalismus und die Sabotage mit ihren individualistischen Gewaltprinzipien aus den achtziger Jahren des 18. und den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, sowie auch die Angst vor dem völlig konsequenten Teilnehmen der sozialdemokratischen Politiker an der Gesetzgebungs- und Regierungsarbeit innerhalb der „bürgerlichen" Gesellschaft. Es soll ein Verbrechen gegen die innersten Prinzipien des Sozialismus und des Demokratismus sein, wenn die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sich an der wirklichen Regierungsarbeit beteiligen, anstatt phrasenreiche Agitationsreden vor leeren Bänken und schläfrigen Zeitungsberichterstattern zu halten.

Es gibt wenige Ausdrücke, die man öfter von seiten der „radikalen" Sozialdemokraten hört, sie mögen nun junge oder alte Leute sein, als „die sozialistischen und demokratischen Prinzipien". Hiermit ist stets gemeint, daß die „Radikalen ein ehrliches Nachleben dieser Prinzipien fordern und gewissen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und anderen Vertrauensmännern in öffentlicher Stellung den Vorwurf machen, daß sie sich hinsichtlich jener Prinzipien auf Kompromisse einlassen und geradezu ihrer Pflicht, ehrlich für sie zu kämpfen, untreu sind. Hinter dem Argumente scheint die Annahme zu liegen, daß sowohl „Radikale" wie „Revisionisten" sich im Grunde darüber einig sind, was unter diesen „Prinzipien" zu verstehen ist. Es läßt sich nur durch eine „Schwenkung nach rechts" infolge der demoralisierenden Wirkung des parlamentarischen Lebens erklären, daß einige sozialdemokratische Politiker diesen Prinzipien

in der Praxis nicht treu geblieben sind. Mir scheint es jedoch, daß viele dieser „radikalen" Anschauungen ziemlich veraltet oder unklar und wirklichkeitsfremd sind.

Über die zentralen Probleme des Sozialismus und des Demokratismus gibt es gar keine fertige, unbestreitbar richtige Lehre. Aber es gibt eine Erfahrung, welche einen großen Teil der Vorstellungen unserer sozialdemokratischen „Radikalen" deutlich widerlegt. Und diese selbe Erfahrung beweist, daß ein großer Teil der parlamentarischen Tätigkeit, welche die „prinzipientreuen Revolutionäre" so sehr mißbilligen, ganz bestimmt als gesunder Demokratismus und wahrer Sozialismus zu betrachten ist.

Der demokratische Radikalismus dieser „revolutionären" Sozialdemokraten geht von der Auffassung aus, daß das Volk, die unteren Schichten, die gegenwärtige Majorität der Nation an armen, abhängigen und in ihrer Entwicklung gehemmten Mitbürgern, aufs unmittelbarste auf Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung einwirken müsse. „Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk." Die sozialdemokratischen Politiker verlieren die Fühlung mit den breiten Schichten und haben anstatt dessen Fühlung mit den herrschenden Klassen, den Unterdrückern des Volkes — meint man. Folglich hat der Parlamentarismus überhaupt nur wenig oder fast gar keine praktische Bedeutung. Auf diesem Wege gelangen wir nur zu unbedeutenden Scheinreformen. Soll sich die Sozialdemokratie überhaupt des Parlamentarismus bedienen, so müssen alle die „radikalsten demokratischen" Methoden und Prinzipien angewendet werden. Unter diesen bemerken wir: das imperative Mandat, das Referendum, das Einkammersystem und das Verbot (außer möglicherweise in irgendeinem Ausnahmefalle), daß Sozialdemokraten Minister oder Mitglieder königlicher Kommissionen werden oder überhaupt politische Aufträge annehmen, weil hierdurch der Partei in gewissem Maße politische Verpflichtungen erwachsen oder ihr gewisse Fesseln angelegt werden.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß die meisten prinzipiell intransigenten Sozialdemokraten der Auffassung huldigen,

daß diese und ähnliche Methoden und Prinzipien tatsächlich ein Ausdruck des radikalsten Demokratismus seien. Die Meinungsverschiedenheiten gelten nur der Ratsamkeit, sie gerade jetzt radikal anzuwenden. Als Ideale sieht man sie als über alle weitere Diskussion erhaben an. Insofern, als ich hierin recht habe, liegt mir daran, zu betonen, daß meiner Ansicht nach eine derartige Auffassung des Inhaltes des radikalen Demokratismus als grundfalsch anzusehen ist. Sie bezeichnet, wie es mir scheint, ein frühes, sehr unvollkommenes Entwicklungsstadium des demokratischen Denkens und der demokratischen Erfahrung. Letztere zeigt immer deutlicher nach einer ganz anderen Richtung hin — besonders seitdem die gründliche Umgestaltung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung der eigentliche Inhalt der demokratischen Politik geworden ist.

Die große Mehrzahl des Volkes besteht noch immer aus Menschen, die durch Armut, Übermaß an brutalisierender Arbeit, drückende Abhängigkeit und quälende Unsicherheit leidend und geistig verkümmert sind. Das Ziel des Sozialismus ist ja das endliche gründliche Ausrotten dieses körperlichen und geistigen Massenelends. Das eine Mittel des Sozialismus ist eine solche Organisierung der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit, daß diese wirtschaftliche Unordnung und Unvollkommenheit durch den Wohlstand und die Freiheit aller ersetzt werden. Das andere Mittel des Sozialismus ist der radikale Demokratismus, wodurch Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung so geordnet werden, daß die sozialistische Organisation und Tätigkeit der Gesellschaft mit größtmöglicher Rücksichtnahme auf das Recht und die Pflicht jedes Bürgers, in öffentlichen Angelegenheiten mitzubestimmen, gestaltet werden.

Ein gewisser Grad allgemeinen Wohlstandes und allgemeiner Kultur könnte vielleicht eine Zeitlang durch einen sozialistischen Despotismus oder eine Oligarchie des „aufgeklärtesten" und „menschenfreundlichsten" Typus verbürgt sein. Aber dies würde eine kurze Freude sein, weil eine derartige Regierungsweise von der fortschreitenden Geistesentwicklung innerhalb der großen Massen und von der Zustimmung dieser unabhängig wäre. Die Aufgabe des Demokratismus ist das Sicherstellen des inneren Zusammenhanges zwischen der Tätig-

keit der Staatsmächte und der Lebensentwicklung des Volkes. Der Demokratismus will die Handlungen der Gesetzgeber, der Regierung und der Verwaltung von der Zustimmung der ganzen Nation in letzter Hand abhängig machen.

Dies ist indessen, wie ich gleich zeigen werde, etwas ganz anderes als imperative Mandate, Einkammersystem, Referendum und Verbot für Sozialdemokraten, in „bürgerlichen" Ministerien zu sitzen, und dergleichen mehr. Die Hauptsache im Demokratismus ist, meiner Meinung nach, daß das Volk in das Parlament Gesetzgeber eingesetzt hat, die vertrauenswert sind und Vertrauen besitzen. Imperative Mandate, Referendum, Einkammersystem und Republik sind keine Mittel zur Umgehung dieser Notwendigkeit, obwohl wenigstens die Republik eine demokratische Notwendigkeit sein mag.

Ich möchte nun sogleich das Mißverständnis zurückweisen, daß diese demokratischen Vertrauensforderungen sich ausschließlich gegen diejenigen richteten, welche das Vertrauen erhalten, Volksvertreter und soziale Funktionäre zu sein. Die Forderung richtet sich nicht zum wenigsten an diejenigen, welche solche Vertrauensaufträge zu geben haben. „Das Volk" ist oft mißtrauisch und zeigt nicht selten Mangel an der gebührlichen Rücksicht, wenn es das Handeln und die Persönlichkeit eines Vertrauensmannes oder öffentlichen Funktionärs beurteilen soll. Besonders ist es ja leider innerhalb der Sozialdemokratie nichts Ungewöhnliches, daß Parteigenossen einander, wenn sie über die Angelegenheiten der Partei verschiedener Meinung sind, persönlich herabsetzende Bemerkungen ins Gesicht werfen. Es fehlt wohl gerade unter Sozialdemokraten oft an der Fähigkeit, ihren Vertretern ein starkes, rein persönliches Vertrauen zu schenken. Es gibt eine Tendenz, diese Vertreter und Funktionäre eher als seelenlose Werkzeuge zu betrachten, denn als Freunde und Helfer, über deren Redlichkeit und Zuverlässigkeit man sich im voraus vergewissert hat, so daß man ihnen nun in Wind und Wetter und auch unter den ungünstigsten äußeren Verhältnissen trauen kann.

Sowie es sich zeigt, daß die sozialdemokratische Minorität im Reichstage, in einem königlichen Komitee oder in einer bürgerlichen Regierung das rein sozialdemokratische Programm nicht durchsetzen kann,

gilt dies als Beweis, daß diese Sozialdemokraten den Ansprüchen und den sozialdemokratischen Idealen des Volkes entfremdet sind und daß der ganze Parlamentarismus wertlos ist. Die Partei wird nun durch die heftigsten inneren Fehden zerrissen — teils aus dem Grunde, weil das Mißtrauen gegen die eigenen Vertrauensmänner wie eine Art Religion gepflegt wird, teils aber auch deshalb, weil die Massen und die agitierenden „Prinzipiengetreuen" ihre eigenen sozialen Ideale nicht wiedererkennen, wenn diese aufhören, bloße Phrasen zu sein und schrittweise in Wirklichkeit umgesetzt werden. Anstatt dessen wuchert der blinde Glaube an die wundertätige Kraft der starken Phrasen und der eingebildet radikalen Prinzipien in dem Kampfe gegen Armut, Unfreiheit und Unkultur und den Egoismus und die Vorurteile der Machthaber.

Es ist kaum anders möglich, als daß hinter diesen Vorstellungen die Überzeugung liegt, daß das Proletariat eine baldige, gründliche Umwälzung der Gesellschaft hervorrufen kann und daß die radikal sozialistische und demokratische Gesellschaft fertig daraus hervorgehen und nach diesem Umsturze unerschütterlichen Bestand haben wird. Falls wir die materialistische Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie auf die tatsächliche Gesellschaftsentwicklung der Gegenwart anwenden, werden wir doch kaum den geringsten Anhalt für einen solchen Revolutionsglauben finden. Die jetzigen materiellen Lebensverhältnisse des Proletariats können es nicht für die Diktatur geeignet machen.

Da bleibt uns denn nichts anderes übrig, als unsere Zukunftshoffnung auf eine mit den demokratischen und sozialistischen Tendenzen der Gesellschaftsevolution harmonierenden Arbeit für die Zukunft zu bauen — auf eine Arbeit, wodurch Gesellschaftsinstitutionen und Gesellschaftsgeist Schritt für Schritt von Demokratismus und Sozialismus durchdrungen werden. Diese Gesellschaftsprinzipien müssen sich dann während ihres eigenen Kampfes mit den Anforderungen der Wirklichkeit klären und vertiefen. Das Allertörichtste, die schlechteste Form demokratischer Politik, wäre dann, den Parlamentarismus und die Politik zu verleumden — wenn wir unter Politik nichts an-

deres verstehen als die unvermeidliche praktische politische Arbeit, die jeder Tag bringt und die Schritt für Schritt nach den sozialistischen und demokratischen Zielen hinführt, welche wir als in der Wirklichkeit wurzelnd und als lebenswahr zu erkennen vermögen.

Eine innerhalb der breiten Schichten betriebene Agitation, welche Verachtung des „Parlamentarismus" und Mißtrauen gegen alles, was Politiker heißt, einflößt und welche die Zukunftshoffnung des leidenden Volkes ausschließlich auf revolutionäre Phrasen und auf den Glauben an einen Generalstreich gegen „die bürgerliche Gesellschaft" baut — eine solche Agitation wirkt von Grund aus undemokratisch, denn sie führt das politisch erwachende Volk in eine Sackgasse hinein, aus welcher manch einer mit einem auf immer vernichteten Glauben an den Wert und die Möglichkeit der Demokratie zurückkehrt.

Es ist ja wahr, daß oft starke Mittel nötig sein können, um die sozial Schlafenden zu wecken und die politisch ungeschulten Massen zu organisieren. Aber es ist nicht minder wahr, daß klare Aussichten auf erreichbare erhebliche Verbesserungen in der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller bedrückten Klassen auf die Dauer als die stärksten, gesundesten Agitationsmittel wirken müssen. Haben die Massen einmal die unzweideutige Erfahrung gemacht, daß sozialistische und demokratische Reformen sie in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht auf ein wesentlich höheres Lebensniveau bringen, so ist keine Gefahr mehr vorhanden, daß sie je wieder in den politischen Schlaf verfallen werden oder sich in ihr Gehorsamkeitsverhältnis zu den Führern der Kapitalisten- und Klassengesellschaft zurücklocken lassen.

Zum wahren Demokratismus zähle ich in erster Linie eine solche Aufklärungs- und Agitationsarbeit innerhalb der breiten Schichten der Bevölkerung, daß diese möglichst wahre, wirklichkeitsgetreue (weder verschönerte, noch gehässig verdrehte) Vorstellungen von der gegenwärtigen Organisation der Gesellschaft und von den Handlungen und Absichten der Parteien und ihrer Führer erhalten. Es gehört zum wahren Demokratismus, daß dem Volke die Möglichkeit gegeben wird, sich der Wahrheit entsprechende Anschauungen über die soziale und politische Lage zu bilden. Es ist nicht Demokratismus, daß die

Massen blind an der Leine einer oder der anderen Partei gehen. Die demokratische Partei ist die politische Partei, welcher sich die Massen nach freier Überzeugung anschließen, weil sie ihre eigenen höchsten Interessen, welche auch die der Gesellschaft sind, verstehen gelernt haben und sie in dieser Partei am besten vertreten finden.

Zum wahren Demokratismus zähle ich auch alle die politischen und andere soziale Institutionen, wodurch der Geist und die Tendenzen der Gesetzgebung, der Regierungstätigkeit und der Verwaltung von der Zustimmung aller mündigen Männer und Frauen abhängig gemacht werden. Die vom Volke erwählten Vertreter, Minister und Beamten, sollen genügend Zeit zu ungestörter Tätigkeit haben, um durch Taten zeigen zu können, wes Geistes Kind sie sind. Dies ist eine demokratische Forderung. Aber sie sollen auch aus ihren Ämtern von ihren Auftraggebern entfernt werden können, wenn diese sich die wohlbegründete Überzeugung haben bilden können, daß Gesetzgebung, Regierung oder Verwaltung nicht so besorgt werden, wie die Nation es im großen und ganzen wünscht.

Der Grundgedanke der Sozialdemokratie, daß die Lohnarbeiterklasse zu einer politischen Partei organisiert werden müsse, um die Forderungen des Demokratismus und des Sozialismus durchzusetzen, erscheint mir durchaus richtig, und ich glaube auch, daß er täglich durch die Erfahrung bekräftigt wird. Eine auf dem absoluten Privateigentume an den materiellen Produktionsmitteln basierte Klassengesellschaft läßt sich nicht ohne Klassenkampf demokratisieren. Und die Besitzlosen müssen die Träger der fundamentalsten demokratischen Forderungen sein — denn der wirtschaftliche Egoismus verhindert jede andere Gesellschaftsklasse an einem hinreichend kräftigen Arbeiten an dem sozialwirtschaftlichen Demokratismus. Diese über alle Maßen wichtige weltgeschichtliche Aufgabe darf jedoch die Arbeiterklasse nicht blind gegen das Bestehen unentbehrlicher sozialwirtschaftlicher und anderer Funktionen machen, welche jetzt, in der gegenwärtigen Gesellschaft, nicht von der Arbeiterklasse ausgeübt werden oder werden können. Hierher gehören die wirtschaftlichen Unternehmerfunktionen, sowie auch die höheren kulturellen Funktionen innerhalb der Wissenschaft, der Kunst usw.

Es wird also eine außerordentlich wichtige Frage, wie die Arbeiterklasse durch den Klassenkampf einen zureichenden Anteil an der politischen und sozialen Macht wird erlangen können — ohne daß wahre demokratische Prinzipien dauernd verletzt werden. Der Demokratismus muß durch Demokratismus siegen — durch eine ununterbrochene Erziehung der Massen zu immer vollkommenerem Demokratismus, trotz des unvermeidlichen Klassenkampfes.

2. Demokratie und Klassenkampf

Ist es möglich, daß wir durch den Klassenkampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zur völlig demokratischen Gesellschaftsverfassung gelangen, und ist es notwendig? Muß man nicht ganz besondere Anforderungen an die Methoden und die übrige Gestaltung des Klassenkampfes stellen, wenn er als dienliches Mittel zur Verwirklichung des vollständigen Demokratismus soll gelten können?

Falls es undenkbar ist, daß die Demokratie sich mit einem Schlage ganz und gar wird verwirklichen können, müssen wir uns wohl eine Entwicklung vorstellen, die schrittweise oder sprungweise zur wirklich demokratischen Gesellschaftsordnung führt. Es fragt sich nun, wie der moderne Typus des wirtschaftlichen Klassenkampfes in einer solchen, demokratische Ziele verfolgenden Gesellschaftsevolution wirkt. Wirkt er störend oder fördernd?

Dies sind Fragen verwickeltster Art und aktuellster Bedeutung. Eine sachliche, gründliche Prüfung dieser Fragen kann schwerlich in irgendwelchem politischen oder sozialen Lager als überflüssig angesehen werden.

Es ist freilich wahr, daß die Theorie über die Notwendigkeit des Klassenkampfes zum Herbeiführen eines radikal demokratischen Gesellschaftszustandes einen der Grundpfeiler der von Marx formulierten und aus seinen Werken abgeleiteten Theorie über die Entstehung des Sozialismus aus dem Kapitalismus bildet. Aber eine Erscheinung wie der antiparlamentarische, revolutionäre Syndikalismus, auch „die neue Schule" genannt, zeigt, daß die sozialistische und demokra-

tische Arbeiterwelt sich unter sich keineswegs über die grundlegendsten demokratischen Prinzipien- und Taktikfragen einig ist. Und analysiert man diese Meinungsverschiedenheiten gründlicher, so stellt sich heraus, daß die Uneinigkeit sich sogar auf die Auffassung des innersten Wesens des Demokratismus erstreckt.

Daß dasjenige, was der Marxismus als sein Endziel betrachtet, völlige Demokratie sein soll, kann ja niemand bestreiten. Doch der Marxismus ist mit seinen Andeutungen über das, was er eigentlich unter Demokratie versteht, außerordentlich sparsam. Marx und seine Anhänger, gleichwie die allermeisten modernen politischen Denker und Praktiker, haben sich in dem Grade in die Anschauung, daß der Begriff Demokratie etwas Selbstverständliches sei, eingelebt, daß sie gar nicht merken, wie sie selber und die ganze Welt das Wort Demokratie in mehreren verschiedenen, teilweise sehr unklaren und einander widersprechenden Bedeutungen anwenden.

Marx lehrt, daß die soziale Gewalt, durch zunehmenden Klassengegensatz und Klassenkampf, in einer großen Umsturzepoche von der jetzt herrschenden, besitzenden Minderzahl auf die jetzt unterdrückte, besitzlose Mehrzahl übergehen werde, und daß diese Mehrzahl — „das Proletariat" — unter Ausübung ihrer „revolutionären Diktatur" alle Klassengegensätze beseitigen und schließlich den klassenlosen, radikal demokratischen Gesellschaftszustand einführen werde. Aber das Mittel, der Klassenkampf und die Alleinherrschaft des Proletariates, ist auch dies demokratisch?

Ist die Klassenherrschaft der proletarischen Majorität demokratisch, aber die Klassenherrschaft der besitzenden Minorität undemokratisch? Ich glaube, daß die meisten Sozialdemokraten auf diese Frage mit einem schnellen, unbedingten Ja antworten werden. Dann wendet man, wie mir scheint, das Wort Demokratie in zwei, ganz verschiedenen Bedeutungen an und gerät dadurch in eine verhängnisvolle Begriffsverwirrung.

Außerhalb der sozialistischen und demokratischen Arbeiterbewegung ist die Verwirrung natürlich noch viel größer. Der Klassenkampf wird in der Regel als eine erzgemeine Erfindung verlumpter Agitatoren betrachtet. Es fehlt nicht einmal an guten Leuten, die sich vor-

stellen, daß sogar das bloße Reden von sozialen Klassen, Klassenunterschieden und Klassengegensätzen nichts anderes als demagogische Phrasendrescherei sei. Wenn man von dieser Seite her die Demokratie bekämpft, versteht man unter Demokratie schlichtweg „Pöbelherrschaft" (wie der echte Konservatismus es tut), oder man sieht in der Demokratie ein besonders heiliges Sozialprinzip, welches wir uns in der Theorie bereits angeeignet haben, obwohl wir noch nicht dazu gekommen sind, es völlig konsequent zur Anwendung zu bringen (dies ist der Standpunkt des Liberalismus). Unsere vielen liberalkonservativen Zeitgenossen huldigen diesen beiden Ansichten zugleich und erhalten dadurch eine besonders „breite Basis" für ihr politisches Denken — wenn man das nun Denken nennen darf.

Ich will die Frage des Demokratismus einen Augenblick hinausschieben, um erst den Versuch zu machen, die des Klassengegensatzes und des Klassenkampfes ein wenig zu präzisieren.

Hinsichtlich der Frage, was wir in diesem Zusammenhange unter sozialen Klassen verstehen, können wir in erster Hand auf die Vermögens- und Einkommensstatistik moderner Nationen hinweisen. Wir entdecken eine Gesetzmäßigkeit, die folgenden allgemeinen Typus hat. Ein Drittel der Bevölkerung besitzt zusammen höchstens ein einziges Prozent sämtlichen privaten Vermögens, während ein knappes Drittel Prozent der Bevölkerung mindestens ein Drittel des gesamten privaten Vermögens besitzt. Nicht ganz zwei Prozent der Bevölkerung besitzen die Hälfte des Gesamtvermögens oder noch mehr. In dieser Richtung legen z. B. schwedische und englische Statistik Zeugnis ab. Was nun die Einkommensverteilung anbetrifft, so geben die beiden Länder uns ungefähr folgenden Typus. Weniger als drei Prozent der Bevölkerung erfreuen sich mehr als eines Drittels des totalen privaten Einkommens. Etwa neunzig Prozent der Bevölkerung müssen sich damit begnügen, ungefähr die Hälfte des Nationaleinkommens zu teilen.

Diese himmelweit verschiedenen Vermögens- und Einkommensklassen sind zugleich durch fundamental ungleiche sozialwirtschaftliche Funktionen getrennt. Die Besitzlosen und die große Masse der Emp-

fänger kleiner Einkünfte, in England ungefähr drei Viertel der ganzen Bevölkerung, sind nichts anderes als abhängige, um Lohn dienende Leute, ausführende Arbeiter, meistens ein ziemlich niedriger technischer Typus von Handarbeitern. Der enorme Eigentums- und Einkommensunterschied zwischen Unterklasse und Oberklasse wird also noch durch einen mindestens ebenso weitgehenden Unterschied in der wirtschaftlich-technischen Ausbildung und Tätigkeit, sowie auch in der sozialen Lage und dem Kulturzustande überhaupt, verstärkt.

Der Unterschied in der Lebenslage zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, zwischen den Reichen oder den in auskömmlichen Verhältnissen Lebenden und den Armen, zwischen den wirtschaftlich Führenden oder Selbständigen und den wirtschaftlich Dienenden oder Abhängigen, zwischen den sorgfältig und den schlecht oder gar nicht Berufsgebildeten ist ein sozialwirtschaftlicher Klassenunterschied, ob nun ein völlig klares Klassenbewußtsein vorhanden sei oder nicht. Unter einer sozialwirtschaftlichen Klasse oder, wie es der Kürze wegen gewöhnlich heißt, einer sozialen Klasse verstehen wir eine meistens relativ große, permanente Gruppe von Menschen, deren Lage wichtige gemeinsame Züge wirtschaftlicher, rechtlicher, sowie auch allgemein sozialer und kultureller Art aufweist und deren wirtschaftliche und soziale Handlungsmotive und Bestrebungen daher ein in gewissem Maße einheitliches Gepräge erhalten. Diese innerhalb jeder sozialen Klasse anzutreffende relative Einheitlichkeit der sozialen Anschauungsweise, besonders der sozialwirtschaftlichen, sowie auch des Gefühls- und Willenslebens ist also ebensowohl ein den Klassenunterschied kennzeichnendes Grundfaktum wie die Ungleichheiten im Besitze, im Einkommen, in den sozialen Funktionen und in der Bildung.

Wir können mit vollem Rechte den Typus sozialer Anschauungen, welchen eine gegebene Klassenlage den Mitgliedern der Klasse aufdrückt, Klassenbewußtsein oder soziales Bewußtsein von bestimmtem Klassentypus nennen. Der Gutsbesitzer, der Fabrikant, der Bankdirektor und der Großkaufmann sehen die Gesellschaft mit ganz andern „Klassenaugen" an, als der besitzlose Arbeiter in der Landwirtschaft oder in der Industrie. Kommt hierzu noch eine klare Erkenntnis der Sonderstellung und der Sonderinteressen der eigenen Ge-

sellschaftsklasse und ein lebhaftes Interesse daran, die besonderen Interessen der Klasse zu fördern, dann haben wir es mit „Klassenbewußtsein" im spezielleren und gewöhnlichen Sinne dieses Wortes zu tun.

Sowie die Interessen, Bestrebungen und Anschauungen verschiedener Gesellschaftsklassen miteinander in Konflikt geraten, liegen ein Klassengegensatz und ein versteckter oder offensichtlicher, unbewußter oder klar erkannter Klassenkampf vor. Jeder Streit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber über den Inhalt des Arbeitsvertrages ist ein durch mannigfaltige entgegengesetzte Klasseninteressen und Klassengesichtspunkte bestimmter Klassenkampf. Ebenso auch jeder Streit für und wider politische Maßregeln wie Schutzzölle, Kartellgesetze, Arbeiterschutzgesetzgebung, Volksversicherung usw.

Wenn sich schließlich innerhalb der modernen Lohnarbeiterklasse eine große politische Partei bildet, die es sich zur Aufgabe macht, im öffentlichen Leben für die ganze Klasse einzutreten und durch soziale Gewalt die Organisation der Gesellschaft derartig zu verändern, daß die gegenwärtige ungünstige soziale Sonderstellung der Arbeiterklasse gänzlich verschwindet — dann liegt im Grunde nichts Neues vor, sondern wir haben es nur mit einer Steigerung und Verbreitung des völlig klaren Klassenbewußtseins innerhalb gewisser Schichten der Gesellschaft und mit einer höheren Organisierung des Klassenkampfes zu tun.

Es war Marxens große Tat, den Klassenkampf des modernen Lohnarbeiters in die politische Arena einzuführen — ihn dadurch zu einem politischen Parteikampfe zu steigern, daß er die klar klassenbewußten Lohnarbeiter als solche zu einer durch einheitliche Interessen, Bestrebungen und Anschauungen fest zusammengehaltenen und von allen andern deutlich getrennten politischen Partei machte. Aber etwas in seiner Art Einziges in der Geschichte der modernen Gesellschaft ist dies keineswegs. Derjenige, welcher die Agrarier zu einer agrarischen Schutzzollpartei, oder die Großindustriellen zu einer Industrieschutzzollpartei organisiert hat, hat auch einem Stücke rein wirtschaftlichen Klassenkampfes einen bedeutungsvollen Zug politischen Klassenkampfes verliehen.

Was die Sozialdemokratie besonders bezeichnet, ist keineswegs der Umstand, daß sie eine politische Klassenkampfpartei ist, sondern die Tatsache, daß sie sich das höchste Ziel setzt, das bei einer modernen Klassenkampfpartei überhaupt denkbar ist — das Ziel, Armut und Abhängigkeit als soziale Massenerscheinungen und integrierende Bestandteile der Gesellschaftsorganisation auszurotten. Es gibt keine andere politische Partei, welche dies zu ihrem einzigen, alles bestimmenden Hauptzwecke gemacht hat. Es gibt auch keine andere politische Partei, die aus einer solchen Aufgabe die beiden unerläßlichen Konsequenzen, prinzipiellen Sozialismus und radikalen Demokratismus, gezogen hat.

Hier sind wir nun bei dem speziellen „inneren Probleme" der sozialdemokratischen Partei angelangt.

Es verursacht keine Schwierigkeit, sich, gleich agrarischen Junkern oder großindustriellen Magnaten, in einen Klassenkampf ohne demokratische Verpflichtungen und ohne radikaldemokratischen Zweck einzulassen. Ein klassenegoistischer, einseitige Klassenherrschaft fördernder oder schützender, aber mit dem Beibehalten der Armut und der Lohnsklaverei rechnender Klassenkampf läßt sich in unserer, durch Armut verpesteten, durch wirtschaftliche Machtgier und materielle Genußsucht tyranisierten Gesellschaft leicht genug im Gange halten. Unter der Bezeichnung „Klassenkampf" versteht man ja auch innerhalb des bürgerlichen Lagers fast ausnahmslos einen mit allen wirksamen Mitteln betriebenen Kampf einer Gesellschaftsklasse gegen die andere ohne weiteren Zweck als das Besiegen oder das Unterjochen des Gegners und die möglichst vollständige Herrschaft des Siegers über die ganze Gesellschaft.

Wenn die Sozialdemokratie von ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Kampfe als einem Klassenkampfe spricht, so wird dieser Ausdruck daher in der ganzen Ober- und Mittelklasse regelmäßig in dieser Weise aufgefaßt. Nach sich selber beurteilt man andere. Man glaubt, das eigene Eingeständnis der Sozialdemokratie erhalten zu haben, daß sie, als Klassenkampfpartei, keinen anderen Zweck verfolge als den, die ganze Gesellschaft und besonders

die Arbeitgeberklassen unter die Herrschaft der Arbeiterklasse zu bringen. Und, im Einklange mit seinen eigenen Tendenzen und seinem eigenen Handel, stellt man sich diese Herrschaft als die brutalste Klassentyrannei vor.

Wenn nun Marx in seinem „Kommunistischen Manifeste" „die revolutionäre Diktatur des Proletariates" als unvermeidlichen Übergang zwischen dem kapitalistischen Zustande der Gesellschaft und ihrem sozialistischen darstellt und wenn heutzutage die Sozialdemokraten verkünden, daß sie ihr Ziel schließlich dadurch zu erreichen hofften, daß „das Proletariat die politischen Macht erobere", d. h. jene autokratische Macht zur völligen Durchführung des Sozialismus benutze — dann liegt ja auch die Auffassung sehr nahe, daß die Sozialdemokratie, obgleich ihr Ziel radikal demokratisch ist, sich von den anderen Klassen und Parteien nicht wesentlich unterscheidet, wenn es gilt, den Klassenkampf als Mittel zur Förderung einer ersehnten Gesellschaftsordnung zu benutzen.

Sollte auch die Sozialdemokratie sich undemokratischer Kampfmethoden bedienen können, ohne damit ihrem eigenen Zwecke entgegenzuwirken? Ich will dies aufs entschiedenste verneinen und glaube mit dieser Auffassung starken Anschluß innerhalb der modernen Sozialdemokratie zu finden. Aber ich muß als meine bestimmte Ansicht hinzufügen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes es noch lange nicht erreicht hat, sich zu einer völlig klaren oder wissenschaftlichen Auffassung dessen, was wahrer Demokratismus ist und was nicht wahrer Demokratismus ist, durchzuarbeiten.

Der Wille zu Demokratismus ist unbestreitbar vorhanden. Aber der Anschauungen über den eigentlichen Inhalt des Demokratismus sind gar viele, und sie lassen sich manchmal gar nicht miteinander vereinigen — innerhalb der Sozialdemokratie ebensowenig wie in anderen Parteien. Man hängt, nicht zum wenigsten innerhalb der „radikalsten" sozialdemokratischen Gruppen, an der Illusion, daß man in seinen politischen und sozialen Stimmungen, in seiner revolutionären Begeisterung ein unfehlbares Kriterium oder eine unfehlbare Garantie des Besitzes einer wahrhaft demokratischen Anschauung habe. Antiparlamentarische Syndikalisten und revolutionär

ungeduldige Sozialdemokraten haben das miteinander gemeinsam, daß sie zwischen die sozialrevolutionäre Begeisterung und die Ideenwelt des wahrhaft radikalen Demokratismus ein Gleichheitszeichen setzen.

Hierin sehe ich eine sehr tiefgehende, für die Zukunft der ganzen Bewegung bedenkliche intellektuelle Schwäche, hinter welcher sich wirkliche Willensschwäche verbirgt. Die revolutionäre Begeisterung muß unbedingt vorhanden sein, denn sie ist die Kraft, welche die Hindernisse durchbricht. Aber sie muß stark genug und andauernd genug sein, um, ohne verminderte Intensität, auch die geduldige, langwierige intellektuelle und politische Arbeit auszuhalten, durch welche die neue demokratische Gesellschaftsordnung Schritt für Schritt hervorwachsen muß. Es ist, trotz der Begeisterung, reine Geistesschwäche mit revolutionärem Hurrageschrei und leeren Händen blindlings gegen die in jeder Beziehung modern bewaffneten Schanzen des Kapitalismus anzustürmen. Die Zeit, da Ilion auf diese Weise erobert wurde, ist unwiederbringlich vorbei. Wir müssen die Burg des sozialistischen Demokratismus mitten drinnen in der Festung des kapitalistischen Oligarchismus Stein für Stein aufbauen und bewaffnen und so jene Festung von innen heraus sprengen und schleifen. Diejenigen, welche zu dieser Arbeit nicht die nötige Seelenkraft haben, sind schwache Sozialdemokraten, wenn sie auch mit noch so großen Worten um sich werfen.

Inmitten einer undemokratischen Welt, trotz der undemokratischen Klassenkampfmethoden der Feinde mit unerschütterlichem Vorsatze demokratisch zu fühlen, zu denken und zu handeln und sich zu einem vertiefteren Demokratismus, als es noch je einen gegeben hat, durchzukämpfen — das ist die große, schwierige Aufgabe.

Die erste Bedingung, daß wir als reif zu dieser Aufgabe sollten gelten können, ist, daß wir es wagen, uns ehrlich zu fragen, ob wir uns über den Inhalt und die Bedeutung des radikalen Demokratismus einig und klar sind und ob die Gewerkvereinsbewegung, Kooperativbewegung und die politischen Organisationen der Arbeiter wirklich stets wahrhaft demokratische Methoden anwenden und wahrhaft demokratische Ziele aufstellen.

Mir erscheint der Demokratismus sowohl theoretisch wie praktisch

das umfassendste, verwickeltste Problem unserer Zeit, dessen Lösung die beharrlichste intensivste Arbeit des Denkers sowohl wie des Politikers verlangt. Ich bin während meiner Studien auf diesem Gebiete durchaus nicht in dem Glauben befestigt worden, daß irgendeine sozialistische Partei (und noch weniger irgendeine andere politische Partei) der Lösung des Problemes nahe genug gekommen sei, um ohne beständige Selbstkritik und unablässige geistige Entwicklung als eine wahrhaft demokratische Partei gelten zu können.

3. Der Demokratismus und die bürgerliche Revolution

Ein talentvoller deutsch-italienischer Gesellschaftsforscher, Robert Michels, der sich durch starke syndikalistische Sympathien bekannt gemacht hat, sie aber in letzter Zeit zu verlieren beginnt, hat kürzlich eine interessante Arbeit (Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1911) veröffentlicht, deren größter Wert in ihrer sachlichen und anregenden Behandlung des Problems liegt. Sie will zeigen, wie der Demokratismus sich besonders innerhalb der modernen Arbeiterbewegung tatsächlich gestaltet hat.

Das Wunderliche an diesem Buche aber ist, daß es in dem eigentlichen Begriffe des Demokratismus gar kein Problem sieht. Der Verfasser gibt sich nicht einmal die Mühe, den Demokratismus erschöpfend zu definieren, obgleich er ihn das ganze Werk hindurch als den Maßstab behandelt, an welchem er die tatsächlichen Verhältnisse in der Arbeiterbewegung mißt und nach welchem er sie beurteilt. Er weist das, was er als undemokratische Züge der Arbeiterbewegung ansieht, mit Schärfe nach — aber es bleibt, wenigstens mir, völlig unklar, auf welchen Grund hin er überhaupt dazu berechtigt sein zu können meint, gerade diese Züge als wirklich undemokratische Züge zu bezeichnen.

Dies ist typisch. Man geht von einer stillschweigenden Annahme aus, daß die ganze Welt wisse, was Demokratismus ist, und man

Verlag Eugen Diederichs in Jena
Die Bände des ersten Jahres der
Politischen Bibliothek

Man mag sich zu den einzelnen Veröffentlichungen stellen wie man will; man mag ihren unverkennbaren demokratischen Einschlag tadelswert oder tadelsfrei finden; auf jeden Fall hat man es hier mit ernster, reifer politischer Literatur zu tun, die wohl geeignet ist, aus dem Elend staatsbürgerlicher Gleichgültigkeit hinaufzuführen zu dem Verlangen nach eindringlicher Beschäftigung mit den letzten und wichtigsten Problemen des Volkes, zu dem Streben nach einer gesunden staatsbürgerlichen Betätigung zur Förderung des Staates und damit des Wohles aller seiner Glieder.
(Nationalliberales Vereinsblatt)

Bd. 1. G. F. Steffen, Die Demokratie in England. kart. M 3.–

Pester Lloyd: Die Feinheit seiner Gedanken, die Energie und die Fröhlichkeit, die aus seinen tiefen Schriften sprechen, erheben den Verfasser in die vorderste Reihe derjenigen, die heute in Europa über soziale Aufgaben öffentlich sprechen. Englands Demokratie, die Steffen hier schildert, ist das gesellschaftliche Leben der denkenden Oberschicht des heutigen Englands. Die einzelnen Abschnitte sind geniale Augenblicksaufnahmen von Persönlichkeiten und Tendenzen, die den sozialen Gedanken verdeutlichen und die als Ausdruck jener Verhältnisse anzusehen sind, die im Gesellschaftsbild Englands in Entwicklung und Veränderung begriffen sind. Seit zwanzig Jahren vollziehen sich hier gewaltige Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft. Kräfte steigen aus den Niederungen des Volkslebens empor, die alle Gebiete der Kunst, Wissenschaft, ja der politischen Führung neuen Schichten, neuen Gruppen, ungekannten Individuen, in die Hände spielen. Namen ohne Vergangenheit steigen empor wie lichte Sterne auf dem sozialen Himmel, Söhne von Schulmeistern, frühere Arbeiterführer gelangen zur politischen Herrschaft. Die Charakteraristokratie der Demokratie ist jetzt ans Staatsruder gelangt. Hier liegt ein gewaltiges Phänomen vor, das dem Denker ein großes Problem aufgibt. Einerseits entsteht die Beobachtung, daß der Sozialismus immermehr sein utopisches Gewand abstreift und seine besten Köpfe sich zu sozialer Arbeit im Rahmen der heutigen Gesellschaft entschließen. So ist die Fabian Society in London heute eine Vereinigung, die Realpolitik treibt und ihre Aufgabe darin erblickt, in sozialreformatorischer Weise zu wirken. Damit ist aber eine Utopie des älteren Sozialismus zerstört, wonach die heutige Gesellschaftsordnung und namentlich der ökonomische Liberalismus der Höherentwicklung der Gesellschaft hinderlich wäre. Sozialismus ist nicht gleichzusetzen mit sozialer Bewegung. Die soziale Bewegung, die Massentendenzen, sind noch lange nicht jener wahre verinnerlichte Wohlfahrtsglaube, der im Sozialismus als Weltanschauung enthalten ist, und der sich dem tiefer Fühlenden als Religion kundgibt.

Bd. 2. H. G. Wells, Die Zukunft in Amerika. kart. M 3.–, geb. M 4.–

Volkswirtschaftliche Blätter: Wells, ein äußerst gewandter Schriftsteller, schildert in breit hingestrichenen al-fresco-Bildern die gegenwärtigen Kräfte, die Amerika beherrschen und freilich für die Zukunft teilweise bestimmend sind. So zeichnet er, unbefangen Licht und Schatten verteilend, die soziale Struktur, die Plutokratie, das Kolossale aller Bildungen, den sich überstürzenden Fortschritt, die Einwanderung tiefstehender Bevölkerungsgruppen, den völligen Sieg des Privateigentums, den Raubbau an der Menschenkraft, die politische Korruption. Er findet treffende Worte für die „Staatsblindheit" der Amerikaner, ihr mangelhaftes Gefühl sozialer Verantwortlichkeit, diesen aller höheren Ordnungen entbehrenden „Individualismus", den man mit Hegel, „Das geistige Tierreich" zu nennen versucht ist. Daneben sehen wir auch die aufbauenden, sittlich-intellektuellen Potenzen am Werk, die vor allem in den Universitäten einen Sammelpunkt finden. Kleine novellistische Züge, die Einblicke in allgemeinere Zusammenhänge gewähren, beleben das Riesenpanorama oft überraschend.

Bd. 3. Lloyd George, Bessere Zeiten. kart. M 3.–, geb. M 4.–

Tägliche Rundschau: „Das Volk sollte nicht länger dulden, daß Geiz und kleinlichste Selbstsucht zwischen ihm und seinen höchsten Interessen stehen. Die Klasse der reichen Müßiggänger ist in England stärker vertreten als in irgend einem anderen Lande der Welt." Man sieht an dieser Sprache, daß Lloyd George, der solches als Minister in der City von London öffentlich zum Ausdruck brachte, aus anderem Holze geschnitzt ist als seine Kollegen im Kabinett, oder als die Regierungsmänner des Festlandes. Man stelle sich Herrn Wermuth vor oder den Finanzminister Preußens zu Berlin W, in der Kirche einer freireligiösen Gemeinde eine donnernde Philippika gegen Reichtum und Müßiggang haltend! Aber es sind hier weder die Personen, noch die Dinge vergleichbar. England brauchte gerade diesen Mann, um seinen „hoffnungslosen Rückstand" in der Sozialfürsorge, wie Lloyd George es mit Recht nannte, einzuholen: einen starken und großen Charakter, dessen kühne Politik nur noch durch die beispiellose Kühnheit seiner Agitation übertroffen wird.

Bd. 4. G. Wallas, Politik und menschliche Natur. kart. M 3.–

Mannheimer Zeitung: Wallas, in dessen Lebensanschauung das Beste unserer modernen Kultur zu hoher Aktivität gesteigert ist, zwingt uns zur klaren Sichtung aller Wesenheiten, die unser politisches Denken erfüllen, und die unter dem Flechtwerk der Gefühlsassoziationen versteckt verlaufen. Nicht immer handelt der Mensch zweckbewußt, oft reizt ihn Neigung und Instinkt. Wallas' Buch leistet gerade im Aufweis solcher Instinkthandlungen meisterhaft Vollkommenes. Es wäre falsch, wenn die junge Generation alle ethischen Traditionen aufgeben und nur die irrationalen Elemente der Menschennatur ausbeuten wollte. Wallas formuliert in diesem Sinne seine Forderungen politischer Erziehungsformen, untersucht das Wesen unserer Vertretungssysteme, das Berufsbeamtentum auf Leistungsfähigkeit und geistige Initiative und hebt mit klaren Worten das Prinzip gesichtsbildender Wirklichkeit heraus. Die notwendige Rationalisierung alles Lebens, den befreienden Aufstieg des Nationaltypus zum Weltbürgertypus aus den Vorstadien des Unbewußten in die Region völliger reifer Bewußtheit. Wallas' Arbeit ziert nicht nur der geschichtsphilosophische Weitblick sondern auch der wissenschaftlich kritische Tiefblick, der eine durch kraftvolle Geschlossenheit ausgezeichnete Synthese moderner geistiger Phänomene von geschichtlich tiefer Bedeutung zu verwirklichen imstande ist.

Bd. 5. G. F. Steffen, Der Weg zu sozialer Erkenntnis. kart. M 3.–

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Seine Untersuchung ist weniger systematisch als erkenntnistheoretisch und zum Teil metaphysisch (dies natürlich in einem wirklich modernen und haltbarem Sinn). Ein Soziologe, der sich vornimmt, nichts anderes als ein „Naturforscher" zu sein, oder nichts anderes als „Naturgesetze" zu finden hat entweder die Eigentümlichkeiten des Gegenstandes seiner Forschung nicht entdeckt, oder er ist ein Dogmatiker, dem vorgefaßte Meinungen wichtiger sind als unmittelbare Erfahrungen. Bei der sozialen Entwicklung handelt es sich nicht nur um eine Selbstbespiegelung einer lebenden Wirklichkeit, sondern um diese selbst, um die Entwicklung einer neuen Wirklichkeit, welche wir menschliche Persönlichkeit nennen. Das Werk gibt eine klar durchdachte, logisch haltbare und tiefe Einblicke in Welt und Seelenleben eröffnende Philosophie des Gemeinschaftslebens, die für den Politiker und praktischen Soziologen wie für den Theoretiker der speziellen Geisteswissenschaften eine Fülle wertvoller Winke enthält.

Bd. 6. R. Mac Donald, Sozialismus und Regierung. kart. M 3.–

Sozialistische Monatshefte: Diese Lehren sollten ganz besonders in Deutschland Beherzigung finden. Sozialismus und Demokratie sind nichts anderes als die Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaft auf eine höhere Stufe. Die Ablehnung der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung unter allen Umständen kommt aber einem Verzicht auf die Arbeit gleich durch Gesetzgebung und Verwaltung die sozialistische und demokratische Entwicklung zu fördern. In demokratischen Ländern lehnen es deshalb die sozialistischen Parteien auch gar nicht ab an der Regierung teilzunehmen. Regierung ist, wie gesagt, jede Verwaltungstätigkeit. Eine demokratische Regierung muß sich, das zeigt Mac Donald in sehr instruktiver Weise, immer auf die öffentliche Meinung, den Volkswillen stützen. Die politische Macht erobern, heißt überhaupt Macht gewinnen. Da eine Aussicht nicht besteht, daß die sozialistische Gesellschaft in sehr naher Zeit aus dem Boden gestampft werden könne, in den meisten Ländern weder die sozialistische noch eine bürgerliche fortschrittliche Partei aus eigener Kraft die Regierungsgewalt ergreifen kann, bleibt den Sozialisten nur die Wahl: entweder den reaktionären Elementen die staatliche Gewalt zu überlassen und die Revolution vorzubereiten oder sich mit den fortschrittlichen Parteien in die Regierung zu teilen.

Bd. 7. Heinz Potthoff, Probleme des Arbeitsrechtes. Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes. kart. M 4.–, geb. M 5.–

Evangelische Freiheit: Ein starker sozialer Apell, dem wir weitreichende Wirkung wünschen und zutrauen. Beherrschender Grundsatz ist: Die Menschen sind unser wertvollstes Kapital, woraus sich bei Behandlung der Frauenfrage eine sehr erfreuliche Würdigung der Hausfrauen- und Mutterarbeit ergibt. P.'s Methode kennzeichnet der Satz: „In wirtschaftl. Dingen spreche ich lieber vom Nutzen als von der Gerechtigkeit, denn im Wort Nutzen kann sich nicht so viel Phrase und Heuchelei verstecken." Trotz der Betonung eines weitblickenden Egoismus spürt man immer den starken Idealismus; es ist evang.-sozialer Geist trotz einiger herben Worte gegen die Pietisten. Interessant sind auch die Ausgleichungen zwischen der Persönlichkeitskultur des Liberalismus und den sozialen Zwangsordnungen.

Bd. 8. David Koigen, Die Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit. kart. M 5.–, geb. M 6.–

Inhalt: Die Demokratie und die Humanität / Die Entstehung der antiken Demokratie aus dem Geiste des Rechts / Die Entstehung der modernen Demokratie aus dem Geiste des Christentums / Die Geschichte des demokratischen Gewissens / Vom demokratischen Denken und Werden / Von den traditionellen Erlebnissen des Volkes / Die Demokratie und die Staatsgewalt / Vom Kampfe mit der Staatsgewalt / Die Demokratie und die Gesellschaftsmächte / Von der Erziehung der Demokratie zur Macht / Demokratie und Revolution / Demokratie und Aristokratie / Die Demokratie und die kollektiven Bildungsmächte / Der Streit der Gesellschaftsmächte / Die Demokratie und die individuellen Kulturkräfte / Permanente Renaissance / Religiöser Mut / In den Mauern der Weltstadt / Die Demokratie und die Zeit / Vom Werden des Volkes und dem Geiste der Zeit / Der Glaube an die Geschichte.

Nord und Süd: Die traditionelle Auffassung der Demokratie als eine Art volkstümlicher Regierung wird hier verlassen. Ein besonderer Wille der Kulturbildung, den Koigen als den unbedingten Willen zur Geltung bezeichnet und als eine grundsätzliche Begabung aller Menschenwesen dartut, wird den Äußerungen der Volkskultur zur Grundlage gelegt. Die Volkskultur mündet in zwei Richtungen ein: In die Los-von-Rom-Macht-Bewegung und in den Kampf um die Macht. Der Verfasser bleibt hier, wie früher, in seinen „Ideen zur Philosophie der Kultur." Der Kulturakt bleibt nicht an der bloßen Form des Sozialen oder Politischen haften. Er dringt zu den letzten konkreten Inhalten der Kultur. Die neue Schrift könnte man dementsprechend betiteln: De profundis populi.

Auf diesem Buch baut sich die soziale Reformtätigkeit von Lloyd George auf.

Sidney und Beatrice Webb, Das Problem der Armut.

kart. M 5.–, geb. M 6.–

Inhalt: Die Armut als Krankheitserscheinung der Gesellschaft / Die Verhütung der durch Krankheit entstehenden Armut / Armut und Eugenik / Sweatingsystem und Arbeitslosigkeit als Ursachen der Armut / Die Arbeiterversicherung / Das erweiterte Gebiet freier Liebestätigkeit bei der Verhütung der Armut / Die Notwendigkeit einer allgemeinen Familienregistratur unter einem Registrator der öffentlichen Fürsorge.

Das Programmbuch des „Psychologismus"

G. F. Steffen, Die Grundlage der Soziologie. Ein Programm zu der Methode der Gesellschaftswissenschaft und Naturforschung. br. M 4.–, geb. M 5.–

Das Entscheidende des „Soziologischen Psychologismus", der neuen Denk- und Forschungsweise von Gustaf F. Steffen ist: 1. Alles Leben ist psychischer Art, abgesehen von der Einmischung materieller und genetischer Tatsachen. 2. Psychisches und Materielles sind wesensverschieden. Also das Psychische ist nicht eine bloße Funktion des Materiellen. 3. Alles Psychische muß als etwas sui generis ohne jede materialistische Voreingenommenheit studiert werden. – Damit ist für die Demokratie die Notwendigkeit einer Aristokratie gegeben und der reine Marxismus überwunden.

Staatsbürgerliche Flugschriften

Herausgegeben von Professor Dr. Hanns Dorn

H. 1. Eduard Bernstein, Von der Sekte zur Partei. Die deutsche Sozialdemokratie einst und jetzt! M —.80

Die Tat: Bernstein gibt einen Abriß der deutschen sozialdemokratischen Politik, wie sie sich schrittweise der Reformarbeit genähert und von der bloßen Oppositionsstellung entfernt hat.

H. 2. Emil Felden, Die Trennung von Staat und Kirche. M —.80

Der Bremer Pastor fordert die freie Gemeinde und damit die Zertrümmerung der organisierten Kirche.

H. 3. Gerhard Hildebrand, Sozialistische Auslandspolitik. M —.60

Die Stellung des revisionistischen, von seiner Partei deswegen ausgestoßenen Verfassers, ist eine energische Betonung der Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Expansion. „Das Beste, was über Auslandspolitik geschrieben wurde" urteilen die Sozialistischen Monatshefte.

H. 4. Heinz Potthoff, Soziale Rechte und Pflichten. M 1.—

Aphorismenartige Ausführungen zu den Kernfragen der Sozialpolitik.

H. 5. Martin Rade, Mehr Idealismus in der Politik. M —.80

Von dem bekannten Herausgeber der „Christlichen Welt". Inhalt: Nationale Gesinnung. Liberale Staatsgesinnung. Wie ich zu meiner Nordmarkpolitik kam.

H. 6. J. Rießer, Der Hansa-Bund. M —.60

Vom Präsidenten des Hansabundes. — Der Hansabund bläst die Reveille im deutschen Land: „Habt ihr denn nicht genug geschlafen?" und setzt so lange seine schwere Arbeit fort, bis endlich aus allen Tälern und von allen Bergen das Echo die Antwort in den beiden letzten Worten zurückbringt: „Genug geschlafen!"

H. 7. P. Arndt, Grundzüge d. auswärt. Politik Deutschlands. M 1.20

Die Weltpolitik unserer Tage im großen historischen Zusammenhang.

H. 8. Gustaf F. Steffen, Das Problem der Demokratie. M 1.80

Das Neue dieser Schrift ist sein wissenschaftlich vertiefter, sowohl volkswirtschaftlicher wie politischer Demokratismus, der dem rein dogmatischen Sozialismus und nur politisch demokratischen Liberalismus gegenübergestellt wird.

H. 9. Gustav Stresemann, Die Aufgaben der nationalliberalen Partei. ca. M 1.—

Der bekannte Abgeordnete und Sekretär des Verbandes der Sächsischen Industriellen liefert einen entscheidenden Beitrag zu der Lebensfrage der Partei: Ob links, ob rechts?

Arbeiterbiographien / Herausgegeben von Paul Göhre.

Franz Rehbein, Das Leben eines Landarbeiters. br. M 3.50, geb. M 4.80

Der Verfasser schildert seine Jugend, seine Militärdienstzeit und sein Leben als Knecht und Tagelöhner in Holstein.

W. Bromme, Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters.
Fischer, Denkwürdigkeiten u. Erinnerungen eines Arbeiters. 2 Bde.
W. Holek, Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters.

br. à M 4.50, gb. à M 5.50.

verkündet alsdann ohne das geringste Zaudern, daß gewisse Wirklichkeitszüge undemokratisch und andere demokratisch seien. Da aber der Begriff Demokratie nirgends genauerer Prüfung unterzogen wird, so liegt die Möglichkeit vor, daß man den wahren Demokratismus nicht wiedererkenne, wenn man ihm in der Wirklichkeit begegnet, und daß man fundamental undemokratische Erscheinungen als demokratische auffasse. So scheint es mir Michels in dem obengenannten Werke gegangen zu sein. Seiner Auffassung nach ist z. B. die ganze Entwicklung fester Funktionäre innerhalb der Gewerkvereine und der sozialdemokratischen Partei undemokratisch und gleichbedeutend mit einem Zurückfallen aus der Demokratie in Oligarchie.

Was ist denn Demokratie? Ist das System mit bloß gelegentlichen, unselbständigen Funktionären ihr wesentlicher Charakterzug? Oder ist Demokratie Organisationslosigkeit, Disziplinlosigkeit, das Mitbestimmungsrecht aller und niemandes Recht, seine eigene Persönlichkeit in einem öffentlichen Amte zu wahren! Ja, hier ließen sich die Fragen bis ins Unendliche vermehren, aber wir können nur dadurch Klarheit zu erlangen hoffen, daß wir zuerst einmal untersuchen, was ein Forscher wie Michels sowohl wie auch die Leute im allgemeinen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie wirklich meinen, wenn sie sich des Wortes Demokratie oder Demokratismus bedienen.

Wir müssen, hinsichtlich des Begriffes Demokratie sowohl wie auch in Beziehung auf die demokratischen Wirklichkeit, der geschichtlichen Entwicklung folgen.

Jener gehört ursprünglich einzig und allein dem Gebiete des politischen Lebens an. Durch die moderne wirtschaftliche Gesellschaftsentwicklung (den modernen Kapitalismus) ist sein Schwerpunkt immermehr nach dem Gebiete des sozialwirtschaftlichen Lebens hin versetzt worden — ohne daß er deshalb jedoch seine ältere, politische Bedeutung verloren hätte. In unserer Zeit muß der Begriff Demokratismus mindestens ebenso anwendbar auf wirtschaftliche Organisationsverhältnisse sein wie auf politische.

Ferner ist zu beachten, daß die wirtschaftlichen Organisationen, um deren demokratischen oder undemokratischen Charakter es sich

handeln kann, ursprünglich (d. h. vor dem modernen Großindustrialismus) hauptsächlich relativ kleinen Umfang und einfachen Bau hatten, daß aber die Entwicklung sich nach immer größeren und komplizierteren Formen des organisierten wirtschaftlichen Gesellschaftslebens hin bewegt hat. Was wir unter Demokratismus verstehen, muß also etwas sein, das sehr große und sehr verwickelte wirtschaftliche (wie auch politische) Organisationen kennzeichnen kann. Sonst geraten wir ja in die merkwürdige Lage (wie z. B. Michels und die Syndikalisten nebst einigen besonders „radikalen" Sozialdemokraten), daß wir bei unsern modernen Wirklichkeitsstudien die schmerzliche Entdeckung machen müssen, daß jede kleine demokratische Organisation in dem Maße, wie sie sich zu einer großen, komplizierten Organisation entwickelt, notwendig „undemokratisch" wird.

Studieren wir die soziale Wirklichkeit in ihrer Entwicklung aus primitiven zu modernen Formen des wirtschaftlichen, politischen, seruellen und kulturellen Lebens, so finden wir tatsächlich in allen sozialen Entwicklungsperioden Verhältnisse, die demokratisch zu nennen wir uns gezwungen sehen werden. Aber wir finden auch große Verschiedenheiten zwischen dem Wesen des Demokratismus auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaft. Eine Vorstellung vom wahren Wesen des Demokratismus, die sich aus den Sozialverhältnissen einer einzigen älteren Periode herleitet, kann unmöglich auf alle Perioden anwendbar sein und am allerwenigsten läßt sie sich in unverändertem Zustande anwenden, um die Lage in einer späteren, höher entwickelten Gesellschaftsperiode — unserer eigenen z. B. — zu charakterisieren.

Die Gesellschaftswissenschaft ist ja eine spätgeborene Wissenschaft. Wenn wir die Sozialtheorien der antiken Welt, welche die älteren modernen Gesellschaftstheorien in vielem beeinflußt haben, übergehen, so finden wir in den politischen Philosophen der Aufklärungszeit die früheften Forscher und Denker, die uns hier interessieren. Und unter ihnen ist es nur Jean Jacques Rousseau (1712—1778), den ich hier zu diskutieren Veranlassung habe, denn es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß die noch herrschenden Anschauungen über das Wesen des Demokratismus ihm direkt oder indirekt entlehnt sind.

Bei den Syndikaliſten (und Michels) iſt dies offenbar der Fall. Und dasſelbe läßt ſich von den ſozialiſtiſchen und den bürgerlichen Demokraten überhaupt ſagen. Dies hat ſeinen deutlich erkennbaren geſchichtlichen Grund. Rouſſeau iſt in ſeinem Werke „*Du contrat social ou principes du droit politique*" (1762) der Urheber des Demokratiebegriffes, den wir in den grundlegenden Aktenſtücken der beiden größten folgenden demokratiſchen Weltbegebenheiten wiederfinden — nämlich in der nordamerikaniſchen Unabhängigkeitserklärung (*Declaration of independence*, 1776) und im Freiheitsprogramme der franzöſiſchen Revolution (*Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*, 1789).

Es iſt wirklich der Mühe wert, einen Blick auf dieſe beiden denkwürdigen Urkunden des modernen politiſchen Demokratismus zu werfen. Schon der Wortlaut ſelbſt hat das größte Intereſſe für denjenigen, welcher verſtehen will, wie es möglich iſt, daß wir in unſerer eigenen Zeit allgemein eine Vorſtellung vom Demokratismus haben, die ſich zum großen Teile nicht mit der Wirklichkeit vereinen und daher dieſe „undemokratiſcher", als ſie tatſächlich iſt, erſcheinen läßt. Nach dem bekannten Trägheitsgeſetze haben wir nämlich (und die „Radikalſten" und „Revolutionärſten" unter uns nicht zum wenigſten) immer fort die Gedanken von 1762, 1776 und 1789 wiedergekaut, obgleich die ſoziale Wirklichkeit, die ſie einſt hervorrief und ſie berechtigte, längſt durch eine ganz andere ſoziale Wirklichkeit erſetzt iſt, die eine veränderte oder erweiterte Theorie zu ihrer Ausdeutung erfordert.

Der Gegenſtand der Rouſſeauſchen Unterſuchung iſt zunächſt nicht die Geſellſchaft im allgemeinen, ſondern ſpeziell der Staat. Der Staat iſt eine ſoziale Organiſation mit einheitlichem, nach außen hin unabhängigem, im Innern alleinherrſchenden Willen. Dieſer „ſouveräne" Wille, der dem Staate ſeine Rechtsordnung gibt und zum Leben nach den Geſetzen zwingt, muß *la volonté générale* ſein, denn „nur der allgemeine Wille kann die Kräfte des Staates dem Zwecke des Staates, der das gemeinſame Beſte iſt, gemäß leiten".[1]

[1] *Op. cit., Buch II*, zu Anfang des erſten Kapitels

Der „allgemeine Wille" ist der souveräne Staatswille, der aus dem ganzen Volke hervorgeht — nicht aus einem größeren oder kleineren Teile der Staatsbürgermasse und noch weniger aus der Willkür einer kleinen Gruppe oder einer einzigen Person. „Das ganze Volk als Herr in seinem eigenen Hause" — das ist nach Rousseau, wenn er sich auch nicht gerade dieser modernen Worte bedient, die einzig richtige Bedeutung des Wortes „Staatsmacht" oder Souveränität. Der einzig richtige Zweck der Staatsmacht ist das allgemeine Beste.

Hiermit ist, wie mir scheint, der innerste Grundgedanke der demokratischen Gesellschaftstheorie gegeben: die Entscheidung über das, was im höchsten Sinne das Beste für das ganze Volk ist, kann nur dann ihre richtige Gestaltung erhalten, wenn diese Entscheidung als freie Willensäußerung des ganzen Volkes hervorgeht.

An diesem Gedanken wollen wir festhalten. Demokratie bedeutet wörtlich Volksherrschaft. Die „Herrschaft", um welche es sich hier handelt, ist das Ausüben der Staatsmacht, d. h. der gesetzgebenden, regierenden und verwaltenden Macht. Unter dem Worte „Volk" sind hier nicht die großen Proletariermassen, nicht das „gemeine Volk" innerhalb der Nation und auch nicht irgendeine besondere Klassengruppe innerhalb des Volkes zu verstehen, sondern absolut die ganze Nation, also kein einziges normales mündiges Individuum ausgenommen.

Ich glaube, daß dieser Grundgedanke Rousseaus durchaus wahr ist und daß ihn die Gesellschaftsveränderungen nach Rousseaus Zeit nicht erschüttert haben. Dieser Kern aller demokratischen Theorie schließt die Vorstellung von dem sozialen Nutzen und der sozialen Notwendigkeit der Vormundschaft einer Minderzahl oder eines Einzigen über die Nation als Ganzes vollständig aus. Er schließt auch die Vorstellung von dem sozialen Nutzen und der sozialen Notwendigkeit der rücksichtslosen Machtausübung der großen Mehrzahl gegen eine Minorität oder einen einzigen, in seinen Gedanken und Bestrebungen alleinstehenden Mitbürger völlig aus.

„Volksherrschaft" in der Bedeutung der Alleinherrschaft der großen Massen über die Gesellschaft als Ganzes und besonders über die Minoritätsgruppen, die in einer oder der andern Beziehung nicht zu

den „großen Massen" gehören, ist durchaus nicht der Sinn des Wortes Demokratie, wie es hier im Anschlusse an Rousseau und als modernes Synonym dessen, was er *volonté générale* und *souveraineté* nennt, verstanden wird. Kein Argumentieren kann einen einzigen geistig gesunden Mitbürger von seinem Rechte ausschließen, mit zum ganzen Volke gezählt zu werden, wenn dieses als Quelle seiner Rechtsordnung, seiner Sitten und seiner Moral fungiert.

„Die revolutionäre Diktatur des Proletariates" ist also keineswegs eine demokratische Idee, sondern bloß die Vorstellung von einer ganz undemokratischen Notwendigkeit. Aber die Eroberung des Anteiles an der politischen Gewalt durch das Proletariat, der ihm als dem Teile, welchen das Proletariat von der ganzen Nation ausmacht, gebühren muß, das ist ein demokratischer Gedanke. Jede sozial ausgeschlossene Klasse, Gruppe oder Person hat durch den Demokratismus ihr anerkanntes Recht auf Einverleibung in das Ganze, in die souveräne Totalität der Nation. Jede kleine „Aristokratengruppe" wird dieses Recht gerade so gut haben wie jede Proletariermasse.

Wie die Sache nun einmal liegt, haben die „Aristokraten" (sehr verschiedener Sorten) die Proletariermassen ganz oder teilweise aus der sozialen Ganzheit, welche die Quelle der Gesellschaftsmacht ist, ausgeschlossen. Zu Rousseaus Zeiten war die Ausschließung des Proletariates politisch und wirtschaftlich und in beiden Hinsichten gleich gründlich. Heutzutage ist die politische Aussperrung des Proletariates nur noch partiell. Aber die sozialwirtschaftliche „Souveränität" innerhalb der Gesellschaft wird fortfahrend, mit Ausschließung der großen Massen der Nation, durch eine Minderzahl ausgeübt.

Den bürgerlichen Parteien erscheint dies recht. Die Sozialdemokratie allein verficht die Überzeugung, daß es ein gesellschaftsauflösendes Unrecht ist. Der bürgerliche Radikalismus ist wohl politisch demokratisch, aber nicht auch wirtschaftlich. Nur die Sozialdemokratie ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht demokratisch.

Rousseau dachte nicht nur politisch demokratisch, sondern auch wirtschaftlich demokratisch. Aber er löste das Problem des wirtschaftlichen Demokratismus dadurch, daß er den Kleinbetrieb und das kleine, mit

genauer Not zur Selbstversorgung ausreichende Privateigentum verewigen wollte. Dies war im Jahre 1762 eine selbstverständliche Idee, wäre aber im Jahre 1912 eine völlige Ungereimtheit.

Es ist also klar, daß diejenige Demokratismusformel Rousseaus welche ich hier diskutiert habe, allerdings soweit, wie sie geht, besonders auf politischem Gebiete, wahr ist, aber daß sie neun Zehntel des ganzen modernen politisch-wirtschaftlichen Demokratismusproblemes ganz unberührt läßt.

Ich habe mich bisher bei den beiden ersten Büchern des *Contrat Social* Rousseaus aufgehalten, welche (auf sehr ungeschichtliche, irreführende Weise) die Entstehung des Staates und Wesen und Zweck der Staatsmacht (oder der „Souveränität") behandeln. Doch nicht in ihnen, sondern erst im dritten Buche bedient sich Rousseau des Wortes „Demokratie". Er nimmt nämlich das Wort in beschränkterer Bedeutung, als die Gesellschaftswissenschaft unserer Zeit es tut. Er versteht unter dem Worte „Demokratie" nicht den Anteil des Volkes an der Staatsmacht oder der Gesellschaftsmacht überhaupt, sondern nur eine bestimmte Form des Ausübens der Regierungsmacht — nämlich das Ausüben der Regierungsmacht unmittelbar durch das Volk als Ganzes, ohne Ausschließung irgendeines mündigen Mitbürgers von der Beteiligung an dieser sozialen Funktion. Das Wort „Demokratie" bezeichnet bei Rousseau ausschließlich das direkte Regiertwerden des ganzen Volkes durch das ganze Volk, ohne Vertreter oder permanente Funktionäre. Also etwas ganz anderes als das, was, wie wir gefunden haben, das Wort *souveraineté* bedeutete.

Rousseau glaubt gar nicht an die praktische Möglichkeit einer Demokratie in dieser speziellen Bedeutung. „Wenn es ein Volk von Göttern gäbe, so würde es sich demokratisch regieren. Ein so vollkommenes Regierungssystem paßt nicht für Menschen" (*Contrat social*, Buch III, am Ende des vierten Kapitels). In demselben Kapitel sagt er folgendes: „Wenn wir genau an der Bedeutung des Ausdruckes Demokratie festhalten, so müssen wir zugeben, daß nie eine wirkliche Demokratie existiert hat und es nie eine geben wird. Es

widerstreitet der Ordnung der Natur, daß die große Mehrzahl regierte und die Minderzahl regiert werden würde. Man kann sich nicht vorstellen, daß das Volk ununterbrochen versammelt bliebe, um sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, und man sieht leicht ein, daß das Volk diese Regierungsarbeit nicht Ausschüssen überlassen könnte, ohne daß die Regierungsweise anders würde" (d. h. nicht-demokratisch würde).

Dieser Ausspruch Rousseaus scheint mir noch heute die grundlegendste Bedeutung für jegliche Diskussion der Frage, was sich als Demokratie ansehen läßt und was nicht, zu besitzen.

Mit der beinahe unfehlbaren Treffsicherheit des Genies hat Rousseau auch diesmal die Hand auf den innersten Kern des Problemes gelegt. Die totale Masse des Volkes kann gar nicht regieren. Die direkte Volksregierung ist in großen Gesellschaftsverhältnissen unmöglich. Regieren heißt beständig im „Rate" versammelt sein und unter sich einer mit dem andern, ohne Zurücksetzung irgendeines Beteiligten, sachlich beraten. Die totale Masse des Volkes kann nicht täglich im Regierungsrate versammelt sein. Die totale Masse des Volkes kann nicht unter sich einer mit dem andern beraten, ohne jemanden zurückzusetzen. Warum nicht? Weil die große Mehrzahl des Volkes andere äußerst wichtige und ganz unaufschiebbare tägliche Arbeitsaufgaben zu erledigen hat. Und weil das Volk als Ganzes eine viel zu große Menschenmasse ist, um intimes, folgerichtiges, sachliches und ergebnisreiches Beraten über verwickelte und schwerfaßliche soziale Erscheinungen zu ermöglichen.

Wenn wir unter dem Worte Demokratie nichts anderes verstehen als die Regierungsform oder die Regierungsweise, zufolge welcher das ganze Volk unmittelbar die eigentliche Regierungs- oder Verwaltungsarbeit in Staat und Kommune, in Partei und Fachgenossenschaft, in Kooperativverbänden und Aktiengesellschaften usw. besorgt — dann ist Demokratie eine vollständige praktische Unmöglichkeit — außer in den Fällen, in welchen es sich darum handelt, so kleine Gruppen zu regieren oder zu lenken, daß diese Totalitäten nicht mehr Mitglieder haben als eine normal große beratende oder

regierende Versammlung tatsächlich zu haben pflegt und haben kann. Ein Parlament hat nicht mehr als einige hundert Mitglieder. Ein Ministerrat hat gewöhnlich höchstens ein bis zwei Dutzend Mitglieder. Was darüber ist, das macht fruchtbringende Gesetzgebungs- oder Regierungsarbeit unmöglich — vor allem dann, wenn diese Arbeit äußerst komplizierter moderner Art ist.

Rousseau hat an der angeführten Stelle einzig und allein das politische Regierungsproblem besprochen. Daß die Volksmasse in den meisten Staaten des achtzehnten Jahrhunderts viel zu groß war, um die Regierungsarbeit unmittelbar besorgen zu können, schien ihm eine selbstverständliche Sache. Die antiken Demokratien waren Sklavenstaaten mit einfachen sozialen Verhältnissen und ganz wenigen freien und mündigen Bürgern; und diese waren überdies, Dank der Sklaverei, beinahe arbeitsfrei. Daher konnten sie sich täglich auf dem Markte versammeln, um zu regieren. Aber es war doch eine Regierung mit eigentümlichen, teilweise sehr zweifelhaften und „undemokratischen" Zügen. Und in einem modernen Arbeitsteilungs- und Großindustriestaate mit vielen Dutzend Millionen freier Einwohner ist das Experimentieren mit unmittelbarem Regierungsdemokratismus nicht einmal denkbar.

Wenn wir das Wort „Demokratie" als eine in unserm sozialen Leben und in unserer sozialen Wissenschaft brauchbare (d. h. mit vernünftigem Sinne ausgerüstete) Bezeichnung beibehalten wollen, dann müssen wir es also ganz unterlassen, uns seiner so zu bedienen, wie Rousseau es anwendet — d. h. in Beziehung auf das Ausüben der gesetzgebenden, regierenden und verwaltenden Macht unmittelbar durch die ganze Volksmasse innerhalb der Staaten mit Millionenbevölkerungen, mit sehr verwickelten Organisationsverhältnissen und mit Arbeitsaufgaben, welche fast die ganze Zeit und die ganzen Kräfte der einzelnen Bürger in Anspruch nehmen.

Das, was Rousseau die „Souveränität des Volkes" nennt, ist, wie ich gezeigt habe, der einzige ihm entlehnte Inhalt, den wir vernünftigerweise in das Wort Demokratie hineinlegen können.

In allen Parteien begeht man indessen noch heutigen Tages all-

gemein den Fehler, daß man das Wort Demokratie beide hier besprochene Bedeutungen haben läßt und daß man keinen klaren Unterschied zwischen der vernünftigen und der ganz ungereimten dieser Bedeutungen macht.

Ich komme in einem andern Zusammenhange wieder auf Rousseau zurück. Hier möchte ich nur noch hervorheben, daß das revolutionäre amerikanische Volk im Jahre 1776 und das revolutionäre französische Volk im Jahre 1789, als es in größtem Stile demokratisch zu handeln galt, keinen Augenblick unschlüssig darüber gewesen sind, daß die neue Gesellschaft auf dem Fundamente der radikalen „Volks"-Souveränität, nicht auf dem der direkten „Volks"-Regierung aufgebaut werden sollte.

In der vom Nordamerikanischen Kongresse am 4. Juli 1776 angenommenen „Unabhängigkeitserklärung" finden wir folgende einleitende Worte und politische Prinzipienausprüche. „Folgende Wahrheiten sehen wir als selbstverständlich an — nämlich, daß alle Menschen gleich erschaffen sind; daß ihr Schöpfer sie mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgerüstet hat; daß dazu das Recht zu leben, das Recht auf Freiheit und das Recht, nach Glück zu streben, gehören; ferner, daß eine Regierung errichtet werden muß, um diesen Rechten Sicherheit zu verleihen; daß die Regierung ihre gerechte Macht aus der Zustimmung der Regierten herleitet; daß, sowie eine Regierung von diesen Grundsätzen abgeht, das Volk berechtigt ist, diese Regierung zu ändern oder abzusetzen und eine neue Regierung zu errichten, deren Prinzipien und Organisation so gestaltet werden, wie sie dem Volke am besten zu seiner Sicherheit zu dienen und sein Glück zu fördern scheinen."

Ich habe hier die Stelle, welche, meiner Ansicht nach, den zentralen, noch heute unverändert gültigen Grundgedanken der Selbständigkeitserklärung enthält, durch gesperrten Druck hervorgehoben. Keine Regierung ohne die Zustimmung der Regierten! Das ist Rosseaus „Souveränität des Volkes" noch einmal. Aber die „Deklaration" weiß ebensowenig, wie die „Konstitution" des Jahres 1789, von einer Forderung, daß die Regierungsmacht direkt durch die Volks-

maſſen ſelber ausgeübt werde. Die Konſtitution richtet ein gewaltiges, kompliziertes Repräſentativſyſtem ein.

Wenden wir uns nun ſchließlich zu der „Erklärung der Menſchenrechte und der Bürgerrechte" der franzöſiſchen Revolution (1789). Sie beginnt mit folgenden Worten. „Die zur Nationalverſammlung organiſierten Vertreter des franzöſiſchen Volkes ſind zu der Überzeugung gelangt, daß Unkenntnis, Vernachläſſigung und Verachtung der Menſchenrechte die einzigen Urſachen öffentlichen Unglückes und der Korruption der Regierung ſind, und haben daher beſchloſſen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Menſchenrechte zu verkünden, damit, wenn dieſe Erklärung allen Staatsbürgern beſtändig vor Augen ſteht, jedermann ſich unabläſſig ſeiner Rechte und ſeiner Pflichten bewußt ſei — — —.

Artikel I. Die Menſchen werden frei geboren, bleiben frei und beſitzen gleiche Rechte. Sozialer Unterſchied darf nur das Gemeinwohl als Grund haben.

Artikel II. Jegliche politiſche Organiſation hat den Zweck, die natürlichen, unveräußerlichen Menſchenrechte zu erhalten. Dieſe Rechte ſind: Freiheit, Eigentum, Sicherheit und das Recht, ſich der Unterdrückung zu widerſetzen.

Artikel III. Die Souveränität hat ihre Quelle im Volke. Keine Organiſation oder Privatperſon darf irgendwelche ſtaatliche Autorität ausüben, welche nicht unmittelbar von der Nation als Ganzem herrührt.

Artikel IV. Die Freiheit beſteht in dem Rechte, alles zu tun, was keinen anderen ſchädigt. Daher beſteht für jeden, wenn er ſeine natürlichen Rechte ausübt, keine andere Beſchränkung als die, welche in dem gleichen Rechte jedes anderen Mitbürgers liegt. Dieſe Beſchränkung darf nur durch Geſetz beſtimmt werden.

Artikel V. Das Geſetz kann nur das verbieten, was der Geſellſchaft ſchädlich iſt. Was nicht geſetzlich verboten iſt, darf nicht verhindert werden. Niemand kann zu etwas gezwungen werden, das nicht im Geſetze befohlen iſt.

Artikel VI. Das Geſetz iſt der Ausdruck des allgemeinen Willens. Jeder Bürger hat das Recht, ſich, entweder perſönlich oder durch ſei-

nen Vertreter, an der Gesetzgebung zu beteiligen. Das Gesetz muß für alle dasselbe sein, ob es nun schütze oder strafe. Da alle Bürger vor dem Gesetze gleich sind, sind sie alle in gleicher Weise zu allen öffentlichen Würden und Ämtern wählbar, je nach ihrer Tauglichkeit dazu und ohne anderen Unterschied als den, der durch ihre Tugenden und ihre Begabung bedingt wird."

Die übrigen „Artikel" enthalten ebensowenig wie die hier angeführten etwas von einer direkten Regierung des Volkes durch das Volk. Interesse hat nur noch der XVII. (der letzte), welcher folgendermaßen lautet.

„Artikel XVII. Das Eigentum ist ein unveräußerliches, heiliges Recht. Daher darf es keinem genommen werden, wenn nicht öffentliches Bedürfnis nach dem Buchstaben des Gesetzes es erforderlich macht, und auch dann nur unter der Bedingung, daß der Besitzer vorher gerechte Entschädigung erhält."

Die demokratische Grundforderung, die Volkssouveränität, ist hier durch die Artikel III und VI sichergestellt. Die Aufgabe des demokratischen Staates wird durch Artikel II angegeben und durch die Artikel I, IV, V und XVII, nebst den hier nicht angeführten Artikeln VII—XVI. genauer präzisiert. Dieser selbstausgefertigte Freiheits- und Mündigkeitsbrief des französischen Volkes verkündet nicht nur, daß alle Staatsmacht vom ganzen Volke ausgehen und dem allgemeinen Besten dienen müsse, sondern er betont außerdem auch nachdrücklich die Freiheiten und Rechte des einzelnen der Gesellschaft als Ganzem gegenüber. Wir erfahren, wie die führenden Demokraten Frankreichs sich im Jahre 1789 die wichtigsten Anforderungen des einzelnen Bürgers und der Gesellschaft aneinander in einer Demokratie vorstellten. Die Anforderungen der Gesellschaft an den einzelnen erscheinen indessen unklar gedacht und sind nur schwach betont worden. Es war die Zeit des individualistischen Demokratismus.

Der Gedanke, daß die private Eigentumsmacht in einer politischen Demokratie die großen Volksmassen ebenso wirksam sozial unterdrücken könne, wie die öffentliche politische Macht in einem

feudal-absolutistisch-bureaukratischen Staate es getan, fehlt sowohl in dem französischen wie in dem nordamerikanischen Freiheitsbriefe gänzlich — gleichwie er auch bei den konservativen und liberalen bürgerlichen Parteien unserer Zeit nicht zu finden ist.

Man hatte in den Jahren 1776 und 1789 allerdings noch keine Erfahrung von den glänzenden Möglichkeiten, innerhalb einer politischen Demokratie eine wirtschaftlichen Tyrannei vermittelst des Privateigentumes und der Gewerbefreiheit zu errichten. Daß man aber in unsern Tagen dies nicht einsehen will oder nicht die vollen Konsequenzen aus einer solchen Einsicht ziehen will, das zeigt allerdings einen tiefgehenden Mangel an wirklichem demokratischen Geiste.

Der konservative bürgerliche Flügel ist ja auch in seiner Anschauung mehr oder weniger offen undemokratisch. Der liberale dagegen versucht noch immer das Unmögliche möglich zu machen — nämlich ein Vereinigen des politischen Demokratismus mit dem prinzipiellen Festhalten an einer Eigentumsordnung und einem Produktionssysteme, die, wie die Erfahrung endgültig gezeigt hat, in äußerstem Grade undemokratisch wirken. Wenn man dem Liberalismus dies vorwirft, zeigt er teils auf seinen prinzipiellen politischen Demokratismus hin, teils aber auf seine opportunistischen Zugeständnisse in demokratisch-sozialwirtschaftlicher Richtung — gar nicht daran denkend, daß der Konservatismus es weislich ebenso macht, ganz vergessend, daß der Demokratismus die „Souveränität des Volkes" fordert und mit Gnadengeschenken an wirtschaftlich unmündige, unfreie Volksmassen nichts zu tun hat.

Was wir in den demokratischen Freiheitserklärungen der Jahre 1776 und 1789 vermissen, das ist etwas, dem Rousseau allerdings nicht auf den Grund kommen konnte, das er aber wenigstens ahnte. Wir vermissen die Einsicht, daß das Gesellschaftsleben nicht nur Politik (Staat), sondern auch Ökonomie (Volkswirtschaft) ist und daß die demokratische Forderung solange, wie sie einzig und allein die politische Volkssouveränität umfaßt, sehr unvollständig formuliert ist. Sie muß durch die Forderung wirtschaftlicher Volkssouveränität ergänzt werden. Keine andere wirtschaftliche Gewalt darf über die

Gesellschaft herrschen als diejenige, welche vom ganzen Volke ausgeht und welche durch das ganze Volk zum allgemeinen Besten reguliert wird.

Der von der Eigentumsmacht ausgeschlossene Bürger ist sozial ebenso unfrei wie der von politischer Macht ausgeschlossene. Die Privateigentumsmächtigen sind ebensogute soziale Tyrannen wie diejenigen, welche die Staatsmacht in der Gesellschaft monopolisieren. Ein wohlwollender wirtschaftlicher Despotismus ist ebenso unleidlich wie ein wohlwollender politischer Despotismus. „Das ganze Volk als Herr in seinem eigenen Hause" heißt die Losung des wirtschaftlichen Demokratismus ebensowohl, wie es die des politischen Demokratismus ist.

Das Auftreten des Sozialismus und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im politischen Leben um die Mitte des 19. Jahrhunderts bedeutet, daß der wirtschaftliche Demokratismus sich jetzt an die Seite des politischen stellt und daß sich nun eine neue demokratische Revolution vorbereitet. Nach der bürgerlichen demokratischen Revolution kommt die demokratische Revolution des Lohnarbeiters, der Besitzlosen, des „Proletariates". Der Sozialismus ist die wirtschaftliche Rechtsordnung, die Anordnung des Eigentumsrechtes und die Regulierung wirtschaftlicher Machtausübung, welche es unmöglich machen will, daß auch nur ein einziger sich seinen gerechten Anteil am Eigentume und an wirtschaftlicher Macht in dem nach dem Systeme der Arbeitsteilung und des Großbetriebes organisierten Volkshaushalte vorenthalten sieht.

Ein wirtschaftlicher Demokratismus, wenn auch sehr unvollkommener, unbeständiger Art, ist ohne den Sozialismus möglich — nämlich so lange, wie ein wirtschaftliches Gesellschaftsleben ohne weit getriebene Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung und mit kleinen Unternehmungen und geringer Kapitalanwendung möglich ist. Aber dies ist nur in kleinen Bevölkerungsverhältnissen und in primitiven Zivilisations- und Kulturverhältnissen möglich. Die Völker europäischen Stammes (und nicht nur sie) sind den wirtschaftlichen Kleinverhältnissen, die mit einem primitiven wirtschaftlichen Demokratismus auf Grundlage des kleinen Privateigentumes und der kleinen

Privatunternehmungen vereinbar waren, auf immer entwachsen. Wir können allerdings den wirtschaftlichen Individualismus noch einige Zeit beibehalten — aber es geschieht dann auf Kosten des wirtschaftlichen Demokratismus.

Mit dem Produktionssysteme rechnend, das sich innerhalb der modernen Gesellschaft entwickelt hat und allein imstande ist, die gewaltigen modernen Menschenmassen zu ernähren und in Wohlstand zu erheben, kann der wirtschaftliche Demokrat unmöglicherweise etwas anderes sein als prinzipieller Sozialist. Ausnahmen von den sozialistischen Prinzipien kann er nur in gewissen Fällen primitiver Zurückgebliebenheit zugestehen — bei solcher Rückständigkeit, wie wir sie z. B. oft auf dem Gebiete der Landwirtschaft finden.

Der liberalradikale Standpunkt, welcher am wirtschaftlichen Individualismus als Prinzip festhält und den Sozialismus nur als Ausnahme billigen will, ist, wie bereits gesagt, mit wirklichem, ehrlichem wirtschaftlichem Demokratismus unvereinbar. Dies wird durch die entsetzlichen Wirkungen der Armut und der Lohnsklaverei in der gegenwärtigen Gesellschaft klar und deutlich bewiesen.

Die Notwendigkeit des Sozialismus als Bestandteil des wirtschaftlichen Demokratismus zeigt, daß der wirtschaftliche Demokratismus nicht dasselbe relativ einfache Problem ist wie der politische Demokratismus. Es ist notwendig, dies zu betonen, denn es ist, sogar innerhalb sehr radikaler sozialdemokratischer Kreise, nichts Ungewöhnliches, daß man über die Verwirklichung und Förderung des Sozialismus nachdenkt, redet und schreibt, ohne mehr zu besitzen als die allereinfachsten Vorstellungen von einem primitiven politischen Demokratismus. Diese bilden eine viel zu schwache intellektuelle Ausrüstung für einen modernen Sozialdemokraten, der seine Aufgabe ernst nimmt. Nichts kann einen jungen oder alten radikalen Sozialdemokraten ärger kompromittieren, als wenn er in der Diskussion über die Taktik und die Organisation der Partei radikale Unkenntnis der einfachsten Tatsachen und Erfahrungen zeigt, welche die Sozialwissenschaft über den Sinn des Demokratismus und der Methoden zu seiner Verwirklichung in modernen Sozialverhältnissen mitzuteilen hat.

4. Demokratie und Regierung

Auf die Frage „was verstehen wir unter Demokratie?" wollen wir also folgende vorbereitende Antwort geben, die indessen keineswegs in die Einzelheiten des Problemes einzudringen sucht. *Demokratie ist die direkte und indirekte Beteiligung aller mündigen Männer und Frauen an aller politischen und wirtschaftlichen Machtausübung innerhalb der Gesellschaft — jedoch nicht als Selbstzweck, sondern ganz und gar dem allgemeinen Besten untergeordnet.* Die Demokratie ist die soziale Machtverteilung, welche alle für die soziale Machtausübung, die das Gemeinwohl berührt, verantwortlich macht und alle ermächtigt, diese Machtausübung zu überwachen und in sie einzugreifen, und zwar ohne andere Begrenzung als die, welche das allgemeine Beste erforderlich macht.

In sehr kleinen, einfachen Gesellschaftsverhältnissen muß die völlig durchgeführte Demokratie unmittelbares persönliches Teilnehmen aller mündigen Bürger an der praktischen Ausübung der Gesetzgebung und an der Regierungs- und Verwaltungsarbeit bedeuten. Wenn die Mitbürger nicht zu zahlreich oder zu sehr durch andere soziale Funktionen in Anspruch genommen sind, so liegt kein äußerer Grund vor, weshalb sie nicht alle das Recht haben sollten, sich an der Gesetzgebung und Regierungs- und Verwaltungsarbeit zu beteiligen. Sie müssen, dem Prinzipe des Demokratismus gemäß, hierzu alle die gleichen äußeren Möglichkeiten haben. Aber wir dürfen hier nicht die fundamentale Wahrheit übersehen, daß sie nicht alle dieselben inneren Möglichkeiten besitzen. Nicht einmal in den primitivsten Sozial- und Kulturverhältnissen sind die Individuen einander so gleich in ihrer Begabung, daß es der Gesellschaft dienlich wäre, wenn sie tatsächlich ganz gleich großen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten ausübten. Auch in der einfachsten und vollkommensten Demokratie, die sich denken läßt — wenn die Anzahl- und Arbeitsverhältnisse der Bevölkerung der völligen Durchführung

des Demokratismus ohne Repräsentativsystem möglichst günstig sind — muß es tatsächliche, auf Verschiedenheiten in den persönlichen Begabungen gegründete Ungleichheiten in dem Einflusse der Bürger auf die organisierte, öffentliche Machtausübung geben.

Ich will mich hier aufs Nachdrücklichste gegen eine grundfalsche, aber seit der Aufklärungsphilosophie des achtzehnten Jahrhunderts sehr gewöhnliche Auffassung des Demokratismus wenden. Ihr zufolge gilt gleiche Machtausübung aller innerhalb der Gesellschaft als Selbstzweck — mit Übersehung, daß jede besondere Art sozialer Tätigkeit, wie allgemein sie auch sein soll, nur als ein Mittel zur Erreichung des größten Maßes allgemeinen Wohles behandelt werden kann. Außerdem wird noch übersehen, daß die Menschen infolge ihrer verschiedenartigen angeborenen Anlagen in sehr verschiedener Weise zum Fördern des Gemeinwohles durch soziale Machtübung befähigt sind. Es hat seit der großen französischen Revolution eine noch heutigen Tages (bei Anarchisten, Syndikalisten und einigen „radikalen" Sozialdemokraten) existierende Demokratismustheorie gegeben, deren unterbewußte oder deutlich ausgesprochene Grundgedanken sind, daß die gleiche Beteiligung aller an der sozialen Machtausübung die erste und letzte, höchste und vornehmste Anforderung an die soziale Organisation sei, welche in keiner Hinsicht durch irgendwelche andere soziale Forderung modifiziert werden dürfe, und daß alle gleich tauglich zu sozialer Machtausübung seien. Wenn dies der einzige wirkliche Demokratismus wäre, so würde Demokratismus ganz dasselbe sein wie Anarchismus. Es ist auch bezeichnend, daß Anarchisten und Syndikalisten gerade gegen den Demokratismus ihre heftigsten Angriffe richten — wenn sie finden, daß er doch etwas ganz anderes ist als das, wonach sie selber trachten.

Der Demokratismus deckt sich nicht mit der Auffassung, daß die einzig richtige Gesellschaftsordnung die sei, in welcher niemand seine Lebensverhältnisse durch fremde, ihm unsympathische Willensäußerungen beeinflussen zu lassen brauche. Derartige prinzipielle Selbständigkeit wäre Anarchismus — Organisationslosigkeit, Verneinung des geordneten Gesellschaftslebens als solches. Ein geordnetes Gesellschaftsleben läßt sich nicht von dem gegen gewisse Willensrich-

tungen ausgeübten Zwange zum zeitweiligen oder dauernden Nachgeben trennen. Die Frage, welche Willensrichtungen nachgeben und welche herrschen sollen, ist nur dadurch zu entscheiden, daß Ideale des Gemeinwohles aufgestellt werden und möglichste Rücksicht auf sie genommen wird. Der Schwierigkeit des Aufstellens dieser sozialen Ideale können wir uns nicht entziehen — am allerwenigsten dadurch, daß wir das Recht aller, nach eigener Willkür zu leben, proklamieren und an die Stelle des Gemeinwillens einen chaotischen Kampf aller gegen alle treten lassen.

Ein solches soziales Chaos finden wir indessen bei den Anarchisten und den Syndikalisten, und wir müssen ihnen unbedingt darin recht geben, daß ihr sozialer Glaube und der Demokratismus im Grunde nicht viel miteinander gemein haben. Nichts kann besser beweisen, daß man nicht weiß, was Demokratismus ist, als daß man, um möglichst „radikal" zu sein oder möglichst weit „links" zu stehen, den spezifisch syndikalistisch-anarchistischen Vorstellungen von sozialer Freiheit und Gleichheit Zugeständnisse macht.

Nicht einmal in der allerkleinsten, einfachsten Demokratie ist es demokratisch, daß der Dumme ebensoviel Macht ausübt wie der Intelligente, oder der Egoistische ebensoviel wie der Altruistische, oder der Unerfahrene ebensoviel wie der Erfahrene. Auch in kleinen, einfachen Demokratien stellt sich ein Unterschied zwischen dem praktischen Einflusse der einzelnen ein und muß sich einstellen, obgleich formell alle in gleicher Weise an der Ausübung der Macht beteiligt sind.

Sowie die Volksmassen zu groß geworden, um die Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung selber besorgen zu können, entsteht indessen erst recht die Frage, wie sich dies soll ausführen lassen, ohne dem Volke die Teilhaftigkeit an der politischen und wirtschaftlichen Machtausübung, die gerade in der Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungsarbeit besteht, zu rauben. Nun wird es unvermeidlich, daß eine relativ kleine Anzahl Mitbürger zur Verrichtung dieser wichtigen Arbeit ausersehen werden.

Das Verwaltungspersonal muß darüber wachen, daß Gesetze und Verordnungen genau befolgt werden und daß die wirtschaftlichen

und kulturellen Unternehmungen des Staates und der Gemeinden die richtige Leitung erhalten. Hierbei ist eine hohe Berufsbildung unentbehrlich. Man bedarf fest angestellter Spezialisten. Aber die Demokratie muß durchsetzen, daß ihre „Büro"-Arbeit nicht nur geschickt und ökonomisch, sondern auch ohne „bürokratischen" Mißbrauch der Macht ausgeführt wird. Dies ist die eigentliche Kunst des Verwaltungsdemokratismus.

Wenn das Volk als Ganzes seine Arbeitsgeberautorität über das Verwaltungspersonal nicht unmittelbar ausüben kann, so müssen zu diesem Zwecke Bevollmächtigte mit Regierungsvollmacht, Minister und, wie es bisher geschehen ist, neben ihnen ein Regent oder Staatsoberhaupt, ausersehen werden. Diese Organisatoren, Leiter und Kontrolleure der Staatsarbeit müssen ihrerseits geleitet und kontrolliert werden, damit sie sich nicht persönlich die soziale Macht anmaßen, welche fest verankert beim Volke als Ganzem liegen muß. Mit dieser Leitungs- und Kontrollarbeit beauftragt die Nation eine besondere Repräsentantenversammlung — das Parlament. Dieses allein hat sowohl die gesetzgebende wie die höchste kontrollierende Macht in der Hand. Der Umstand, daß die Regierung aus dem Parlamente hervorgeht, sichert den inneren Zusammenhang zwischen der Gesetzgebungsarbeit und der ausführenden Regierungsarbeit, wie er auch die Kontrolle der Nation über das Ganze vereinfacht. Neue Parlamentswahlen genügen, um Systemveränderungen zu bewirken.

Die Einzelheiten dieses Systemes der Ausübung der Staatsmacht können sich in einer sozialistischen Demokratie ganz anders wie heute gestalten. Was mich hier interessiert, das ist allein die Frage, welchen sozialen Grundsätzen die Nation folgen muß, um die Gewißheit haben zu können, daß sie als Ganzes beständig die ganze Staatsmacht in ihren eigenen Händen behalten wird.

Nun kann es sich lohnen, wieder einen Blick in Rousseaus *Contrat social* — die Bibel des radikalen bürgerlichen Demokratismus und jetzt neuerdings in gewissen Stücken auch die des revolutionären, antiparlamentarischen Syndikalismus — zu werfen.

Im fünfzehnten Kapitel des dritten Buches, das „von Deputierten oder Repräsentanten" handelt, schreibt Rousseau folgende beachtungswerte Worte. „Aus demselben Grunde, aus welchem sie unveräußerlich ist, kann die Volkssouveränität nicht vertreten werden. Sie besteht wesentlich in dem allgemeinen Willen, und der Wille läßt sich nicht repräsentieren. Er ist entweder so oder anders. Ein Zwischending ist unmöglich. Die Abgeordneten des Volkes sind daher nicht die Vertreter des Volkes und können es nicht sein. Sie sind nur die Kommittenten des Volkes. Sie können über nichts endgültig beschließen. Jedes Gesetz, welches das Volk nicht unmittelbar selber bestätigt hat, ist gar kein Gesetz. Das englische Volk glaubt, frei zu sein. Aber darin täuscht es sich sehr. Es ist nur während der Parlamentswahlen frei. Sowie sie vorüber sind, ist das Volk Sklave, hat keine politische Existenz mehr. Der Gebrauch, welchen die Engländer von ihren kurzen Freiheitsaugenblicken machen, läßt sie jedoch wohl verdienen, daß sie ihre Freiheit verlieren." (Wenn man dies liest, hat man an die um das Jahr 1762 in England, Frankreich und der übrigen Welt herrschenden politischen Verhältnisse zu denken.)

Die bürgerliche Demokratie hat sich an diese Spekulationen Rousseaus über die Ungereimtheit eines Repräsentativsystemes nicht gekehrt. Unsere heutigen Anarchisten (Kropotkin) und Syndikalisten (Sorel) dagegen haben diese These als das Wertvollste in Rousseaus ganzer Lehre über den Staat und die Demokratie aufgegriffen.

Es fehlt indessen gänzlich an Erfahrung, daß eine Demokratie ohne Repräsentativsystem in großen Sozialverhältnissen möglich wäre. Rousseau wird, wie Kropotkin und Sorel, zu dem evolutionistisch ungereimten Vorschlage getrieben, daß wir auf das große Gesellschaftsleben verzichten und zu dem ganz kleinen, primitiven zurückkehren sollen — nur um uns vor dem Repräsentativsysteme zu bewahren.

Wie Sidney und Beatrice Webb in ihren trefflichen Studien über die englischen Gewerkvereine (*Industrial Democracy*, London 1897) gezeigt haben, fangen noch heutigen Tages die kleinen, primitiven Demokratien ohne Repräsentativsystem an, müssen es aber nebst dem Regierungs- und Verwaltungsapparate einführen, sowie sie groß

geworden sind und in ein kompliziertes Gesellschaftsleben hineinkommen. Ich sage „müssen es einführen", denn es fehlt während des Übergehens aus kleinen in große Verhältnisse niemals an einer Reihe Versuche zur Vermeidung des Repräsentativsystemes und der berufsmäßigen „Bureaukratie" und „Regierung". Aber die Versuche mißlingen regelmäßig in einer Weise, die uns zeigt, daß wir es hier mit einem allgemeinen, tief in der Natur der Verhältnisse wurzelnden soziologischen „Gesetze" zu tun haben.

Jedoch ist ein Theoretiker von Rousseaus Genialität nicht so leicht beiseite geschoben — nicht einmal dann, wenn man ihn mit der sozialen Erfahrung der 150 Jahre, die seit seiner Zeit vergangen sind, zu widerlegen vermag.

„Ich sage also, daß die Souveränität, die nichts anderes ist als der allgemeine Wille, nie veräußert werden kann und daß der Souverän (das Volk), der nichts anderes ist als ein Kollektivwesen, niemals durch jemand anders als sich selber vertreten werden kann. Die Macht läßt sich freilich von dem einen auf den andern übertragen, aber nicht der Wille." (*Contrat social*, Buch II, zu Anfang des ersten Kapitels.)

Wieder eine Kernwahrheit, welche nicht durch die sozialen, wirtschaftlichen und intellektuellen Revolutionen eines und eines halben Jahrhunderts angefressen worden sind! Der kollektive Wille des souveränen Volkes ist eine Sache. Der Wille der Vertreter ist eine andere Sache. Gleichwie mein Wille und dein Wille nie im Leben etwas anderes werden können als zwei verschiedene, mehr oder weniger inkongruente Entitäten. Hieran wollen wir festhalten.

Die Erkenntnis dieser Tatsache tritt in zahlreichen großen Demokratien mit Repräsentativsystem hervor. Man hat die Kluft zwischen Volkswillen und Vertreterwillen gefühlt und erkannt, und man hat mit verschiedenartigen Methoden versucht, diesen jenem untertänig zu machen.

Man hat es mit dem imperativen oder gebundenen Mandate probiert — mit unveränderlich negativem Resultate. Die „gebundenen" Volksvertreter wurden ganz untaugliche Gesetzgeber und waren als solche der Gesellschaft gefährlicher als „ungebundene". Überdies weiß man, daß kraftvolle Persönlichkeiten sich nicht „binden" lassen. Man

würde also von ihnen absehen und sich systematisch durch die weniger Begabten und in geringerem Maße Willensstarken vertreten lassen müssen.

Das imperative Mandat ist undemokratisch, weil es den Mandatinhaber verhindert, seine ganze Persönlichkeit in die Verwaltung des Mandates hineinzulegen. Er wird persönlich unfrei in seinem Werke, und sowohl er wie sein Werk verkümmern. Die Anordnung ist auch aus einem anderen Grunde undemokratisch — weil sie den Wählern ein sozial wertloses oder schädliches Recht verleiht und so, unter dem Anscheine, ihnen ihre Autorität zu erhalten, tatsächlich ihre Fähigkeit, sich selber und der Allgemeinheit in sozialer Hinsicht zu nützen, vermindert.

Wenn es unmöglich ist, daß alle mündigen Bürger im Parlamente sitzen, so ist es auch unmöglich, daß sie im voraus bestimmen, was das Parlament beschließen darf. Das Parlament wäre ja überflüssig, wenn seine Auseinandersetzungen und Debatten keine entscheidende Bedeutung für die Art und den Inhalt der Beschlüsse hätten. Etwas anderes ist es, daß die Wähler sich weigern können müssen, Gesetzgeber und Beamte wiederzuwählen, welche ihre Aufträge so verwalten, daß es von den Wählern nicht gebilligt werden kann.

Vor dem radikalen Demokratismus sind die Selbstverantwortlichkeit und die freie Persönlichkeit der Reichstagsabgeordneten und der Beamten ebenso wertvoll wie die Selbstverantwortlichkeit und die freie Persönlichkeit irgendeines anderen sozial oder kulturell tätigen Bürgers. Es hat im Grunde ebensowenig Sinn, einem Gesetzgeber ein imperatives Mandat zu geben, wie einem Künstler oder einem Manne der Wissenschaft ein solches zu geben. Wir wissen, daß durch Mandate gebundene Ausüber der Kunst und der Wissenschaft uns erbärmliche Kunst und Wissenschaft liefern würden. Und die Erfahrung lehrt, daß wir nach derselben Methode ebenso jämmerliche Gesetze erhalten. Dem „Volke" bleibt nur die Wahl zwischen zwei Dingen. Selber Gesetze zu geben oder Vertreter zu wählen, zu welchen es Vertrauen hat. Wird das Vertrauen getäuscht, so gibt es weiter keinen anderen Rat als den, nach Schluß der Wahlperiode andere Vertreter zu wählen.

Das Referendum leidet an demselben Gebrechen wie das imperative Mandat. „Das Volk" kann nicht eher wissen, ob sein Vertreter ein guter oder schlechter Gesetzgeber ist, als bis Erfahrungen über die Wirkungen der von ihm ausgearbeiteten Gesetze vorliegen. Aber das Referendum ist eine Methode, das „Volk" über ein neues Gesetz entscheiden zu lassen, bevor dieses Gesetz die Probe der Erfahrung hat bestehen können. Es hat sich herausgestellt, daß die große Masse des Volkes die intellektuellen Voraussetzungen und die Sachkenntnis, deren es zur Beurteilung der möglichen Wirkungen eines Gesetzesvorschlages bedarf, gar nicht besitzt. Dies ist nämlich etwas ganz anderes, als die tatsächlichen Wirkungen eines wirkenden Gesetzes zu beurteilen. Letzteres kann die Masse des Volkes. Dabei aber hat es für das Referendum keine Verwendung. Mehr wirklicher Demokratismus würde in der Bestimmung liegen, daß jedes Gesetz, ob nun neu oder alt, nach gewissen Zwischenzeiten auf seine Tauglichkeit hin zu prüfen sei — einerlei, ob Klagen darüber erhoben worden wären oder nicht. Der Juristenaberglaube einer prinzipiellen Ewigkeit jedes Gesetzesparagraphen ist an sich lebensfeindlich und gesellschaftsverderblich und muß durch ein Prinzip entgegengesetzter Art ersetzt werden.

Man hat es schließlich auch mit der sogenannten „Initiative" versucht. Ein jeder hätte das Recht, „Anträge zu stellen", welche die Repräsentantenversammlung zur Behandlung aufzunehmen verpflichtet wäre. Unmöglich! Der Anträge würden so viele sein, und sie wären in den meisten Fällen so unpraktisch oder ungereimt, daß die Repräsentantenversammlung sehr bald mit der stillschweigenden Billigung des ganzen Volkes aufhörte, überhaupt von ihnen Notiz zu nehmen.

Was bleibt dann übrig? Entschieden nichts anderes, als nach bestem Wissen und Willen Volksvertreter mit gesundem Verstande, gutem sozialen Willen und zureichenden Einsichten zu wählen und, wenn die Erfahrung zeigt, daß man mit dem Werke der abgehenden Volksvertreter nicht zufrieden sein kann, an ihrer Stelle andere zu wählen. Es kostet vielleicht einem Volke Selbstüberwindung, diese Methode als die richtige gutzuheißen, oder es kann dies erst nach reiferer demo-

kratischer Erfahrung. Hiermit verhält es sich jedoch bei verschiedenen Völkern verschieden. Den Engländern ist es nicht schwer geworden, an den Klippen des imperativen Mandates, der Initiative und des Referendums vorbeizusegeln.

Hiermit sind wir am Zentralpunkte des radikalen Demokratismus angelangt. Dieser verlangt unbedingt, daß die Wähler ihre Repräsentanten persönlich kennen und rein persönliches Vertrauen zu ihnen haben. Der persönliche Gehalt dieser Repräsentanten, ihr Charakter, ihre Intelligenz, ihre Tüchtigkeit müssen für die Wähler klar und deutlich erkannte, fundamental bestimmende Faktoren im politischen Leben sein — neben den politischen Ansichten oder dem Parteistandpunkte der Wahlkandidaten.

Es wäre eine außerordentlich unvollkommene Demokratie, in welcher die politischen Parteien das Parlament mit treuen Parteisklaven vollpackten — wäre es auch mit „proportionell" gewählten, so daß die numerische Zusammensetzung des Parlamentes der treueste Ausdruck der Parteistellung im Lande wäre — aber mit Leuten, die gewählt wären, ohne daß man den persönlichen Wert der Kandidaten gekannt und kontrolliert hätte. Ein solches Parlament mit imperativen Mandaten, Referendum und Einkammersystem wäre ein politisches Jammerbild, welches freilich beweisen würde, daß Parlamentarismus und politische Versumpfung identische Erscheinungen sind. Nicht einmal die Republik würde die Sache sehr verbessern.

Meinerseits kann ich nicht einmal in dem Vorhandensein eines Senates etwas Undemokratisches sehen. Ein wirklicher Senat hat nicht dieselbe Macht wie die andere gesetzgebende Versammlung, sondern nur eine kritisierende, revidierende und zurückhaltende Macht. Eine solche ist mit radikalstem Demokratismus völlig vereinbar. Teils aus dem Grunde, weil das Vorhandensein eines solchen Senates der Initiativkraft der Deputiertenkammer die größte Freiheit gibt — da ja das Risiko, daß die eventuellen Übereilungen dieser sofort gesetzliche Kraft erhalten, wegfällt. Und teils deshalb, weil das Vorhandensein eines Senates dem Volke Gelegenheit gibt, unter seine Gesetzgeber Personen mit großer Lebenserfahrung und völlig bewährtem

Charakter zu wählen, ohne zu sehr berücksichtigen zu müssen, daß ein vorgeschritteneres Alter manchmal die Initiativkraft und die Arbeitsfähigkeit verringert haben kann. Sind die Senatoren nicht in letzteren Hinsichten hinreichend jugendlich, so haben sie ja andrerseits auch nicht die Macht, das Inkrafttreten eines neuen Gesetzes um mehr als ein bis zwei Jahre zu verzögern.

5. Demokratie, Aristokratie und Oligarchie

Es ist nichts Ungewöhnliches, daß Demokratie und Aristokratie als unversöhnliche Gegensätze aufgefaßt werden. Dies geschieht, wenn man unter Demokratie die Alleinherrschaft der armen, verwahrlosten, ungebildeten Volksmassen versteht und sich unter Aristokratie die Herrschaft der Reichen, Gebildeten oder sonst „Vornehmsten", zum ausschließlichen Nutzen ihrer eigenen Klasseninteressen ausgeübt, denkt.

Wenn man dagegen unter Aristokratie nichts anderes versteht als den entscheidenden Einfluß der Besten, am höchsten Begabten und am stärksten Sozialgesinnten auf die öffentlichen Angelegenheiten, so besteht zwischen Aristokratie und Demokratie (wie ich dieses letztere Wort fasse) kein Gegensatz. Sie lassen sich durchaus miteinander vereinigen, vorausgesetzt, daß das Volk als Ganzes spontan gleicher Gesinnung mit „den Besten" der Nation sei oder, falls dies unmöglich ist, wenigstens gesonnen sei, diese innerhalb der Politik, der Wirtschaft und der Kultur entscheidenden Einfluß ausüben zu lassen.

Sowohl das Repräsentativproblem wie das Regierungs- und Verwaltungsproblem fänden auf diese Weise ihre Lösung ohne Abgehen vom Prinzipe des Demokratismus. Das praktische Grundproblem der Demokratie ließe sich dann folgendermaßen formulieren. Dadurch, daß das Seelenleben der am höchsten begabten Staatsbürger bewußt auf die Fürsorge für das allgemeine Beste gerichtet wäre und die Nation als Ganzes beständig ihre sozialen Bestrebungen auf einem

möglichst hohen Niveau hielte, würde die Grundlage zu einer Übereinstimmung zwischen dem souveränen Volkswillen und der regierungsfähigen Minderzahl innerhalb des Volkes vorhanden sein. Es wäre der Nation möglich, aus dieser Minderzahl ihre Vertreter zu wählen, ohne die Initiativkraft der Gewählten im voraus zu binden. Die erteilte oder verweigerte Zustimmung der Nation zu dem Arbeitsresultate, wie sich dieses in den reifen sozialen Wirkungen der Gesetze und der Verwaltung zeigte, würde über die Verlängerung des Repräsentantenauftrages oder sein Übertragen auf andere Personen oder Parteien entscheiden.

Anscheinend entfernt sich diese Idealkonstruktion gar nicht so sonderlich weit von der parlamentarischen Theorie, die schon in gewissen Ländern, z. B. in England, auf mehr oder weniger unvollkommene Weise praktisiert wird, ohne daß der konsequente Demokratismus dort schon das klar und deutlich anerkannte Fundament des Staatslebens und des ganzen Gesellschaftslebens geworden wäre.

Wenn das Repräsentativsystem unvermeidlich ist und der Wille des Abgeordneten niemals mit dem souveränen Volkswillen identisch sein kann, und wenn die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit des Abgeordneten nicht eingeengt werden dürfen, wird also eine spontane oder bewußt gepflegte Willensharmonie zwischen Vertretung und Volk die einzige Lösung des Problemes der Demokratie in großen, verwickelten Sozialverhältnissen sein. Es fragt sich nun, welche Hindernisse sich der Entstehung einer solchen Willensharmonie zwischen der Nation als Ganzem und ihrer regierungsfähigsten Minderzahl entgegenstellen.

Diese Hindernisse finden wir natürlich ebensowohl bei den großen Massen wie bei den wenigen Höherentwickelten. Und die Hindernisse lassen sich sowohl unter jenen wie diesen allein durch systematische Selbsterziehung beseitigen. Keine Demokratie ohne Selbsterziehung des ganzen Volkes zu Demokratismus.

Die großen Bürgermassen leben innerhalb der gegenwärtigen, undemokratisch organisierten Gesellschaft in körperlicher und geistiger Armut. Das Menschenmaterial, das ursprünglich in ihnen steckt, gelangt aus Mangel an guter Pflege und Erziehung, sowie aus Mangel

an günstigen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten niemals zu gesunder, starker und hoher Entwicklung. Im Gegenteil, den Opfern der Armut wird von Kindheit an physische und seelische Ungesundheit eingeimpft. Sie werden seelisch arm durch Mangel an geistiger Nahrung und durch ein Übermaß an einförmiger, geistloser, vertierender physischer Arbeit.

Es ist klar, daß derartig mißhandelte Arbeitermassen, trotz zahlreicher und glänzender persönlicher Ausnahmen in ihren Reihen, unmöglich, so wertvolle Beiträge zur Bildung des souveränen Volkswillens liefern können, wie es der Fall gewesen wäre, wenn wir statt der Armut und Lohnsklaverei, allgemeinen Wohlstand, soziale Freiheit und die höchstmögliche Erziehung und Ausbildung aller gehabt hätten. Ein sozial zurückgedrängtes, materiell und geistig zu Boden getretenes Proletariat kann mit absoluter Klarheit und unwiderstehlichem Nachdruck seine Befreiung aus seiner gegenwärtigen Lage fordern. Doch dieses Proletariat kann in seiner großen Masse unmöglich alle die neuen, positiven, sozialen Ideen und Tendenzen erzeugen, deren Verwirklichung das Ziel des radikalen oder folgerichtigen Demokratismus bildet.

Viele einzelne Individuen innerhalb des Proletariates besitzen diese geistige Kraft in größerem oder geringerem Maße — das zeigt die moderne Arbeiterbewegung. Ich glaube aber, daß die Erfahrung auch deutlich zeigt (was im Grunde selbstverständlich ist), daß das Proletariat als Masse die psychische Beschränkung oder zu geringe Entwicklung geistiger Kraft aufweist, welche unmittelbar mit seinem ungünstigen Erziehungs-, Arbeits- und Lebensverhältnissen zusammenhängt. Im Grunde bedürften wir ja gar keiner sozialen Bewegung und keines Strebens nach Demokratismus, wenn nicht große Massen des Volkes geistig und physisch Not litten und durch diese Not erniedrigt, entwertet wären.

Indessen hat jede Gesellschaftsklasse — wie auch jedes Individuum — eine gewisse, fast unüberwindliche Neigung, sich selber zu bejahen, so wie sie eben ist.

Diese Selbstbejahung ist auch dann in reichem Maße vorhanden,

wenn die Klasse, oder das Individuum, ihre gegenwärtige Lage mißbilligt und mit aller Macht danach strebt, aus ihr herauszukommen. Niemand kann gänzlich „aus seiner eigenen Haut heraus". So paradox es auch klingen mag, ist es doch unvermeidlich, daß ein revolutionäres Proletariat, dessen eigentliche Forderung gerade das Beseitigen eines Proletariates ist, teilweise das Gesellschaftsleben und die Politik unter Gesichtspunkten betrachtet, welche dem innersten Zwecke der revolutionären Bewegung widerstreiten und zu gerade denjenigen proletarischen Eigentümlichkeiten gehören, die, zusammen mit der proletarischen Klasse und der gegenwärtigen Klassengesellschaft, aus der Welt zu schaffen, das höchste Ziel der Bewegung ist.

Den Ungebildeten und politisch Unerfahrenen wird es oft unmöglich sein, die Methoden und das Verfahren des begabten, gründlich erfahrenen Organisators oder politischen Führers zu verstehen. Wenn aber das Verständnis fehlt, wankt auch leicht das Vertrauen. Das Mißtrauen wird eifrig gepflegt; und es kann dahin kommen, daß die Massen in solcher Lage ihren dazu befugteren Helfern systematisch abtrünnig werden und anstatt jener die Deputiertenversammlungen usw. mit solchen weniger begabten und weniger erfahrenen Personen vollstopfen, die sich durch mehr oder weniger „gebundene" Mandate und eine persönlich beleidigend formulierte Kritik nicht belästigt fühlen. Personen, die den undemokratischen Schwächen der Massen schmeicheln, anstatt ihnen entgegenzuarbeiten.

Das große Prinzip, daß der Demokratismus gerade durch Erziehen zum Demokratismus siegen müsse, läßt man dann fallen. Ein falscher, undemokratischer Idealismus tritt an die Stelle dieses Prinzipes. Das Proletariat idealisiert sich selber so, wie es ist, und fordert von der Gesellschaft der Zukunft, daß sie eine Menge wirklich proletarischer Eigentümlichkeiten aufweise — anstatt wirklich demokratische Züge. Tatsächlicher Proletarismus und gedachter Demokratismus werden, wie gegenwärtig innerhalb des Syndikalismus, zu einem gräßlichen Mischmasch zusammengerührt, dessen Hauptingredienz die schwächlichsten, kränklichsten Züge des jetzigen Proletarierdaseins sind und bleiben, nicht die stärksten, gesundesten Züge des kommenden, echten Demokratismus.

Es ist in diesem ungünstigen Sinne proletarisch, aber nicht demokratisch, in so hohem Grade, wie es innerhalb des Marxismus stets geschehen ist, die werterschaffende Kraft der wirtschaftlichen Unternehmerarbeit, der Verstandesarbeit, der Erfinderarbeit und der Organisationsarbeit, relativ zu der werterschaffenden Kraft der nur ausführenden körperlichen Arbeit, zu unterschätzen. Es ist einseitig proletarisch, aber nicht demokratisch, wie die Syndikalisten es tun, von einem Übernehmen der Produktionsleitung durch die Gewerkvereine, denen als solchen jegliche Erfahrung über die Organisation, die Leitung und die technischen Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion fehlt, zu phantasieren. Es ist ein primitiver, wenn auch keineswegs ausschließlich proletarischer Zug, in Beziehung auf religiöse, moralische und sexuelle Fragen in müßigem Gerede zu schwelgen. Aber wahrhaft demokratisch ist dies nicht. Die kommende wirklich demokratische Sexualordnung, sowie auch die Moral und die Religiosität der Zukunft, werden das Einsetzen der höchsten sittlichen Kräfte aller erfordern — sittlicher Kräfte, die durch allgemeinen Wohlstand und gründliche Erziehung und Bildung innerhalb des ganzen Volkes zur Reinheit herangebildet und gestärkt worden sind.

Es ist eine proletarische Schwäche, aber kein wirklich demokratischer Zug, des Gefühles für den Persönlichkeitswert der sozialen Funktionäre des Volkes zu ermangeln. Der Demokratismus fordert, daß derjenige Mitbürger, welcher als Volksvertreter, Regierungsmitglied oder Verwaltungsbeamter fungiert, sich derselben geistigen Freiheit und derselben Rücksicht erfreue, welche der Demokratismus, seinem Grundprinzipe gemäß, für das Volk als Ganzes, für alle Bürger, fordert. Da die Demokratie sich nicht ohne öffentliche Funktionäre zu behelfen vermag, kann ihr auch nicht damit gedient sein, daß die Qualität der Arbeitsleistungen dieser Funktionäre dadurch gesenkt wird, daß man ihre Initiative bindet und ihre Selbstachtung herabdrückt, oder dadurch, daß man eine Auswahl aus schwächeren, weniger entwickelten Persönlichkeiten trifft.

Im großen gesehen, zeigt die Arbeiterbewegung, daß es dem modernen Proletariate durchaus nicht an Sinn für den unverlierbaren Wert der höheren persönlichen Eigenschaften und die entscheidende

Bedeutung der geistigen Produktivkräfte fehlt. Die Treue gegen die großen sozialdemokratischen Denker und Führer und gegen ihre Lehren beweist dies zur Genüge. Die Gefahr liegt zunächst in der neuesten syndikalistischen Irrlehre (die auch unter jüngeren Sozialdemokraten nicht ganz ohne Wirkung geblieben ist), daß in dem Anerkennen der persönlichen Ungleichheiten der Menschen, und dem Einrichten der sozialen Praxis danach, etwas Undemokratisches liege. Robert Michels leiht dieser naiven Auffassung seine wissenschaftliche Autorität, und in Georges Sorels proletarischem Evangelium ist sie das A und das O.

Weil Demokratismus nicht Proletarierherrschaft, sondern eine Staats- und Gesellschaftsleitung ist, in welcher alle gesunden Menschentypen der Gesellschaft, die der „Aristokraten" mit eingerechnet, den ihnen gebührenden Einfluß haben, ist die Demokratie ohne ein innerhalb der Massen vorhandenes klares Hochschätzen der „aristokratischen" Menschentypen und der höchsten Kulturwerte ganz unmöglich. Ein in der Tiefe wurzelnder Aristokratismus ist das Salz des lebenskräftigen Demokratismus.

Diejenigen, welche sich vorstellen, daß die wahre Demokratie darin bestehe, daß das ganze Volk die politische Macht direkt ausübt oder Parlament, Regierung und Beamtenschaft beständig in unmittelbarer Weise beeinflußt und kontrolliert, werden natürlich in dem Vorhandensein politischer Leiter und Funktionäre eine im Grunde undemokratische Erscheinung sehen. Sie werden, wie der oben angeführte Robert Michels, mit scharfer Betonung hervorheben, daß innerhalb der Demokratie eine rein persönliche Macht von diesen Führern und Funktionären ausgeübt wird und daß die Demokratie infolgedessen einer Herrschaft Weniger, einer Oligarchie habe Platz machen müssen.

Wenn diese Kritiker gewahren, daß es dem Demokratismus in großen, verwickelten Gesellschaftsverhältnissen immer auf diese Weise ergeht, so schließen sie daraus, daß die Demokratie eine Unmöglichkeit sei — unmöglich in andern als kleinen, primitiven Gesellschafts-

verhältnissen. Oder man erklärt, daß die Demokratie durchaus kein soziales Fortschritts- und Freiheitsideal sei — da sie ja unter modernen Sozialverhältnissen ein direktes Ausüben der Gesellschaftsmacht durch das ganze Volk nicht bedeuten könne.

Von der einen Seite ertönt es: die Demokratie ist ein Ideal, das sich aber leider nicht verwirklichen läßt! Von der anderen Seite her heißt es: die Demokratie ist gar kein Ideal, sie ist nur ein anderer Name für Oligarchie, für das Unterdrückt- und Ausgebeutetwerden der Massen durch Führer und Funktionäre. Die neuesten Freiheitsfreunde (die Syndikalisten und andere anarchisierende Sozialisten) bekämpfen die Demokratie ebenso energisch, wie sie die gegenwärtige Klassengesellschaft bekämpfen. Ihnen ist das Wort „Demokratie" ein ebenso verhaßtes Wort wie „Bourgeoisie" oder „Kapitalismus" oder „Monarchie".

Mit diesen soziologisch äußerst oberflächlichen und falschen Anschauungen befindet man sich auf einem Wege, welcher zu nichts anderem als zu kleinbürgerlich reaktionären Experimenten oder zu anarchistischen Bestrebungen führen kann — beides gleich hoffnungslose Dinge und daher dem wirklichen Fortschritte der Arbeiterklasse gleich hinderlich.

Wir können von der Demokratismusform, die sich durch hochentwickeltes Repräsentativsystem, Führerschaft und Funktionärwesen auszeichnet, nicht loskommen. Wir können nicht umhin, eine bedeutende soziale Macht in den Händen einer kleinen Anzahl zu lassen. Aber wir können es vermeiden, eine schlechte Personenauswahl zu treffen, und wir können umhin, diese zeitweiligen Machtinhaber zu lebenslänglichen Machtinhabern zu machen — wenn sich herausstellt, daß andauerndes Besitzen der Macht sie zu schlechten Dienern des allgemeinen Besten macht.

Der Demokratismus, welcher beim ersten Anblicke des speziellen Organisationsproblemes, das in der Frage der sozialen Machtausübung der Führer und der Funktionäre liegt, gleich die Flinte ins Korn wirft, steht auf sehr schwachen Füßen. Im Grunde haben wir es hier mit einer Unfähigkeit zu tun, und zwar mit der Unfähigkeit, die Notwendigkeit der freien Persönlichkeit in den sozialen Gruppen,

welchen die Nation Gesetzgebungsmacht, Exekutivmacht und Verwaltungsmacht überlassen muß, zu verstehen. Es ist eine unerläßliche demokratische Forderung, daß diese Funktionäre vom ganzen Volke dazu ausersehen werden, daß ihre Ämter nicht erblich sind, daß sie nicht auf Lebenszeit angestellt werden und daß sie aus ihren Ämtern entfernt werden können, wenn dies der Nation nötig erscheint. Aber es ist keineswegs demokratisch, diejenige Herrschaft Weniger, diejenige Oligarchie, zu bekämpfen, welche in nichts anderm besteht als in diesem, daß vom Volke erwählte und von ihm absetzbare soziale Funktionäre mit persönlicher Kraft und Eigenart die ihnen anvertrauten Ämter verwalten.

Der gesamte Volkswille muß die allgemeinen Grundlinien der Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungstätigkeit feststellen; aber unter großen Sozialverhältnissen ist der Volkswille nicht imstande, die Verwirklichung jener leitenden Ideen im einzelnen zu bestimmen, und kann daher nur schädlich wirken, wenn er in die Tätigkeit der mit der Detailarbeit betrauten Volksvertreter und Funktionäre eingreift. Es muß zugegeben werden, daß diese Tätigkeit mit einer sozialen Machtausübung gleichbedeutend ist. Und es muß auch eingestanden werden, daß in zahlreichen Fällen Meinungsverschiedenheiten über die Maßregeln und Auffassungen der Volksvertreter, der Regierungsmitglieder oder der Verwaltungsbehörden entstehen müssen. Die große Masse der nicht sachkundigen, außenstehenden Mitbürger muß sich in der demokratischen Tugend üben, vorläufig, bis die Erfahrung zeigt, wer hier recht hat, das Bestimmungsrecht unverletzt in den Händen derjenigen zu lassen, welchen das Vertrauen, es im Interesse der Öffentlichkeit auszuüben, erteilt worden ist. Es ist eine wahrhaft demokratische Herrschertugend, solche Selbstbeherrschung zu üben und nicht die Volksmeinung zu unrechter Zeit die eigenen Vertrauensmänner des Volkes überstimmen zu lassen.

Dies ist eine „Herrschaft Weniger" — denn es ist eine soziale Machtausübung einer kleinen Anzahl Bürger über die große Masse ihrer Mitbürger. Aber es ist eine soziologisch notwendige, eine sozial gesunde und nützliche „Oligarchie". Nur derjenige, welcher ein Sklave

der Phrase ist und nicht in das wirkliche Wesen und den wirklichen Bau des Demokratismus hat eindringen können, kann hierin etwas an sich sozial Bedenkliches oder prinzipiell Undemokratisches finden.

Selbstverständlich ist jedoch, daß diese „Oligarchie" sowohl an die machtbesitzenden Funktionäre wie an ihren Herrn, das souveräne Volk, die größten moralischen Anforderungen stellt. Und die ganze Debatte zeigt im Grunde nur, daß wir über die Wege und Möglichkeiten des Demokratismus nicht argumentieren können, ohne eine bedeutungsvolle sozial-ethische Entwicklung des ganzen Volkes vorauszusetzen. Der Demokratismus ist ein ethisches Problem, weil er ein soziologisches ist. Wer dies nicht sehen will, der gerät notwendigerweise in gänzlich falsche Auffassungen hinsichtlich der richtigen Lösung des praktischen Problems des Demokratismus.

6. Die Möglichkeit der Demokratie

Es scheint mir das Tragende im wirklichen Demokratismus (wie ich ihn hier aufgefaßt habe) zu sein, daß er jegliche Klassenherrschaft, Parteiherrschaft und Gruppenherrschaft in der Gesellschaft prinzipiell verwirft — auch die reine Mehrheitsherrschaft. Das, was die Mehrzahl will, die Minderzahl aber verwirft, ist nicht der Ausdruck des Willens der ganzen Nation — der doch, wie der Demokratismus fordert, jeder Beschluß in öffentlichen Angelegenheiten soweit, wie es möglich ist, sein soll. Der Mehrheitsbeschluß mag als Ausgangspunkt gelten. Aber die endgültige Entscheidung muß soweit, wie die Natur der Sache es zuläßt, nach der Richtung hin modifiziert werden, welche die Minderzahl fordert — unter angemessener Berücksichtigung der Größe dieser Minderzahl und des inneren Wertes ihres Standpunktes, vom Gesichtspunkte des Gemeinwohles aus betrachtet.

Schon in den gegenwärtigen, nichts weniger als demokratisch organisierten Staaten zeigt die politische Praxis in unzweifelhafter Weise, daß es zahlreiche Fälle gibt, in welchen ein Ausgleichen oder ein Kompromiß zwischen verschiedenartigen Bestrebungen möglich

ist und ein vernünftiges praktisches Resultat herbeiführt. In vielen Fällen geht die Erfahrung allerdings in entgegengesetzter Richtung. Und es läßt sich ja nicht bestreiten, daß Kompromisse allgemein als das Verderben des politischen Lebens betrachtet werden und geradezu als unmoralisch gelten. Prinzipientreue wird als vornehmste Tugend eines Politikers angepriesen — und natürlich stets mit Recht, wenn es sich um Festhalten an Prinzipien handelt, durch welche sich das allgemeine Beste wirklich fördern läßt. Aber in der gegenwärtigen Gesellschaft bedeutet Prinzipientreue oft nichts anderes als ein Festhalten an Prinzipien, vermittelst welcher Klassen oder Gruppen innerhalb der Gesellschaft ihre Sonderinteressen am besten fördern zu können glauben. Die Kompromisse werden getadelt, weil man darin eine Treulosigkeit gegen reine Partei-, Klassen- oder Gruppeninteressen sieht — die jedoch mit den höchsten allgemeinen Gesellschaftsinteressen nicht identisch sind. Klare Auffassung und systematisches Verstehen des wirklichen Demokratismus sind eben recht selten anzutreffen.

Ein Urteil über den politischen Kompromiß wie das eben besprochene dürfte in der Regel aus einer (wenn auch unbewußt) rein undemokratischen Grundauffassung herrühren. Man will, daß die Wünsche einer oder der andern Gesellschaftsklasse oder Parteirichtung geltendes Gesetz werden sollen, und zwar ohne durch Rücksicht auf andere Parteien oder Klassen abgestumpft zu werden. Man will also Klassenherrschaft, Parteiherrschaft, Mehrheitsherrschaft, nicht Demokratismus. Es ist daher notwendig, sich klar zu machen, wie sich der politische Kompromiß zu dem wirklichen Demokratismus verhält.

Demokratie und Unduldsamkeit, Demokratie und rücksichtslose Herrschsucht schließen einander aus. Demokratie und soziale Unwissenheit, Demokratie und soziale Voreingenommenheit, Demokratie und blinde soziale Parteilichkeit sind miteinander unvereinbar. Dem Demokratismus entstehen daher Hindernisse an allen den jetzt bestehenden Sozialverhältnissen, welche die Gesellschaft in gebildete und ungebildete, herrschende und unterdrückte, wirtschaftlich mächtige und wirtschaftlich ohnmächtige, arme und reiche Klassen zersplittern. Solche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Trennung

der Menschen kann, wie die Erfahrung beweist, unmöglich etwas anderes erzeugen als Vorurteil, Unduldsamkeit, Rücksichtslosigkeit und Übelwollen zwischen großen Mitbürgergruppen und sie danach begierig machen, einander möglichst von jeglichem Einflusse auf die öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen.

Es ist also nicht richtig, die Möglichkeit des Demokratismus ausschließlich unter Berücksichtigung der speziellen Schwierigkeiten, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen zeigen, zu beurteilen. Diese Schwierigkeiten sind eine Sache für sich. Sie bedeuten, daß die Gesellschaft Schritt für Schritt den Armutsdruck, die wirtschaftliche Abhängigkeit und die Ungleichheiten im Bildungsniveau verringern muß, um sich der Homogeneität des Menschenmateriales und der Solidarität zwischen den Gesellschaftsklassen zu nähern, welche notwendige Bedingungen des Demokratismus in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung sind. Wenn wir zu einer völlig demokratischen Gesellschaftsordnung gelangen wollen, müssen wir an solchen Sozialreformen arbeiten, welche die niedrigsten wirtschaftlichen und kulturellen Lebensniveaus nach oben hin nivellieren, die Abhängigkeit des einen Bürgers von der Willkür des andern verringern und dadurch die Gesellschaftsordnung selbst immermehr zu einer Schule demokratischer Anschauungsweise und demokratischer Tendenzen machen.

Es ist gänzlich nutzlos, die Möglichkeit des Demokratismus zu diskutieren, ohne mit der Möglichkeit einer Sozialreform und Volkserziehung zu rechnen, welche in allen Klassen immer größere Voraussetzungen zu demokratischer Gesinnung erschaffen. Die alte sozialdemokratische (Marrsche) Katastrophen- und Revolutionstheorie („die revolutionäre Diktatur des Proletariats") zeigt den tiefgehenden Fehler, daß sie auf die Annahme baut, daß die Klassenherrschaft des Proletariates zu einer wunderbar eilfertigen Selbsterziehung dieses Proletariates nach der radikalsten demokratischen Richtung hin führen werde. Die einzige Alternative ist, daß Marx sich „das Proletariat" als schon vor der Revolution alle die höchsten demokratischen Tugenden besitzend vorgestellt hat — eine Annahme, die wiederum mit der „Verelendungstheorie" nicht stimmen will.

Mir scheint das letztere soziale Wunder ebenso unmöglich wie das erstere zu sein. In unsern Tagen meint der syndikalistische Lehrvater Georges Sorel, daß die revolutionäre Begeisterung dem Proletariate jenen ungeheuren geistigen Aufschwung geben werde, welcher, seiner Ansicht nach, zum Durchführen der syndikalistischen Gesellschaftsordnung erforderlich ist. Aber Sombart fragt ihn mit Recht, wie es möglich sein werde, diesen ethischen Hochdruck auch in dem auf das reinigende Gewitter der Revolution folgenden Alltagsleben zu bewahren. Meinen wir es ernst mit unserm demokratischen Streben, so können wir es nicht auf irgendeinen sozialen oder ethischen Wunderglauben bauen. Wir müssen uns eine Entwicklung — nicht notwendigerweise eine langsame Entwicklung — zu immer vollständiger werdendem Demokratismus denken können, und wir müssen unsere soziale Politik nach dieser unserer Vorstellung oder Theorie einrichten.

Solange, wie die gegenwärtigen sehr großen Ungleichheiten zwischen dem Bildungsniveau, der Lebenshaltung, der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der wirtschaftlichen Macht verschiedener Gesellschaftsklassen vorhanden sind, stehen die verschiedenen Schichten der Gesellschaft einander sowohl in ihren Anschauungen wie in ihren Interessen viel zu fern und viel zu sehr im Widerstreite, als daß ein gegenseitiges Verständnis und völlig rationelle Ausgleiche oder Kompromisse möglich wären. Eine undemokratisch aufgebaute Bevölkerung erweist sich als ein Hindernis einer demokratischen Praxis. Dagegen wird das Problem der demokratischen Praxis ohne Zweifel ganz anders, nachdem die verschiedenen Elemente der Bevölkerung einander in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nähergetreten sind.

Meinungsverschiedenheiten wird es stets geben, aber in der demokratischen Gesellschaft werden sie zu Verschiedenheiten zwischen wirklichen Meinungen über das Gemeinwohl werden. Eine lange soziale Selbsterziehung unter äußerlich demokratischen Gesellschaftsverhältnissen wird erforderlich sein, ehe sich dieser reife Demokratismus in der Gesinnung erreichen läßt. Jetzt haben wir es meistens mit den Verschiedenheiten zwischen den Ansichten der kämpfenden Interessen-

gruppen über das, was jeder dieser Gruppen den größten Vorteil bringt, zu tun. Große Ungleichheiten in natürlichen Anlagen und sozialen Funktionen werden die demokratische Gesellschaft ebenso wie die jetzige in verschiedene Klassen, Gruppen oder Parteien, deren Anschauungen voneinander abweichen, teilen. Wenn sich aber alle diese Klassen, Gruppen oder Parteien in der reifenden demokratischen Gesellschaft, der Annahme nach, über die Bedeutung und den fundamentalen Wert des Demokratismus einig sind, so können sie unmöglich unterlassen, billige Rücksicht aufeinander zu nehmen und gemeinschaftlich tätig zu sein, um solche politische Vorkehrungen zu treffen, die möglichst getreu die wirklichen Anschauungen innerhalb der ganzen Nation widerspiegeln. Vielleicht wird niemand seinen Willen ganz und gar durchsetzen können. Aber jedermann weiß, daß man seinem Willen zureichende Rechnung getragen hat und daß das Abweichen des Ergebnisses von seinen Wünschen an dem Vorhandensein anderer Willensrichtungen liegt, die ebenso gutes Recht wie die seine darauf haben, mit in Rechnung gezogen zu werden. Der uns Bürgern der undemokratischen Gesellschaft so naheliegende Gedanke, daß unter solchen Verhältnissen alle unzufrieden sein müßten, beruht darauf, daß es uns so schwer wird, uns Menschen in einem andern Falle, als dem des Alleinherrschens ihres Willens in der Gesellschaft, politisch zufrieden vorzustellen. Aber dieses brutale Beiseiteschieben der andern Willensrichtungen ist ja die Verneinung des Demokratismus.

Es läßt sich freilich nicht ändern, daß die wirklich undemokratisch Gesinnten in der wirklich demokratischen Gesellschaft unzufrieden sein werden — wie die Demokraten in der gegenwärtigen undemokratischen Gesellschaft unzufrieden sind. Das Urteil über diese beiden politischen Hauptrichtungen wird die Gesellschaftsentwicklung selber sprechen, wenn sie zeigt, welches jener beiden Systeme uns die stärkste Gesellschaftsordnung, den höchsten und gesichertesten allgemeinen Wohlstand und die lebenskräftigste reichste Kultur gibt. Was einst die Feudalgesellschaft und jetzt die Kapitalistengesellschaft in diesen Beziehungen haben geben können, das kennen wir.

Ich stelle mir also unter dem Demokratismus eine Regierungsweise vor, welche in höchstem Grade auf der Verwertung persönlicher Tüchtigkeit und Selbständigkeit basiert — ein System sorgfältig ausgewählter, in ihrer Tätigkeit persönlich freier und durch ihre Werke und deren soziale Ergebnisse unerläßlich verantwortlicher öffentlicher Funktionäre. Ich glaube durchaus nicht an die Möglichkeit guter Politik und guter Verwaltung als Produkte einer unpersönlichen Herrschaft der Massen. Wir erhalten auf keinem andern Lebensgebiete ein gutes Arbeitsresultat, wenn wir nicht dafür sorgen, daß die Arbeit durch Menschen, die ihre Individualität in sie hineinlegen, ausgeführt werden kann. Vom demokratischen Gesichtspunkte aus hat dieses Prinzip überdies die unschätzbaren Verdienste, daß es auch in dem, was die politisch fungierenden Mitbürger anbetrifft, dem Grundgedanken des Demokratismus treu bleibt, und daß es das Problem des praktischen Demokratismus vereinfacht.

„Diener" in der Demokratie sein, heißt Diener der Nation sein und sich des Rechtes auf freie Persönlichkeitsentwicklung in seiner Arbeit und durch sie zu erfreuen, jenes Rechtes, das eine Grundforderung der Demokratie für alle ihre Bürger ist. „Herr" in der Demokratie sein, heißt Anteil an der Autorität besitzen, mit welcher das ganze Volk seine politischen, wirtschaftlichen und, hinsichtlich gewisser Mindestmaße, auch kulturellen Verhältnisse leitet und überwacht. Als spezialisierter Arbeiter oder Funktionär diene ich dem Herrn aller, der Nation, dem Staate. Als Mensch und Bürger beteilige ich mich am Ausüben der Staatsgewalt, dessen Zweck die Pflege der höchsten gemeinsamen Interessen aller ist. In der Demokratie ist niemand davon befreit, daß er während eines Teiles seiner Lebenszeit seinen Mitbürgern dient. Aber kein solcher Diener ist vom Anteile an der Macht, welche allein in höchster Instanz dieses Dienstverhältnis reguliert, ausgeschlossen.

Solcher Art ist, wie mir scheint, das Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinsichtlich seiner demokratischen Seite. Es ist eine Gesellschaftsordnung, deren Freiheitsbegriff sich in dem Anerkennen des Rechtes jedes einzelnen auf die vollständigste mögliche Entwicklung der guten persönlichen Kräfte konzentriert hat. Es ist

eine Gesellschaftsordnung, deren Ordnungsbegriff in dem Satze zu finden ist: „das Volk als Ganzes soll der einzige politische und wirtschaftliche Machthaber sein". Die Freiheit des einzelnen soll keine anderen Grenzen haben als diejenigen, welche durch die Rücksicht auf das allgemeine Beste und auf das Verbleiben der entscheidenden Gesellschaftsmacht in den Händen des ganzen Volkes bedingt werden.

Eine solche Gesellschaftsordnung wird nicht nur jedem Bürger die denkbar kräftigste Stütze seines Wohlstandes und seiner Freiheit geben, sondern wird auch die höchsten Anforderungen an seine Berufstüchtigkeit, seinen Gemeingeist und seine sittliche Kraft überhaupt stellen. Es genügt nicht, die stürmische Begeisterung eines Revolutionärs zu besitzen. Hier handelt es sich um etwas viel Wichtigeres als „Revolution machen". Wir brauchen Menschen, die intelligent genug sind, um die wirklichen Eigentümlichkeiten der Demokratie klar zu fassen, und die auch altruistisch und sittlich reif genug sind, um in der Alltagspraxis unablässig und ehrlich die mit Selbstgerechtigkeit, Vorurteil, Herrschsucht und Schmarotzerei absolut unvereinbaren Grundsätze des Demokratismus anzuwenden.

Die Klassenherrschaft der Massen erfordert nicht notwendig das Heben der Massen über das sehr niedrige geistige und sittliche Niveau der gegenwärtigen Herrscherklassen. Demokratie ist dagegen ohne das Emporsteigen der Massen über jenes Niveau undenkbar. Vielleicht stehen sie teilweise schon über ihm. Gewiß ist, daß die soziale Intelligenz und die soziale Moral der jetzt herrschenden Klassen sehr primitiv sind. Ohne daß wir mit aller Macht bewußt daran arbeiten, wirklich demokratische Anschauungen und eine wirklich demokratische Gesellschaftsmoral bei den großen Massen zu entwickeln, sind wir kaum dazu berechtigt, so tiefgehende und dauernde Gesellschaftsverbesserungen zu erwarten, wie die sind, nach welchen die Sozialdemokratie strebt und die sie uns verspricht.

Mancher Sozialdemokrat wird, wenn er meiner Argumentierung soweit gefolgt ist, jetzt gewiß geltend machen wollen, daß die Arbeiterbewegung das notwendige Maß an revolutionärer Stoßkraft verlieren müßte wenn sie sich schon unter den jetzigen Gesellschafts-

verhältnissen in die wahrhaft demokratischen Anschauungen einzuleben suchte und sich ehrlich bemühte, sie in dem sozialen Kampfe anzuwenden.

Es ist unumstößliches Faktum, daß wir in der Gesellschaft der Massenarmut, in der Gesellschaft der klassenegoistisch ausgenutzten Eigentumsmacht und der uralten Klassenvorurteile, leben. Alle Sozialdemokraten sind in dem Sinne Revolutionäre, daß sie sich mit keinem anderen Ziele ihres Strebens, als der vollständigen Beseitigung der Armut und der willkürlichen Eigentumsmacht, begnügen wollen. Eine Gesellschaftsordnung, welche das Erreichen dieses Zieles bedeuten würde, wäre eine Umwälzung der bestehenden wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung. Da wir darüber einig sind, daß diese soziale Revolution kommen muß und kommen wird, haben wir uns nur noch über die Frage zu einigen, wie wir uns ihr Herannahen und ihre Durchführung denken müssen.

Der Grundsatz, daß wir beim Beantworten dieser Frage uns auf die Sozialwissenschaft und nicht auf irgendwelche willkürliche Spekulationen oder Utopien stützen müssen, hat ja schon seit dem Jahre 1847, als Marx sein „Kommunistisches Manifest" schrieb, ein Kennzeichen der sozialdemokratischen Anschauung ausgemacht. Jetzt wissen wir freilich, und gestehen es auch ein, daß die dem Soziologen Marx eigentümliche soziale Entwicklungstheorie — das naturnotwendige, vollständige Reifwerden der sozialistischen Gesellschaftsordnung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und das plötzliche Auseinanderspringen dieser Gesellschaft wie eine lebloseze, zu eng gewordene Schale — in einigen wichtigen Punkten nicht durch die wirtschaftliche Entwicklung nach den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bestätigt worden ist. Wir können nicht über die Tatsache hinweg, daß die Wissenschaft unmöglich Marxens wirtschaftliche Evolutionstheorie in jeder Beziehung gutheißen kann und daß starke wissenschaftliche Gründe für eine ganz andere Auffassung sprechen.

Dieser letzteren gemäß haben wir durchaus keine naturnotwendige, plötzliche Gesellschaftsumwälzung zu erwarten, sondern nur eine mehr oder weniger schnell und gleichmäßig fortschreitende Veränderung in sozialistischer und demokratischer Richtung. Wir haben es

nun mit einer sozialen Veränderung zu tun, in welcher die soziale Selbsterziehung der Arbeiterklasse und ihr planmäßiges politisches Eingreifen so entscheidende Bedeutung haben, daß wir nicht länger von einer rein „naturnotwendigen" Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen reden können. Die „blinden" sozialen Entwicklungskräfte sind zwar in unzweideutiger Weise nach einer sozialistischen und demokratischen Richtung hin tätig. Aber wir müssen doch selber dafür sorgen, daß das Resultat sobald wie nur möglich das radikale Ausrotten der Armut und der wirtschaftlichen Unfreiheit ist. Sonst kann es wohl sein, daß die Klassen, welche jetzt die Macht besitzen und von alters her ans Regieren gewöhnt sind, Auswege finden, um großen Teilen der jetzigen besitzlosen, um Lohn dienenden Klassen sowohl die Armut wie die Unfreiheit auf lange Zeiten hinaus in großem Umfange zu „erhalten". An dem guten Willen zu derartiger „gesellschaftserhaltender" Tätigkeit wird es innerhalb der Oberklasse nie fehlen. Es fragt sich nun, mit welcher Kraft die Unterklasse ihren Revolutionsgedanken durchsetzen kann.

Wenn man es, wie ich glaube, als wissenschaftlich beweisbar ansehen darf, daß eine derartige Kraftmessung zwischen Ober- und Unterklasse ein Faktor ist, mit welchem die Sozialdemokratie zu rechnen hat, so kann man wohl die Frage aufwerfen, ob die Arbeiterklasse, um den harten undemokratischen Kampfmethoden der Oberklasse entgegenzutreten, nicht ebenfalls harte, undemokratische Kampfmethoden benutzen müsse. Es ist hier im Leben ja leider oft so, daß derjenige, welcher gegen einen rücksichtslos Macht und Gewalt anwendenden Gegner kämpfen muß, sich gezwungen sieht, zu Waffen ganz derselben Art zu greifen. In einem Zweikampfe hängt die Waffenwahl des einen Kämpfers teilweise von der des anderen ab, besonders wenn dieser rücksichtslos zu jeglichem Gewaltmittel greift, das ihm zur Verfügung steht und das ihm seine Übermacht zu sichern scheint.

Nun fragt es sich: ist streng demokratische Taktik nicht die schwächere Waffe in der Hand der Arbeiterklasse, wenn die Oberklasse sich zum Aufrechterhalten einer undemokratischen Gesellschaftsordnung undemokratischer Kampfmethoden bedient? Ist es nicht am ratsamsten,

ganz einfach nach Mehrheitsherrschaft in der Gesellschaft zu streben und diese Machtstellung mit eiserner Konsequenz zur Errichtung derjenigen wirtschaftlichen und politischen Institutionen auszunutzen, welche der Arbeiterklasse eine sichere Schutzwehr gegen Armut und Unfreiheit zu sein scheinen? Diesen Gedankengang hat ja Karl Marx verfolgt, wenigstens während der Periode, in welche die Abfassung des „Kommunistischen Manifestes" fällt.

Was mich anbetrifft so glaube ich, daß der Demokratismus durch Demokratismus siegen muß. Und ich glaube nicht an die Möglichkeit eines Übergangsstadiums, das auf diese oder jene Weise mit der „revolutionären Diktatur des Proletariates" oder der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse in der Gesellschaft gleichbedeutend wäre. Meine Gründe hierzu dürften sich in der Hauptsache schon aus dem Vorhergegangenen ergeben haben. Ich kann sie jetzt in einigen kurzen Sätzen zusammenfassen.

Der Demokratismus bedeutet vor allem einen rein moralischen Fortschritt, welcher vielleicht lange Zeit in Anspruch nehmen muß und der in jedem Falle sowohl von der Arbeiterklasse wie von der ganzen Nation ununterbrochene Erziehungsarbeit fordert.

Die sittliche Überlegenheit des Demokratismus über das gegenwärtige, in politischer und ganz besonders in wirtschaftlicher Beziehung undemokratische Gesellschaftssystem ist vielleicht der allerbedeutungsvollste Machtfaktor, mit welchem wir in der vorsichgehenden Gesellschaftsevolution zu rechnen haben. Die sozialen Zwischenklassen die zwischen dem Anschlusse an die Arbeiterpartei und dem Übergehen zur Eigentumspartei die Wahl haben, lassen sich nur durch ein schon jetzt stattfindendes durchaus folgerichtiges Anwenden der Grundsätze des reinen Demokratismus für die Sache der Arbeiterpartei gewinnen. Dasselbe gilt hinsichtlich der höher Entwickelten innerhalb der Eigentumspartei und der Oberklasse. Ein absolutes „materialistisches" Gebundensein in diesen Dingen existiert nicht — weder für die Klassen noch für die Individuen.

Die sozialistische und die demokratische Gesellschaft kann der höheren technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Talente, die

in der gegenwärtigen Gesellschaft beinahe ausschließlich innerhalb der Oberklasse zu finden sind, nicht entbehren. Diese müssen zu überzeugten Dienern einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft erzogen werden, damit sie nicht außerhalb des Ideenkreises dieser, als ihre gefährlichsten Feinde, bleiben. Das einzige wirksame Erziehungsmittel dürfte hierbei die zunehmende Anwendung wirklich demokratischer Methoden schon in der gegenwärtigen Gesellschaft und in dem Interessen- und Klassenkampfe zwischen Oberklasse und Unterklasse sein — natürlich so weit solches nicht durch Gewaltstaktik und konservativen Fanatismus der Gegner des demokratischen Fortschrittes absolut unmöglich gemacht wird.

Diesen muß es überlassen bleiben, die undemokratischen Traditionen aufrecht zu halten und eine wachsende demokratische Mehrheit zu Notwehrmaßregeln zu zwingen. Derartige Maßregeln werden indessen niemals ein Aufgeben der Grundsätze des Demokratismus innerhalb derjenigen Gesellschaftsklassen bedeuten, welche sich die Verwirklichung des Demokratismus als Ziel gesetzt haben, aber vernünftigerweise nicht erwarten können, es ohne einen Kampf zu erreichen, dessen Methoden teilweise der Gegner bestimmt.

Weil die Gesellschaftsentwicklung beständig weitergehen muß und die demokratische Gesellschaft also selber nichts anderes ist als eine Phase der Gesellschaftsentwicklung, muß der ethische Wert des Demokratismus zum großen Teile darin liegen, daß er den sozialen Entwicklungskampf selbst auf ein höheres ethisches Niveau erhebt. Dies bedeutet nicht, daß die kämpfende Arbeiterklasse irgendwelchen Mangel an Kraft, Entschlossenheit und Prinzipientreue zeigt, wohl aber, daß sie mitten im Kampfe ihre eigene soziale Moral zu heben sucht. Der unvermeidliche Klassenkampf wird dann eine allerdings harte, aber doch kräftig erziehende Schule höherer Bürgertugend werden.

Die Frage, ob die Entwicklung zu der armutfreien, völlig demokratischen Gesellschaft hin mit einer revolutionären Krisis abschließen werde oder nicht, hat im Grunde sehr untergeordnete Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß diese Entwicklung beschleunigt und durch eine sich ihres Zieles bewußte sozialistisch-demokratische Politik geleitet wird. Der Hauptzug dieser Politik muß darin bestehen, daß alle die

schlimmsten Formen des Armutselendes und der sozialen Unfreiheit schon jetzt direkt bekämpft werden. Durch das Aufstellen und Durchsetzen anständiger Mindestmaße der Arbeitslöhne, Arbeitsbedingungen, Wohnungsverhältnisse, Kinderpflege, Volkserziehung, Fachbildung, Krankheits-, Unfalls-, Invaliditäts- und Altersversicherung sowie auch der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Mutterschaft usw. zwingen wir die Gesellschaft schrittweise dazu, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse mit Berücksichtigung der Ansprüche aller auf ein Minimum an Wohlstand und Kultur einzurichten. Dann gilt es, dieses Minimum Schritt für Schritt immermehr über die Grenzlinie, welche gegenwärtig das Armutsniveau bezeichnet, zu erhöhen.

Nicht durch zunehmendes Elend und zunehmende Herabwürdigung, sondern durch wachsenden Wohlstand und zunehmende Kultur wird man die Massen der Besitzlosen für die „soziale Revolution" gewinnen — d. h. ihnen eine tragende Überzeugung von der Notwendigkeit einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung an der Stelle der auf unbeschränkter Herrschergewalt des Privateigentumes basierten einflößen. Wenn es sich deutlich herausstellt, daß der steigende Wohlstand und die wachsende Kultur der Massen sozialistischen und demokratischen Reformen und Regulierungsmaßregeln zu verdanken sind, dann wird das Band zwischen den Massen und der Sozialdemokratie unzerreißbar. Diejenigen, welche dank der Politik jener in Staat und Kommune bereits auf gutem Wege sind, eine durchaus menschenwürdige Existenz zu erlangen, werden nicht zaudern, die politischen Maßregeln zu unterstützen, welche sich zur Sicherstellung der gewonnenen Vorteile und zu ihrer noch weiteren Steigerung nötig erweisen. Der schließliche Kampf zwischen demokratischem Sozialismus und oligarchischem Kapitalismus wird dann so ausgekämpft werden, daß auf der einen Seite eine Mehrheit steht, deren Wohlstand bereits tatsächlich an die Gesellschaftsinstitutionen des demokratischen Sozialismus gebunden ist, und auf der andern Seite eine Minderzahl, deren Reichtum und Macht unauflöslich mit den Institutionen des Privatkapitalismus verknüpft sind.

Wer kann über den Ausgang der Kraftmessung im Zweifel sein? Führt sie zu einer Krisis mit Expropriationen und einer radikalen Um-

wälzung des ganzen Eigentumsrechtes, so wird dieses soziale Revolutionswerk von einer physisch und moralisch gesunden, politisch geschulten und sich ihrer Kraft bewußten, über die praktische Bedeutung des Sozialismus und des Demokratismus gut unterrichteten Volksmajorität ausgeführt, in welcher die wirkliche Geistesaristokratie der Nation sicherlich stark vertreten sein wird.

Die „soziale Revolution" ist keine Naturkatastrophe, sondern ein soziales Werk, bei dessen Durchführung die guten persönlichen Kräfte innerhalb der ganzen Nation eine Hauptrolle spielen müssen. Die Arbeit der Sozialdemokratie muß sich vor allem auf eine soziale Politik richten, welche diese rein persönlichen Faktoren der sozialistischen und demokratischen Entwicklung heranbildet.

III

Einige innere Probleme der modernen Demokratie

1. Die äußeren und inneren Probleme der Demokratie

Die Lebensfragen des modernen Demokratismus gehören zwei Haupttypen an, welche wir äußere und innere nennen können. Wir haben uns bisher hauptsächlich mit den äußeren beschäftigt — d. h. mit dem theoretischen und praktischen Kampfe der an dem Durchbruche und der Entwicklung der Demokratie in vitaler Weise interessierten Gesellschaftsklassen gegen die undemokratischen Züge der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und gegen diejenigen Gesellschaftsklassen, welche infolge ihrer sozialen Traditionen und Interessen Feinde des Demokratismus sind. Hierbei haben wir es freilich nicht vermeiden können, auch die eigentlichen Prinzipienfragen des Demokratismus zu berühren. Nachdem wir also zu den Fragen, was Demokratie ist und was sie nicht ist und auf welche äußerlichen Hindernisse der Demokratismus in den modernen Gesellschaften stößt, Stellung genommen haben, bleibt uns die tieferdringende, psychologisch-soziologisch noch fesselndere Frage der rein psychischen Voraussetzungen und Schwierigkeiten des Demokratismus.

Eignet sich „die Menschennatur" zu wirklich demokratischem Gesellschaftsleben? Oder dürfen wir, wenn dies nicht ganz der Fall sein sollte, annehmen, daß sie sich nach dieser Seite hin entwickeln kann? Und dürfen wir annehmen, daß eine derartige seelische Veränderung einen wirklichen Fortschritt, eine Steigerung der Geistigkeit des Menschen bedeuten würde?

Von Aristophanes an, und wohl schon lange vor ihm, bis zu diesem Augenblicke hat es innerhalb der Kulturaristokratie eine Sektion gegeben, welche sowohl die soziale wie die kulturelle Lebensfähigkeit der Demokratie in Abrede gestellt hat. Und dieser Ansicht hat es nie an mehr oder minder klarbewußten Anhängern in den breiten Schichten gefehlt. Es ergibt sich ja, wie man meint, deutlich genug aus den großen weltgeschichtlichen Experimenten mit Demokratie — in der

antiken Welt, im Mittelalter, in der Renaissancezeit und nach 1789 — daß die Demokratie mit Tendenzen zu Pöbelherrschaft und Korruption gleichbedeutend ist oder, im gelindesten Falle, das Leben zu dem geistigen Durchschnittsniveau der großen Massen herunternivelliert, daß es ihr an innerer Stabilität fehlt und daß sie gewöhnlich mit irgendeinem Despotismus endet, der wenigstens dem Gesellschaftsleben die formelle Ordnung und Festigkeit gibt, welche ihm die Demokratie nicht zu schenken vermochte.

Die Demokratie wäre demnach im Grunde kulturfeindlich, da sie die Herrschaft der schwächeren Gehirne, der unreineren, unbeständigeren Willen und der unentwickelten Massen bedeutete. Das Umschlagen von Demokratie zu Despotie wäre nichts anderes als eine Äußerung des sozialen und kulturellen Selbsterhaltungstriebes der Nation.

Hinter dieser sowohl psychologisch wie historisch anscheinend recht wohl begründeten Theorie verstecken sich viele gänzlich falsche soziologische Annahmen und weltgeschichtliche Vorstellungen. Man geht ganz naiv von der Auffassung aus, daß es einen inneren Gegensatz zwischen Demokratismus und Aristokratismus gebe und daß Demokratie und Aristokratie in allen geschichtlichen Perioden wesentlich unveränderte Erscheinungen seien. Ohne jegliche soziologische Kritik betrachtet man die sogenannten Demokratien der politischen Geschichtsschreiber als reine, wirkliche Demokratien, sodaß man die Fehler dieser Demokratien dadurch erklären kann, daß sie eben nichts anderes sind als die Fehler des Demokratismus. In Wirklichkeit aber waren jene Demokratien meistens ganz typische Oligarchien, und ihre hauptsächlichen Gebrechen waren die Gebrechen des oligarchischen Despotismus. Andrerseits haben die Historiker oft die teilweise wirklich demokratischen Gesellschaftsverhältnisse in einigen monarchischen Despotien ganz übersehen und haben der absoluten Monarchie Verdienste angerechnet, welche ausschließlich dem Demokratismus zukommen.

Es ist ein Unglück, daß gerade die Wortführer der politischen Geschichte in so überwiegendem Grade diejenigen gewesen sind, welche sich bei der Diskussion dieser Probleme mit ihren Ansichten geltend

gemacht haben oder denen kritiklos nachgebetet worden ist. Sie sind sich der Begrenzung ihrer einseitig politischen Gesichtspunkte nicht bewußt gewesen. Sie haben nie geahnt, daß eine politische „Demokratie" ohne wirtschaftlichen Demokratismus gar keine wirkliche Demokratie ist. Überhaupt würden die meisten Forscher vor der Aufgabe, anzugeben, was wirtschaftlicher Demokratismus sei, in die allergrößte Verlegenheit geraten. Der dem Begriffe des Demokratismus zugrundeliegende Gedanke, daß aller wirkliche Demokratismus zugleich wirtschaftlich und politisch-rechtlich sein muß, ist den meisten unter ihnen völlig fremd. Man hat nichts Seltsames darin gefunden, von einer auf die Sklaverei der Massen oder auf Leibeigenschaft oder Eigentumslosigkeit gegründeten „Demokratie" zu sprechen. Und man hat den Demokratismus überhaupt in Verruf gebracht, indem man ihn mit den sozialen Übelständen identifiziert hat, welche von der Sklaverei, Leibeigenschaft und Eigentumslosigkeit der Massen absolut unzertrennlich sind.

Es ist klar, daß eine fruchtbringende Diskussion über die inneren Probleme der Demokratie unmöglich eher beginnen kann, als bis diese und ähnliche sozialwissenschaftlichen Primitivitäten beseitigt worden sind. Vor allem muß der vollständige, soziologische Demokratismusbegriff die unvollständigen (ausschließlich politischen, ausschließlich volkswirtschaftlichen oder ausschließlich kulturwissenschaftlichen) Begriffe vom Wesen der Demokratie ersetzt haben.

Demokratie ist die Beteiligung aller mündigen und nicht anerkannt geistig defekten Bürger an der politischen und wirtschaftlichen Machtausübung sowie auch, hierdurch und in andrer Weise, ihr Beteiligtsein an der Verantwortlichkeit für die Gesundheit und Entwicklungskraft des ganzen Kulturlebens (der Religion, der Moral, der Kunst und der Wissenschaft) innerhalb der Gesellschaft. Die Machtausübung und der Kulturaustausch zwischen den Staaten sollen hier mitgerechnet sein.

Das Eigentümliche des Demokratismus ist das Streben, jeden Bürger und jede Bürgerin zu dem Einflusse auf die Angelegenheiten der Gesellschaft zuzulassen, wozu seine oder ihre Begabung und Tüchtig-

keit ihn oder sie hinsichtlich des allgemeinen Besten berechtigen können. Der Demokratismus ist daher absolut unmöglich ohne gleiches Recht und gleiche Pflicht aller zur höchsten möglichen Erziehung und Ausbildung je nach ihren persönlichen Anlagen. Von einem gleichen Einflusse aller aber ist keineswegs die Rede — weil die Menschen nicht geistig gleich sind und ihr Einfluß auf das Allgemeine nicht Selbstzweck, sondern wesentlich Mittel zur Erlangung des höchsten möglichen Gemeinwohles sein soll.

Der Demokratismus ist also eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Massenaktivität und Massenverantwortlichkeit — zum Unterschiede von einer sozialen Aktivität und einer sozialen Verantwortlichkeit, die auf einen absoluten Monarchen oder auf gewisse Gesellschaftsklassen oder Gesellschaftsgruppen beschränkt sind. Es fragt sich daher, ob nicht die gesamte Volksmasse eines Staates, wenn sie die höchste Gesellschaftsmacht ausübt und die höchste soziale Verantwortung trägt, mit Notwendigkeit ganz andere psychische Kennzeichen aufweise als die Individuen oder die begrenzten Gruppen, welche in undemokratischen Sozialverhältnissen diese Machtfunktionen gewöhnlich zum größten Teile oder ganz allein ausgeübt haben.

Wenn wir diese Frage zu beantworten suchen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß hier unter Demokratismus die soeben definierte Volkssouveränität zu verstehen ist und nicht direkte Regierung durch das Volk selber. Wirtschaftliche und kulturelle Leiter, politische Führer und Repräsentanten und alle notwendigen Arten sozialer Funktionäre sind wesentliche Kennzeichen des Demokratismus, den ich meine. Der Unterschied zwischen dem Demokratismus und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung liegt nicht darin, daß der Demokratismus die Führer, Vertreter und Funktionäre wegfegen würde, sondern darin, daß der Demokratismus allen gleich breite Wege zu diesen Vertrauensposten öffnen und das Volk als Ganzes zum Herrn aller Funktionäre machen würde — zu einem Dienstherrn, der durch wirtschaftlichen und geistigen Wohlstand und durch Erziehung zu Selbstverantwortlichkeit in öffentlichen Angelegenheiten möglichst gut auf seine schwierigen Aufgaben vorbereitet wäre.

Demokratismus ohne systematische Selbsterziehung des ganzen

Volkes zu verantwortlicher Machtausübung ist eine Ungereimtheit. Wer die Eigentümlichkeiten des Demokratismus nach gewissen Erfahrungen über Proletariermassen, oder aus Proletariern, Kleinbürgern und Bauern gemischte Massen, die nach jahrhundertlanger greulicher Vernachlässigung und brutalster Unterdrückung plötzlich auf den Barrikaden die politische Leitung an sich gerissen haben und sie nun ganz ohne die durch Erziehung und Tradition bedingten Voraussetzungen ausüben müßten, beurteilt — der urteilt über eine Erscheinung, mit welcher wir hier nichts zu schaffen haben. Er bedient sich des Wortes Demokratie auf eine uns fremde Weise. Noch größer wird die Verwirrung dadurch, daß die meisten Geschichtschreiber von stark konservativen oder reaktionären Vorurteilen und Parteileidenschaften beherrscht waren, als sie derartige revolutionäre Bewegungen, wie z. B. die französische vom Jahre 1789 an, geschildert. Diese wurden daher in einseitig ungünstigem Lichte und mit Übersehung vieler entscheidender Züge dargestellt.

Tatsächlich kann nicht einmal eine bei allen ihren dem Soziologen auffallenden Mängeln wenigstens teilweise so sachliche und klar wissenschaftliche Untersuchung wie Gustave Le Bons *Psychologie des foules*[1] uns viel bei unserm Probleme helfen. Die ganze Untersuchung ist viel zu stark auf die sozialen Massen, welche ohne die nötige Erziehung und Vorbereitung in soziale Aktion treten, beschränkt. Dies gilt sogar von den Geschworenen, den Parlamentsmitgliedern und den politischen und kommunalen Wählern, welche Le Bon zum Gegenstande seiner speziellen Studien macht.

Es liegt jedoch nahe, anzunehmen, daß — abgesehen von dem Unterschiede zwischen dem Psychismus einer agierenden Masse und dem eines selbständig agierenden Individuums — eine nicht zu ihrer Aufgabe vorbereitete Masse in ihrem Denken, Fühlen und Handeln dieselbe Art auffallender Primitivitäten und intellektueller Mängel aufweisen müsse, wie ein freistehendes Individuum es unter ähnlichen Verhältnissen tatsächlich tut — d. h. wenn es aufgefordert oder gezwungen wird, mehr oder weniger plötzlich Stellung zu einer Frage

[1] Erste Auflage, Paris 1895

zu nehmen oder eine Handlung auszuüben, auf welche es im Grunde gar nicht vorbereitet war. Es erscheint mir also, daß Le Bon dem ganz besonderen Psychismus der Masse eine ganze Menge primitiver Züge zugeschrieben hat, die allerdings vorhanden sind, aber ihr durchaus nicht speziell angehören, sondern in gleichem Maße unvorbereitete Einzelmenschen und überrumpelte Massen charakterisieren.

In diesem Zusammenhange möchte ich noch bemerken, daß Le Bons Analyse der „parlamentarischen Massen" mir ziemlich dilettantisch und stark durch den Modejargon über die Erbärmlichkeit des Parlamentarismus beeinflußt erscheint und daß, was schlimmer ist, sie viel zu einseitig auf die ganz besonderen französischen und vielleicht auch allgemeinen romanischen Charaktereigenschaften Rücksicht nimmt. Eine gründliche Analyse des englischen Parlamentarismus hätte schon hinsichtlich des Spezialfalles „gesetzgebende Masse" ein in vielen wesentlichen Beziehungen andersartiges Bild geben müssen.

Schließlich ist zu beachten, daß Le Bons ganze Theorie über *La foule psychologique* in der Luft schwebt, weil er nicht die hier absolut unumgängliche Analyse der psychischen Wechselwirkung zwischen menschlichen Individuen überhaupt vorausschickt, also nicht in erster Linie die Wechselwirkung zwischen nur zwei Individuen in völlig ruhigen und „normalen" sowohl wie auch in mehr oder weniger erhitzenden, außerordentlichen oder sonst schwierigen Situationen bespricht. Wenn Le Bon eine solche Analyse vorgenommen hätte, so würde er schon hier in dem Verkehre unter vier Augen die Hauptzüge der psychischen Merkwürdigkeiten vorgefunden haben, die er jetzt ausschließlich bei den „heterogenen" und „homogenen", den „kriminellen" und den „heroischen" und den mehr oder weniger spießbürgerlichen und geistesarmen Massen entdeckt. Nachdem man Le Bons Buch durchstudiert hat, weiß man doch nicht, was gerade *une foule psychologique* kennzeichnet, nämlich zum Unterschiede von der psychischen Wechselwirkung zwischen Menschen, die nicht innerhalb der „Masse" vor sich geht. Mit welcher Anzahl Individuen beginnt „die Masse"? Warum gerade mit „einem halben Dutzend"?[1]

Dasjenige, was Le Bons Massenpsychologie stark irreführend macht,

[1] *Op. cit., S. 13*

ist also vor allem das Fehlen der allgemeinen Sozialpsychologie, in welcher die „Massen"-Psychologie einen Spezialfall bildet, sowie außerdem noch die mangelnde Unterscheidung zwischen der vorbereiteten, normal fungierenden Masse und der überrumpelten. Außerdem bemerken wir eine spezifisch moderne, französische Einseitigkeit im Hervorziehen typisch romanischer, rein neuropathischer Züge auf dem betreffenden Lebensgebiete. Bei Le Bon ist *la foule* nicht nur, wie es sein muß, vor allem ein Instinktwesen, sondern beinahe durch und durch ein pariserisches neuropathisches, eher in „mondainer" Weise hysterisches als eigentlich „barbarisches" Subjekt — eine Schiefheit im Gesichtspunkte, die in hohem Grade schadet, wenn es sich um eine so außerordentlich bedeutungsvolle Forschungsaufgabe rein universeller Art handelt.

Das eigentliche innere Problem des Demokratismus ist nicht das Problem der psychischen Eigentümlichkeiten einer oder der anderen Masse oder aller der verschiedenen Massen je für sich innerhalb eines Staates, sondern die Frage nach den starken und schwachen, gesunden und ungesunden psychischen Zügen der ganzen Masse des Volkes — d. h. der ganzen Masse der mündigen, sich ihrer Macht und Verantwortung bewußten und sich selber zum öffentlichen Leben erziehenden Bürger.

Die moderne Demokratie ist der moderne Nationalstaat, als Demokratie konstituiert. Der moderne Demokratismus krönt diejenige Entwicklung, welche uns die Nation oder den Nationalstaat als ethnische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit oder als sozialen Organismus gegeben hat.

Der Wert dieser, dem Demokratismus vorhergehenden Entwicklung zu nationaler Einheitlichkeit für gerade die demokratische Entwicklung läßt sich kaum überschätzen.

Diese Entwicklung und das Volkstum überhaupt werden aber gerade innerhalb der am radikalsten demokratischen Partei, der sozialdemokratischen, tatsächlich sehr unterschätzt — nämlich im Zusammenhange mit ihren übrigens sehr berechtigten und notwendigen internationalistischen Bestrebungen. Aber der Internationalismus steht

nicht im geringsten mit dem demokratischen Nationalismus in Widerspruch, sondern setzt ihn im Gegenteile voraus. Der wahre, fruchtbringende Internationalismus muß eine Wechselwirkung zwischen reifen und selbständigen, wenn auch nicht absolut auf sich selber beruhenden und noch weniger sich selber genügenden Nationalitäten sein.

Die als Staat organisierte Nation ist schon als solcher eine psychische Einheitlichkeit im tiefsten Sinne des Wortes. Die Bürger sind physisch und psychisch Verzweigungen desselben Volksstammes, leben in demselben Naturmilieu und sind Übernehmer und Verwalter desselben sozialen und kulturellen Erbes. Wenn man eine solche psychische Einheitlichkeit in ihrer Totalität als soziale „Masse" betrachtet, so bildet sie zwar eine „psychologische Masse", aber von einem ganz anderen Typus als jenem minderwertigen, den G. Le Bon in seinem Buche *La Psychologie des foules* besprochen hat. Die Nation ist durch tiefste Instinktgemeinschaft, Charaktereinheitlichkeit und sozial-kulturelle Zusammengehörigkeit organisiert. Und der Demokratismus ist nichts anderes als diejenige Gesellschaftsform, welche mit größtmöglicher Folgerichtigkeit auf dieser Gemeinsamkeit, Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit weiterbaut und danach strebt, sie zu stärken und weiter zu entwickeln.

Erst durch den radikalen Demokratismus kann der Nationalstaat aufhören, in unversöhnlich feindliche soziale Interessengruppen zersplittert zu sein. Zwischen Reichen und Armen ist auf keine andere Weise Versöhnung möglich als durch gänzliches Beseitigen der sozialen Klasse der Armen. Wir brauchen nicht alle gleich viel besitzen; aber wir müssen alle Besitzer sein und genug besitzen, um in Wohlstand und Selbständigkeit zu leben. Daher liegt in dem lärmenden „Nationalismus" der wirtschaftlich und sozialdemokratiefeindlichen Gesellschaftsklassen, der Eigentumsmonopolisten, etwas bodenlos Falsches. Sie wollen, daß es in aller Ewigkeit „zwei Nationen", wie Disraeli gesagt hat, innerhalb jeder Nation geben solle. Gesundes Volkstum und Massenarmut sind Begriffe, die einander ausschließen.

In der radikal demokratisch organisierten Nation finden alle gesunden Geistestypen ihre angemessene Ausbildung und Verwen-

dung als soziale Funktionäre mit Gehirn und Händen einerseits und als Verwalter der höchsten Gesellschaftsmacht, der Garantie der Selbständigkeit aller, andererseits.

Der demokratisch organisierte Staat auf nationaler Grundlage wäre also eine, ihrer Zusammensetzung nach sehr repräsentative und integrale Menschenmasse und wäre zugleich die am sorgfältigsten zu ihren sozialen Aufgaben erzogene und auf diese Aufgaben vorbereitete, die sich denken läßt. Dies wäre nicht der lose „Mob", von welchem wir, sowohl da, wo es paßt, wie auch da, wo es gar nicht hingehört, populäre Philosophen in der „Psychologie der Massen" beinahe ausschließlich reden hören. Eher liegen hier gewisse Ähnlichkeiten mit denjenigen sozialen Massen vor, welche wir moderne Wehrpflichtarmeen nennen — ganze Nationen geübt und organisiert zu einem der höchsten nationalen Zwecke: dem Schützen der Existenz und der Selbständigkeit des nationalen Staates. (Damit mein Beispiel brauchbar sei, muß ich hier von den Eroberungszwecken der Armeen und dem Zwecke, den „inneren Feind", die für wirtschaftliche und politische Demokratie kämpfenden Arbeitermassen, niederzuwerfen, absehen.) Doch obwohl das gewählte Beispiel die straffe Organisation der Demokratie und ihre strenge Erziehung zu ihren öffentlichen Aufgaben hervorhebt, hinkt es dennoch sehr, weil eine Armee eine Organisation mit nur einer kleinen Anzahl ziemlich gleichartiger Funktionärtypen und Aufgaben ist, während die Demokratie ein vollständiger sozialer und kultureller Organismus mit Aufgaben für alle möglichen Arten guter menschlicher Begabungen und Fertigkeiten ist.

Dieser feste organisatorische Bau der Demokratie und ihre unauflösliche organische Verbindung mit allen Arten gesunder menschlicher Lebensmöglichkeiten bieten eine Garantie — die einzig denkbare Garantie — dafür, daß sie ihre inneren Probleme wird lösen können, d. h. daß sie imstande sein wird, ihre Gebrechen sowohl dann, wenn sie durch Unreifheit oder Barbarei bedingt werden, wie auch dann, wenn Entartung ihre Ursache ist, zu überwinden, und daß sie immermehr mit ihren eigenen edleren Eigenschaften verwachsen wird und diese immermehr wird steigern können.

2. Arbeitsteilung, Demokratie und Kultur

Wenn auch der Soziologe beachtet, daß ein demokratisch organisierter Nationalstaat sozialpsychologisch etwas ganz anderes sein muß als ein „Mob", obgleich das Volk als Ganzes die höchste Macht ausübt, dann bleibt doch die große Schwierigkeit, welche darin liegt, daß es den Forscher in den inneren Problemen des Demokratismus an Zugang zu einem durchaus typischen Beobachtungsmateriale fehlt. Die modernen Nationalstaaten nähern sich allerdings dem Typus des politischen Demokratismus, aber sie weichen himmelweit von dem des wirtschaftlichen Demokratismus ab — und dies entscheidet über die ganze soziale und kulturelle Lage, welche daher in sehr hohem Grade undemokratisch ist. Dadurch Ersatz zu suchen, daß er vollkommenere Demokratien älterer Zeiten und anderer Rassen studiert, ist ein Irrweg, den kein moderner Soziologe einschlagen kann. In jeder geschichtlichen Periode und bei jeder Rasse haben die soziologischen Probleme ihre scharf markierten Eigentümlichkeiten. Wollen wir unsere Auffassung des modernen westeuropäischen Demokratismus vertiefen, so müssen wir die modernen Staaten des westeuropäischen Typus studieren — etwas anderes gibt es nicht.

Wenn wir uns begründete Vorstellungen von der Entwicklung des modernen Demokratismus im Guten und Bösen bilden wollen, so müssen wir unsere Blicke auf diejenigen Merkmale der typischen Gesellschafts- und Kulturverhältnisse der Gegenwart richten, welche nicht dazu verurteilt zu sein scheinen, in und mit der fortschreitenden Entwicklung des Demokratismus zu verschwinden, sondern sie aller Wahrscheinlichkeit nach, in mehr oder weniger modifizierter Form, weiter begleiten werden. Solche Faktoren des modernen sozialen Lebens sind unsere Produktionstechnik, unsere Arbeitsteilung und unsere gewaltigen Bevölkerungsmassen. Diese Eigentümlichkeiten sind offenbar auf lange Zeit hinaus nicht abzuschütteln, und sie machen in nicht geringem Maße

Hauptbedingungen der fortgesetzten Entwicklung des Demokratismus aus. Die zu radikalem Demokratismus neigende, außerordentlich verwickelte moderne Gesellschaftsorganisation und Kultur erfordert ohne Zweifel sehr große Bevölkerungen mit reicher Auswahl an Menschenmaterial, und diese Riesenbevölkerungen können sich ohne moderne Technik und moderne Arbeitsteilung nicht ernähren. Aber dies bedeutet, daß das Volk die Last einer einförmigen, geistesarmen Massenproduktion tragen muß, eine Massenproduktion, die sowohl Konsumenten wie Produzenten und überhaupt die Träger der demokratischen Gesellschaftsordnung und der demokratischen Kultur der Gefahr geistiger Verarmung aussetzt.

Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Technik und Organisation ist unvergleichlich gediehen. Aber dies bedeutet eine immerfort gesteigerte wirtschaftliche Arbeitsteilung. Während diese die totale wirtschaftliche Produktivität der menschlichen Arbeitskraft beständig erhöht, wird sie zugleich in immer erschreckenderem Grade unser Tyrann. In den wirtschaftlichen Tätigkeitsgebieten werden die großen Massen immer mehr zu Teilmenschen, zu Maschinenwärtern und zu unselbständigen von jeglicher Beförderung ausgeschlossenen, nur ausführenden, ihr ganzes Leben lang um Lohn dienenden Arbeitern oder Funktionären herabgedrückt. Das Arbeiten tagaus tagein, jahraus jahrein, an derselben rasselnden, stampfenden Arbeitsmaschine wird zu einer Seelenqual, die den Arbeiter zu blinden Ausbrüchen niedergepreßter, unkultivierter Lebenslust antreibt, oder es wird ein Seelenmord, der von dem arbeitenden Menschen selber nicht viel mehr übrig läßt als eine murmelnde, stampfende Arbeitsmaschine.

Wahrscheinlich nie zuvor — wenn nicht in der Negersklaverei und bei der Behandlung der Kriegsgefangenen und der Plantage- und Bergwerkssklaven unter einigen Völkern des Altertumes — ist das innerste Wesen des Menschen, seine Initiativkraft, sein Verlangen nach Abwechslung und seinen Entwicklungstrieb so rücksichtslos durch mechanischen Zwang und mechanisches Einerlei im täglichen Arbeitsprozesse vergewaltigt worden, wie es in den modernen großindustriellen Anlagen und im modernen Verkehrswesen und Geschäftsleben der Fall ist. Ein mechanischer Arbeiter niedrigeren Grades, ein Ma-

schinenspinner, eine Maschinenweberin oder eine Telephonistin sind in ihrer täglichen Arbeit nur der technisch unentbehrliche, lebende Teil eines Mechanismus — gequält und erniedrigt durch den Zwang, ihr Nervensystem und ihre Sinnesorgane als akzessorische Maschinenteile fungieren zu lassen, d. h. sie nach dem Takte eines elektrischen Motoren herumschnurren und herumfliegen oder in anderer Weise gehetzt werden zu lassen, bis sie das Äußerste ihrer rein mechanischen Leistungsfähigkeit erreicht haben.

Dies ist, in all seiner brutalen Negativität, einer der entscheidenden Qualitätszüge unserer Zivilisation. Der dominierende Quantitätszug ist ihm gleich.

Die enorme Erhöhung der gesamten wirtschaftlichen Produktivität der menschlichen Arbeitskraft in unserer Zeit bewirkt große Vermögensvermehrung und große Menschenvermehrung. Diese aber haben einen wesentlich getrennten Verlauf. Die Millionenvermögen wachsen und vervielfältigen sich freilich, und die Lohnarbeiterklassen wachsen und vervielfältigen sich auch. Die Lebenshaltungen dieser letzteren sind wirtschaftlich und sozial im Steigen begriffen, aber das Armutsproblem ist nichts destoweniger aktueller als je zuvor — nicht zum wenigsten infolge des ungeheueren Anwachsens der absoluten sowohl wie auch der relativen Zahl der Besitzlosen, auf niedrigen Lebensniveaus Existierenden. Unsere wachsenden Menschenmassen sind zum größten Teile gezwungen, sowohl in wirtschaftlicher wie auch in sozialer und kultureller Beziehung, drunten am Rande der Armut zu leben. Dies bedeutet, daß die angeborenen guten Anlagen nicht aufs beste gepflegt, entwickelt und nutzbar gemacht werden, sondern im Gegenteil oft durch schlechtere oder niedrigere Tendenzen erstickt und verdrängt werden. Unsere Menschenproduktion geschieht viel zu sehr nach dem Rezepte: massenhaft, wohlfeil und schlecht. Schwach oder ungesund entwickelte Menschen sind stets zu viele Menschen. Wenn ihre Anzahl in den großen Kulturländern auf viele Millionen steigt, dann haben wir es mit dem bedenklichsten aller sozialen Übel zu tun, wenn wir auch sonst von Fortschritt reden dürfen.

Dieses geistige Armutsübel wird noch dadurch gesteigert, daß auch

unsere wirtschaftliche Leiterklasse und soziale Oberklasse überhaupt, trotz ihrer oft glänzenden wirtschaftlichen Stellung und ihrer großen Aufgaben, sichtlich sehr stark durch den übermächtigen mechanischen Zug und die überwältigenden Quantitätsverhältnisse unseres Gesellschaftslebens beeinflußt ist. Dieses hat einen neuen Typus geistig unentwickelter Massen aufzuweisen — nämlich die Massen unbeschäftigter reicher Leute, welche ihre geistige Armut, ihre mechanische Gleichartigkeit und ihren Charakter einer „Plebs" nur zu deutlich an den Tag legen, wenn sie daran sind, ihr Lebensproblem zu lösen, welches in möglichst gründlichem Totschlagen der Zeit unter Vergeudung der größten zugänglichen Geldsummen besteht. Sogar unsere wirtschaftlichen Übermenschen, die ihre erworbenen Millionen oder Milliarden als Kraftbeweis vorzeigen können, blamieren sich in der Regel fürchterlich, wenn sie zum Lösen einer wissenschaftlichen, ästhetischen oder anderen reinen Kulturaufgabe beitragen sollen. Ihre Art, als Mäzene aufzutreten, wird freilich selten oder niemals kritisiert — denn da das höchste sozialwirtschaftliche Gesetz gebietet, daß die Gesamtheit arm zu sein hat und nur die einzelnen reich sein sollen, ist es ja durchaus notwendig, das, was „edle Geber" spenden, „mit tiefster Dankbarkeit" anzunehmen. Aber diese sollten daran denken, daß ein Fehlen der Kritik nicht allemal ihr Überflüssigsein beweist.

Sind wir zu der Erwartung berechtigt, daß der Siegeszug des Demokratismus an sich, ohne irgendwelche besondere Bemühungen von seiten der Demokratie, zu dem Überwinden dieser Tendenzen zu geistiger Nivellierung, welche freilich im echten Demokratismus als solchem nicht vorhanden sind, wohl aber in seinen gegenwärtigen technischen, wirtschaftlichen und populationistischen Existenzbedingungen liegen, führen werde?

Diese Frage läßt sich optimistisch beantworten unter Hinweisung auf die Erhöhung aller niedrigeren Lebenshaltungen, auf die Beseitigung physischer und sozialer Ungesundheit, auf den Kampf gegen Unfreiheit und Unselbständigkeit, auf das Erschließen höherer Tätigkeitsgebiete für alle Gutbegabten und auf das Ausdehnen sozialer

Verantwortlichkeit auf alle mündigen Bürger, worin das Wachsen des Demokratismus tatsächlich besteht. Ohne Zweifel müssen wir diese allseitige „Seelsorge" und diese allgemeinen Möglichkeiten und Verpflichtungen zu freier, hoher Geistestätigkeit als starke Korrektivmittel gegen mechanische Technik, weitgetriebene Arbeitsteilung und die überwältigende Größe der Bevölkerungsmassen gelten lassen. Und in diesem letzen Momente, dem populationistischen, liegt unzweifelhaft nicht nur ein die Individualität nivellierender, sondern auch ein differenzierender und steigernder Faktor. Der Weltstaat ist freien Geistern ein geräumigerer, stimulierenderer Wohnsitz als der Kleinstaat; und die Volksmassen des Weltstaates haben ein stärkeres Vorgefühl der praktischen sowohl wie der theoretischen Probleme der Zeit als die des Kleinstaates.

Indessen darf dieser berechtigte Optimismus nicht so weit getrieben werden, daß er uns die entscheidende Frage der Beschaffenheit der eigentlichen Lebensanschauung — die innerste Qualität der Kultur — vergessen läßt. Frei und selbständig lebende Menschen können einer mechanischen, geisttötenden Auffassung des Lebens huldigen. Die Tendenzen des Demokratismus zu individueller Gesundheit und Selbständigkeit lassen sich in dem, was das kulturelle Resultat selber anbetrifft, durch eine Weltanschauung neutralisieren, welche durch die mechanische Wesenheit der Technik und der Arbeitsteilung und durch die imponierende Arithmethik der Bevölkerungs- und Produktionsverhältnisse inspiriert worden ist. Gewahren wir nicht etwas Derartiges in dem großen Yankeelande — dem klassischen Lande der wahnsinnigen Quantitätsprahlerei und der jämmerlichen Qualitätsurteile? Dem Yankeepatrioten ist es der Gipfel der Herrlichkeit, daß sein Land etwas besitze, das *the biggest on earth* ist, einerlei ob es sich dabei um Feuersbrünste und Eisenbahnunfälle oder um Kulturwerke und Kulturschöpfer handelt. Sozial und wirtschaftlich freie Menschen können kleine, trübe Seelen haben; und es gibt ja Phisosophen genug, welche der Ansicht sind, daß dies die Schuld des Demokratismus, ja ein vom Demokratismus unzertrennlicher Zug sei.

Solch ein Pessimismus hat indessen den Fehler, daß er zu sehr

prophetisch ist — weil ja der Demokratismus in der Hauptsache ein Zukunftsproblem ist und seine Entwicklungsmöglichkeiten sich also nicht in jeder Hinsicht voraussagen lassen. Wir gehen davon aus, daß gewisse technisch-organisatorisch-populationistische Verhältnisse in der Hauptsache in der Zukunft, soweit wie wir sie überblicken können, fortdauern werden und daß wir insofern gewisse Faktoren der sozialen Zukunft kennen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß die Zukunft auch andere, ihrer Art und ihren Wirkungen nach nicht konstante und auf diese Weise vorherbestimmbare Faktoren hat — nämlich die rein psychischen.

Die Reaktion gegen die mechanische Gebundenheit und die quantitative Öde des modernen Lebens ist in vollem Gange — innerhalb der Arbeiterbewegung durch einige syndikalistische Theoretiker wie Georges Sorel und innerhalb der reinen Philosophie durch einen Erkenntnistheoretiker wie Henri Bergson — um nur zwei Denker zu nennen, die in ihren Tätigkeitsgebieten möglichst weit voneinander getrennt sind, einander aber in gewissen ihrer theoretischen Ausgangspunkte ziemlich nahe stehen, wenigstens insofern, als Sorel bemüht gewesen ist, einiges von Bergson zu lernen.[1]

Unsere reaktionär und antidemokratisch angelegten idealistischen Philosophen mögen sagen, was sie wollen, denn sie selber und viele ihrer Gegner mit ihnen zeigen, daß wir, trotz eines schon erreichten Demokratismus und der Tendenzen zu mehr Demokratismus, keineswegs geistig so arm geworden sind, daß nicht viele unter uns unsere Armut sehen, oder so allgemein mechanisiert sind, daß wir nicht gegen die Einförmigkeit, den Materialismus und den Quantitätskultus reagieren können. Derjenige, welcher hierbei am tiefsten geblickt und mit der größten geistigen Selbständigkeit reagiert hat, scheint mir Bergson zu sein — obgleich er sich, meines Wissens, in seinen Schriften niemals mit sozialen Fragen und noch weniger mit wirtschaftlichen und technischen befaßt hat. Ich kenne von ihm nur

[1] Georges Sorel, *Réflexions sur la violence, Paris 1908, Introduction*, S. XXXII—XXXIII. Natürlich reserviere ich mich aufs Bestimmteste gegen Sorels und anderer Syndikalisten eigentümliche sozialpolitische Anschauungen, die mir durch und durch haltlos und schädlich erscheinen

erkenntnistheoretische Untersuchungen; und dennoch bin ich überzeugt, daß die verhängnisvollsten geistigen und materiellen Einseitigkeiten unserer Zeit nur denjenigen im rechten Lichte erscheinen können, welche, ob sie nun Bergsons Werke kennen oder nicht, auf den Denkpfaden wandern, die er betreten hat.

Das Geheimnis ist einfach — wie alle großen Geheimnisse. Es ist geisttötend, ausschließlich mechanisch zu fungieren, weil „Mechanik" und „Geist" im Grunde zwei möglichst wesensverschiedene Wirklichkeiten sind. Erhält das Mechanische ganz die Oberhand, so ist keine Möglichkeit vorhanden, daß dasjenige, was wesentlich sein Gegenteil ist — die Geistigkeit — herrschen und wachsen könne. Da Kultur nichts anderes ist als das freieste, edelste Wachsen der Geistigkeit im Menschen, kann eine durch mechanische Tätigkeit tyrannisierte Menschheit unmöglich kulturkräftig sein. Ebenso verhält es sich mit der Arbeitsteilung und allem reinem Quantitätskultus. Der menschliche Geist ist Vielseitigkeit und bedarf vielseitiger Tätigkeit, um gesund und stark zu bleiben; und die seelische Wesenheit des Menschen ist etwas rein Qualitatives, für welches die großen Zahlen gar keine tiefere Bedeutung haben.

Ohne Zweifel ist die Frage nach der Befähigung der modernen Demokratie zum Reagieren gegen das Mechanische oder den Materialismus ihrer wirtschaftlichen und populationistischen Lebensbedingungen eines der bedeutungsvollsten inneren Probleme dieser Demokratie. Das Leugnen des Existierens eines solchen Problemes oder ein dogmatisch-materialistischer Standpunkt ihm gegenüber wären zwei Zeichen wirklicher Schwäche. Aber ich glaube nicht, daß solche Blindheit oder solcher Dogmatismus sich in unserer Zeit mit ihrer auffallenden Beschleunigung der geistigen Evolution lange halten können. Diese Evolution ist das Grundfaktum, das hinter unserer Tendenz zu kultureller Universalität und universaler Gesellschaftskritik und sozialer Neugestaltung verborgen ist. Die soziale Unzufriedenheit verbreitet und vertieft sich mit jedem Tage. Unsere Zeit übt mehr Selbstkritik als irgendeine andere, und diese Selbstkritik wird durch einen neuen Idealismus hervorgetrieben. Wir empören uns gegen die materielle, mechanische Gebundenheit und sind ent-

schlossen, uns nicht eher zu beruhigen, als bis wir die Lösung des Problemes der geistigen sowohl wie auch der materiellen Armut gefunden haben.

Es kann allerdings den Anschein haben, als ob hier ein Selbstwiderspruch vorliege. Er würde darin bestehen, daß wir an einer Gesellschaftsevolution, welche die wirtschaftliche Tätigkeit der großen Massen tatsächlich immermehr mechanisiert, mitwirken, während wir zu gleicher Zeit mit gesteigerten Forderungen geistiger Freiheit und geistiger Tätigkeitsmöglichkeiten innerhalb derselben Mitbürgermassen hervortreten. Dieser Selbstwiderspruch gehört indessen nicht zu den unauflöslichen. Die wirtschaftliche Gesellschaftsordnung hat, wie die rein politische, notwendig einen in größerem Maße mechanischen Charakter als das übrige Gesellschaftsleben. Wirtschaft und Politik sind Kampf ums Dasein, mehr oder weniger geordnete Kraftmessung zwischen den Menschen unter sich und zwischen dem Menschen und der Natur. Nicht die Anarchie, sondern das richtige Regeln, das richtige Mechanisieren des wirtschaftlichen und politischen Verkehres der Menschen wird ihnen die größtmögliche wirtschaftliche und politische Freiheit und den größtmöglichen Vorteil sichern. Darin, daß er dies einsieht, liegt die Überlegenheit des Sozialisten — während der liberale Nationalökonom und Politiker noch immer nach einem rein individualistischen wirtschaftlichen Freiheitsideale umhertastet.

Es dürfte keine Utopie sein, sich mit diesen Ausgangspunkten vorzustellen, daß die gereifte Demokratie Gestaltungen der Produktionstechnik und der Arbeitsteilung, welche die gegenwärtigen kulturfeindlichen Wirkungen beider aufheben und dem Produzenten als solchem erlauben, wieder ein vielseitiger, lebensfroher Ganzmensch anstatt eines verschrumpften, gelangweilten Teilmenschen zu werden, anstreben und finden werde. Der Geist und die Technik der Kunst müssen wieder in der materiellen Arbeit herrschen, so daß diese Arbeit ein edler Selbstzweck wird, während sie zugleich ein Mittel zur Erlangung der unentbehrlichen materiellen Bedarfsbefriedigung ist.

Dagegen scheint mir keine definitive Lösung des vorliegenden

Problemes darin enthalten zu sein, daß man, wie einige sozialistische Theoretiker es sich vorgestellt haben, sich damit begnügt, die zur wirtschaftlichen Arbeit notwendige Zeit möglichst zu verkürzen, während diese Arbeit im höchsten Grade mechanisiert und spezialisiert bleibt. Hier wird etwas außerordentlich Wichtiges übersehen — nämlich der Umstand, daß für die meisten Menschen die wirtschaftliche Arbeit diejenige Tätigkeit ist — und es vielleicht noch sehr lange bleiben muß — worin sie etwas, wenn nicht gar alles, von ihrem größten Lebensernste, ihr stärkstes geistiges Interesse, niederlegen. Und dies ist richtig und gut, wenn die Arbeit zur eigenen materiellen Bedarfsbefriedigung und zu der anderer sowohl in technischer wie in sozialer Hinsicht eine edle Tätigkeit ist — d. h. dann, wenn man durch Ausüben einer edlen Kunst edlen Menschen dient. Und dahin müssen wir unbedingt kommen. Wenn die Arbeit an sich idiotisch bleibt, so muß in ihr stets ein Übel — wenn auch ein notwendiges Übel — gesehen werden. Wenn sie der Befriedigung der lasterhaften Bedürfnisse verkommener Menschen dient, ist sie ein Übel, ohne in sozialem und ethischem Sinne notwendig oder erlaubt zu sein.

Schließlich sind es die Philosophie und die Ethik, welche die inneren Probleme des Demokratismus zu lösen haben, denn nur diese beiden dringen bis in die unmeßbaren Tiefen der menschlichen Seele hinab.

3. Leitende und ausführende Arbeit

Noch schwieriger und noch unentwirrter ist die Frage des innerhalb der radikalen Demokratie bestehenden Verhältnisses zwischen forschenden, erfindenden, experimentierenden, organisierenden und leitenden Arbeitern einerseits und ausführenden, dienenden und gehorchenden Arbeitern andererseits.

Hier haben wir die größte psychische Kluft auf dem wirtschaftlichen Arbeitsfelde, und zwar nicht nur jetzt, sondern auch soweit in die Zukunft hinein, wie wir zu blicken vermögen. Die Frage ist, was

für Arten sozialer Klassen auch in einem radikaldemokratischen Gesellschaftszustande notwendig aus dieser Arbeitsteilung hervorgehen müssen.

Die gewöhnlichen Formulierungen des Problemes sind offenbar ungenügend. Es handelt sich nicht um bloß einen einfachen Unterschied zwischen „Gehirn"-Arbeitern und den mit den „Händen" Arbeitenden oder um einen bloßen Gegensatz zwischen „Kapitalisten" und „Arbeitern". In jeglicher ausführenden körperlichen Arbeit finden wir als eines ihrer Bestandteile ein entscheidendes Moment einer Tätigkeit des Geistes sowohl wie der Hand — so einseitig, uninteressant und mechanisch gebunden auch der Anteil des Seelenlebens an der Arbeit sein mag. Was nun die technische Forscher-, Erfinder- und Experimentatorarbeit anbetrifft, so steht sie heutzutage oft in demselben drückenden wirtschaftlichen und sozialen Dienstverhältnisse zu den kapitalistischen Unternehmern, wie es bei den gewöhnlichen gelernten Arbeitern oder den Grobarbeitern der Fall ist. Ja, sogar die Arbeit, Erwerbsunternehmungen zu organisieren und zu leiten, bedeutet nicht selten eine abgelöhnte, mehr oder weniger abhängige Stellung unter einer Gruppe Geldmagnaten, welche die Produktion in größtem Maßstabe leiten und organisieren. Diese aber, nach marxistischem Muster, schlechthin „Kapitalisten" zu nennen, wäre, wie wir sehen werden, in hohem Grade irreführend und würde uns in jedem Falle von dem tiefer liegenden Demokratismusprobleme, das wir hier studieren wollen, wegführen.

Es scheint mir auch unter weit vorgeschrittenen sozialistischen und radikaldemokratischen Verhältnissen unumgänglich notwendig zu sein, daß eine sehr ausgeprägte, für die sozialen Verhältnisse der Bürger untereinander bedeutungsvolle Arbeitsteilung existiere, und zwar eine Arbeitsteilung zwischen den Vertretern der wissenschaftlichen Technik und der Erfindertätigkeit, sowie auch des wirtschaftlichen Organisierens und Leitens, und andererseits den mehr oder weniger hoch, bisweilen sehr hoch in ihrem Fache ausgebildeten wirtschaftlichen Funktionären, deren Aufgabe es ist, das auszuführen, was Ingenieure, Architekten und wirtschaftliche Organisatoren erdacht und bis in die kleinsten Einzelheiten berechnet und bestimmt haben.

Dieses Arbeitsteilungssystem muß beibehalten werden, weil es das intensivste mögliche Ausnutzen der höchsten technischen und wirtschaftlichen Begabungen bedeutet und weil es zu größtmöglicher Planmäßigkeit in der Produktion führt, sowie auch aus dem Grunde, weil die modernen übergroßen Bevölkerungen sich ohne eine auf wissenschaftlichem Grunde ruhende, beständig fortschreitende Technik und eine außerordentlich hochgetriebene Organisation der Produktion nicht ernähren können.

Am deutlichsten zeigt sich die Notwendigkeit dieser organisatorischen Arbeitsteilung gegenwärtig in der Arbeitsteilung zwischen den wirtschaftlichen Großorganisatoren und jenen Hunderten und Tausenden nur ausführenden, dienenden Gehirn- und Handarbeitern. Die deutlichste Entwicklungstendenz der Produktion während der letzten Jahrzehnte ist ja die Konzentration in große Unternehmungen, das Zunehmen des Umfanges dieser Unternehmungen, ihre Kartellierung und Vertrustung, die wachsende Führermacht der großen Geldleute und der Bankinstitute und überhaupt die Großorganisierung fast jeglicher Art wirtschaftlicher Tätigkeit. Die schädliche Vergrößerung unkontrollierter privatkapitalistischer Macht, welche diese fortgesetzte Entwicklung zum Großbetriebe mit sich bringt, darf uns nicht blind dagegen machen, daß sie notwendig ist, wenn es gilt, schließlich zu einer durchaus planmäßigen, streng wirtschaftlichen Produktion der zum Leben notwendigen materiellen Dinge für riesengroße Bevölkerungen, die sich mit weniger als völlig allgemeinem und völlig gesichertem Wohlstande nicht begnügen wollen oder begnügen sollen, zu gelangen. Und auf dieselbe Weise ist ja die Notwendigkeit der technischen Arbeitsteilung dadurch bedingt, daß diese großen Bevölkerungen das unabweisbare Bedürfnis einer auf streng naturwissenschaftlichem Grunde ruhenden und mit Hilfe der Naturwissenschaft beständig fortschreitenden Produktionstechnik haben — denn bei weniger guter Technik würden wir ganz gewiß die Aussichten auf allgemeinen Wohlstand und allgemein erleichterte Arbeitslast verlieren.

Der Ingenieure und der wirtschaftlichen Organisatoren des höchsten Typus kann die sozialistische und radikal demokratische Gesell-

schaft also nicht entbehren. Und die großen Produzentenmassen dürften sich in der Hauptsache damit begnügen müssen, fachgebildete ausführende Arbeiter zu sein — während sie zugleich mit den Ingenieur- und Organisatorenklassen zusammen die höchste Behörde bilden, von deren Zustimmung es schließlich abhängt, wie die Technik und die Organisation der Arbeit gestaltet werden dürfen. Es fragt sich aber, ob nicht diese tiefgehende Funktionsteilung, trotz alles ehrlichen Strebens nach Demokratismus, sowohl dem Demokratismus wie der Kultur Gefahr bringt.

Man könnte vielleicht mit Recht erwarten, daß dieses Problem seine höchste Bearbeitung innerhalb der Sozialdemokratie erreicht hätte, die ja vor allem die auffallenden wirtschaftlichen und kulturellen Übelstände und undemokratischen Zustände, welche unter dem gegenwärtigen privatkapitalistischen Regime die moderne technische und wirtschaftliche Arbeitsteilung begleiten, bekämpft. Aber trotz ihrer großen Verdienste enthält die marristische Theorie nicht einmal eine zureichende Analyse des gegenwärtigen Zustandes — noch weniger irgendwelche Anleitung zur Lösung des Zukunftsproblemes, das hier vor der Tür steht.

Die volkswirtschaftlichen Theorien der Sozialdemokratie — doch nicht sie allein, sondern auch die der bürgerlichen Wissenschaft — sind in hohem Grade mangelhaft, wenn es gilt, der organisierenden und leitenden wirtschaftlichen Arbeit ihre richtige Bedeutung in der Volkswirtschaft zuzuschreiben. Wenn der Sozialdemokrat von den „Kapitalisten" redet, mengt er in einem Begriffe zwei von Grund aus verschiedene Erscheinungen durcheinander — nämlich einerseits die Besitzer der materiellen Produktionsmittel und andrerseits die Organisatoren und Leiter der Produktion. Sie können dieselbe Person sein, brauchen es aber nicht zu sein. Das bloße Besitzen materieller sowohl wie geistiger oder persönlicher Produktionsmittel produziert nichts. Aber das Organisieren und das Leiten der Produktion ist eine in höchstem Grade produktive persönliche Arbeit. Es ist verkehrt, zu sagen, daß „die produktive Arbeit vor allem durch eigentumslose Lohnarbeiter ausgeführt werde", denn die Organisatoren und Leiter

der Produktion sind in der Regel keine „eigentumslosen Lohnarbeiter". Und es ist auch verkehrt, zu sagen, daß „die Kooperation die Entbehrlichkeit der Kapitalistenklasse zeige" — wenn man den Begriff „Kapitalistenklasse" die ganze moderne Unternehmerklasse, welche ja tatsächlich die erbittertste und gefährlichste Gegnerin der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, einschließen läßt.

Mit den kapitalistischen Besitzern fertig zu werden, würde der Arbeiterklasse nicht schwer werden. Die kapitalistischen Produktionsleiter sind die zu fürchtenden Gegner — denn sie sind es, die im großen gesehen die ganze moderne Volkswirtschaft organisieren und dadurch die Macht haben, die Organisationsversuche der Arbeiter zu bekämpfen und teilweise niederzuschmettern, wenn jene Versuche die kapitalistischen Privatinteressen bedrohen. Der „Arbeiter" oder der „eigentumslose Lohnarbeiter" der sozialdemokratischen Theorie ist nur ein dienender oder nur ausführender Arbeiter. Im letzteren Falle haben wir es mit dem in eigentlichem Sinne körperlich Arbeitenden zu tun, der durch seiner Hände Arbeit das in materielle Wirklichkeit verwandelt, was der Erfinder und der Unternehmer bereits als intellektuelle Wirklichkeit produziert haben. Telephone für den Weltmarkt zu produzieren besteht teils darin, daß man das Telephon erfindet und bis ins Kleinste vorschreibt, wie es angefertigt werden soll, teils darin, daß man diese Produktion organisiert und die Verbindung mit den Käufern in allen Ländern ordnet — und es besteht außerdem auch noch darin, daß man die so vorgeschriebene mechanische und kaufmännische Arbeit ausführt.

Durch Marxens Terminologie, sowie durch seine Werttheorie und seine Mehrwerttheorie (Arbeitswerttheorie und Ausbeutungstheorie) wird das Durcheinandermengen der Begriffe Kapitalbesitzer und privatkapitalistischer Unternehmer, sowie auch das Überschätzen der werterschaffenden Kraft der nur körperlichen Arbeit veranlaßt und gefördert. Und hierdurch erhält die Sozialdemokratie eine falsche Auffassung des Problemes des ganzen wirtschaftlichen und sozialen Demokratismus. Man übersieht das große Unternehmerproblem beinahe vollständig und schließt die Augen vor der sonnenklaren Tatsache, daß die verschiedenen Individuen oft in der Befähigung zu

wertvollen sozialen Leistungen und wirtschaftlichen Prästationen sehr voneinander abweichen. Nicht allein ein großer Erfinder, sondern auch ein großer wirtschaftlicher Organisator kann Millionen Menschen einen großen Teil einer bestimmten täglichen Arbeitslast ersparen und dadurch eines sehr großen Jahreseinkommens wert sein, während die übrigen Mitbürger sich zu gleicher Zeit eines neuen wirtschaftlichen Vorteiles erfreuen, der ihnen ohne jegliche Anstrengung ihrerseits in den Schoß gefallen ist. Wer seine jährliche Telephonmiete bezahlt, der kann sich durch Benutzung des Telephones diese Summe mehrfach ersparen — weil nun Mühe oder Ausgaben wegfallen, die sich nicht hätten vermeiden lassen, wenn er das Telephon nicht gehabt hätte — und kann außerdem eine Menge mehr Arbeit leisten als sonst möglich gewesen wäre. Eine Erfindung oder eine Maßregel wirtschaftlicher Unternehmertätigkeit anfänglich zu bekämpfen und nachher stillschweigends wirtschaftlichen Vorteil daraus zu ziehen — das gehört zu den allergewöhnlichsten Erscheinungen unseres sozialen Lebens. Und im großen betrachtet, liegt in dem Kampfe der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegen die „Kapitalistenklasse", wie dieser Kampf gegenwärtig theoretisch begründet und geleitet wird, etwas von jener sehr unsozialen und undemokratischen Unterschätzung der gewaltigen Bedeutung der rein persönlichen und geistigen Kräfte im Gesellschaftsleben.

Jedoch erfordert die Gerechtigkeit, daß man hier darauf aufmerksam mache, daß es mit der „bürgerlichen" volkswirtschaftlichen Theorie in diesem Stücke auch nicht viel besser bestellt ist als mit der sozialdemokratischen. Die nationalökonomische Forschung hat sich bisher mit den Unternehmern und ihren sozialwirtschaftlichen Funktionen tatsächlich sehr wenig beschäftigt. Hier haben wir eines der allerwichtigsten Probleme der Volkswirtschaftslehre und zugleich eines der am wenigsten erforschten. Der Teil der nationalökonomischen Theorie, dessen Gegenstand der Unternehmer ist, zeigt noch große Unklarheit und viel Mangel an folgerichtiger Angliederung an die übrigen Teile der volkswirtschaftlichen Theorie. Von den Tagen Adam Smiths an bis auf die letzten Jahrzehnte hat die Beschäfti-

gung der Nationalökonomen mit dem Unternehmer hauptsächlich darin bestanden, daß sie das Problem der Natur des Unternehmergewinnes zu lösen gesucht haben. Die Kapitaltheorie ist bei den meisten Theorien des Unternehmergewinns das Bestimmende gewesen. Dagegen hat man es unterlassen, der Frage nach der Natur der volkswirtschaftlichen Funktionen des Unternehmers eine völlig generelle Formulierung und selbständige Untersuchung zuteil werden zu lassen.

Für Adam Smith gab es drei Produktionsfaktoren — die Arbeit, das Kapital und den Grund und Boden — und drei Einkommensarten: Arbeitslohn, Kapitalgewinn (Profit) und Grundrente. Er bedient sich der Ausdrücke „das Kapital beschäftigt den Arbeiter" und „der Arbeiter muß das Arbeitsprodukt mit dem Besitzer des Kapitales teilen" und sagt, daß der Anteil des letzteren „Profit" heiße. Adam Smiths Sprachgebrauch unterscheidet nicht zwischen Kapitalbesitzer (Kapitalist) und selbständigem Kapitalanwender (kapitalistischem Unternehmer). Die Begriffe Kapitalist und kapitalistischer Unternehmer einerseits sowie Kapitalrente und kapitalistischer Unternehmergewinn andererseits sind bei Adam Smith und den auf ihn folgenden englischen Nationalökonomen in unklarer Weise miteinander vermengt worden.

Der kapitalistische Unternehmer war im 18. Jahrhundert und noch im Anfange des 19. meistens selber Eigentümer des ganzen Kapitales, das er anwendete. Daher erschien es dem Natialökonomen nicht notwendig, zwischen dem Kapitalanwender und dem Kapitaleigentümer zu unterscheiden oder, noch weniger, hier einen Unterschied zwischen zwei Einkommensarten zu machen. Es handelte sich in der Regel um das ungeteilte Einkommen einer Person, ein ungeteiltes privatwirtschaftliches Einkommen, und man behandelte es wie eine einzige volkswirtschaftliche Einkommensart. Erst später im 19. Jahrhunderte — besonders infolge stark zunehmender Verwendung geliehenen Kapitales innerhalb der Industrien und des Transportwesens — wurde es deutlich, daß der Nationalökonom zwischen dem Gewinne, den der Kapitaleigentümer ohne sein Kapital *selber* anzuwenden, erhalten kann, und dem Gewinne, welchen der Kapital-

anwender, ohne daß er eigenes Kapital benutzt, erhalten kann, einen scharfen Unterschied machen muß. Zugleich wurde es eine wissenschaftliche Notwendigkeit, zu gewissen sozialistischen Theorien über das Kapital und den Kapitalgewinn als wirtschaftlich parasitische, gesellschaftsauflösende und eine soziale Revolution vorbereitende Erscheinungen Stellung zu nehmen.

Adam Smith hatte es in seiner Theorie des Kapitalgewinnes *(the profits of stock)* nicht nur unterlassen, einen klaren Unterschied zwischen dem von Kapitaleigentum erzielten Gewinne und dem durch Kapitalbenutzung erlangten Gewinne zu machen, sondern auch versäumt, die selbständige Kapitalverwendung und die unselbständige scharf auseinanderzuhalten. Hier handelt es sich um zwei Arten Arbeit; jedoch nicht um den Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, sondern um den Unterschied zwischen der dingenden Arbeit und der gedungenen, der Arbeit, innerhalb der Erwerbsunternehmung zu befehlen, und der Arbeit, darin zu gehorchen. Hier ist zu unterscheiden zwischen der von dem (Kapital besitzenden oder Kapital leihenden) kapitalistischem Unternehmer gedungenen Arbeit der Körperlicharbeitenden und der Geistigarbeitenden und der eigenen Arbeit des kapitalistischen Unternehmers, die Arbeit jener zu dingen und zu leiten (und eventuell auch einen Teil seiner eigenen Arbeit zu dingen und leiten, denn er kann ja, als Handwerksmeister, selber an der ausführenden Arbeit seiner Hand- und Gehirnarbeiter teilnehmen).

Die Begriffe „Arbeit" und „Arbeiter" wurden in der älteren englischen Nationalökonomie nicht weniger vieldeutig als die Begriffe „Kapitalist" und „Kapitalgewinn". Den Sozialisten erbot diese Unklarheit eine Möglichkeit, mit Anschließung an die klassische Nationalökonomie revolutionär agitierende Theorien über die Natur des Kapitales und die volkswirtschaftlichen Funktionen des Unternehmers aufzustellen. Von Adam Smiths und Ricardos einseitigen, unreifen Theorien über das Verhältnis zwischen dem Tauschwerte der Waren und ihren Arbeitskosten ausgehend, argumentierte Karl Marx sich zu den Theorien hin, daß die Arbeit den Tauschwert erschaffe[1] und

[1] Das Kapital, Kapitel I

daß das Kapital eine Summe unbezahlter Tauschwerte sei, vermittelst welcher sich der Kapitalist den Mehrwert, also unbezahlte fremde Arbeit, aneigne, da er seine gedungenen Arbeiter zwinge, täglich viele Stunden mehr zu arbeiten, als nötig sei, um den Tauschwert, welcher dem Arbeitslohne entspreche, zu erschaffen oder zu reproduzieren[1]. Die Konfusion zwischen den Begriffen Kapitalist und Unternehmer beibehaltend, läßt Marx den kapitalistischen Unternehmer den Titel „Kapitalist" tragen[2]. Die eigentlichen Unternehmerfunktionen werden größtenteils übersehen, weil sie als Kapitalistenfunktionen etikettiert worden sind.

Schlimmer als diese bei einem sozialistischen Nationalökonomen historisch verzeihlichen Einseitigkeiten ist es, daß auch die „bürgerlichen" Nationalökonomen der späteren Hälfte des 19. Jahrhunderts sich angewöhnt haben, von „Kapital" und „Arbeit" oder von „Kapitalist" und „Arbeiter" zu sprechen und die kapitalistische Unternehmerarbeit sowohl dann, wenn sie über den „Kapitalisten" diskutieren, wie auch dann, wenn sie die „Arbeit" besprechen, nicht in genügender Weise hervorzuheben.

Die Funktionen des Unternehmers bestehen wesentlich im Organisieren und im Leiten. Die Voraussetzung dazu, daß er diese Tätigkeit wird ausüben können, ist in der Regel, wenn auch nicht notwendig, daß er selber das Unternehmen gebildet hat. Er muß sich entschließen zur Befriedigung eines gewissen Bedürfnisses in der Gesellschaft beizutragen — z. B. des Bedürfnisses an Schuhzeug. Ferner muß er die zur Herstellung erforderlichen Produktionsfaktoren auswählen. Er muß bestimmen, wo die Fabrik gebaut werden soll, und den Grund und Boden, auf welchem das Gebäude zu errichten ist, pachten oder kaufen. Er muß die Größe und die Einrichtung des Gebäudes bestimmen, sich über die Art und die Menge der anzuwendenden Maschinen und Werkzeuge entscheiden und für die Ausführung dieser Entschlüsse Sorge tragen. Schließlich muß er die Art und die Anzahl der nötigen, in diesem Fache ausgebildeten Arbeiter bestimmen, diese Arbeiter dingen und den Betrieb in Gang bringen. Alles dies ist für den Erfolg der Leiterfunktionen, welche er, nach-

[1] *L. c., Kapitel IV.* [2] Z. B. *l. c., Kapitel VIII*

dem der Anfang gemacht ist, nun immerfort ausüben muß, außerordentlich wichtig.

Der Unternehmer wählt die ursprünglich zersplitterten Produktionsfaktoren aus, vereinigt sie und organisiert sie in Beziehung auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse innerhalb der Volkswirtschaft. Natur, Technik und Menschen sind Werkzeuge in seiner Hand. Um sein wirtschaftliches Ziel zu erreichen, muß der Unternehmer nicht nur Naturkräfte und technische Kräfte sondern auch den Menschen in einen Mechanismus mit Zwangsverlauf in den Bewegungen einsperren. Dieser „Mechanismus" ist das Erwerbsunternehmen. Dieses ist ein „sozialer Mechanismus", d. h. eine Verkettung materieller Werkzeuge und denkender Funktionäre („denkender Werkzeuge")[1]. Der Unternehmer ist der Künstler, welcher die sozialen Mechanismen erschafft. In diese seine Tätigkeit als sozialwirtschaftlicher Erfinder und Organisator kann er, gleich jedem Künstler, unbegrenzt große Verdienste hineinlegen.

Die wesentlichen volkswirtschaftlichen Funktionen hören darum nicht auf, notwendig zu sein, weil die Gesellschaft sozialistisch und wirtschaftlich demokratisch wird. Diese Funktionen sind von privatem und gesellschaftlichem Eigentume an materiellen Produktionsmitteln unabhängig. Der Unternehmer kann Eigentümer seines Kapitales oder seines Bodens sein, braucht es aber nicht zu sein. Er kann beide ebensogut von der Gesellschaft leihen oder pachten, wie von Privatleuten. Auch werden seine volkswirtschaftlichen Funktionen nicht durch den Umstand berührt, daß er der bezahlte Diener der Gesellschaft ist, anstatt ein bezahlter Aktiengesellschaftsdisponent oder Aktiengesellschaftsdirektor oder ein völlig selbständiger Geschäftsmann zu sein.

Daher erscheint es mir unzweifelhaft, daß die ausgeprägt sozialistische und radikal demokratische Gesellschaft mit dieser Klasse wirtschaftlich die Initiative ausübender und leitender und daher nicht nur besonders wertvoller, sondern auch mächtiger Funktionäre wird rechnen müssen. Das soziale Verhältnis zwischen ihnen einerseits und ihren

[1] K. Th. Reinhold, Der Weg des Geistes in den Gewerben, Bd. I

unmittelbaren Untergebenen und der ganzen Gesellschaft andrerseits dürfte noch lange beträchtliche Schwierigkeiten aufweisen, welche bisweilen die echt demokratische Gesinnung aller Parteien auf eine harte Probe stellen werden. Aber das Überwinden dieser Schwierigkeiten wird die beste Schule in wahrem Demokratismus sein — d. h. den wirtschaftlichen Leitern zur Erziehung in der schweren Kunst, Macht ohne Selbstsucht oder Parteilichkeit auszuüben, und den wirtschaftlich Untergeordneten zur Übung in der kaum weniger schweren Kunst, die Disziplin innerhalb der Produktionsorganisationen zu beobachten, dienen. Als Oberherr beider steht ja die demokratisch organisierte Gesellschaft da.

Ohne Zweifel werden sich gewisse Zweige der Produktion mit einem Überschusse an wirtschaftlichem Vorteile verstaatlichen lassen können, indem es in diesen Fällen gelingt, die bürokratische Leitung sowohl genügend initiativkräftig wie auch zureichend „wirtschaftlich" zu machen. Aber auf den Gebieten, wo auch die höheren Formen der Bürokratie der Zukunft in wirtschaftlicher Beziehung zu konservativ und zu gleichgültig sein sollten, würden freiere, aber immer noch unter der Kontrolle der Gesellschaft stehende Unternehmer notwendig sein. Gegen diese könnten ihre Untergebenen ähnlicher Organisationen, wie unsere Gewerkvereine sind, bedürfen, während zu gleicher Zeit die Gesellschaft eine sozialpolitische Regulierung aufrecht erhielte, welche gewisse Mindestmaße an Arbeitsbedingungen und Lohnforderungen schützte und zugleich sowohl von den ausführenden Arbeitern wie auch von den Unternehmern gewisse Minima an Arbeitsqualität und Arbeitsintensität forderte.

Die Übergangsformen zwischen Staatsunternehmungen und Privatunternehmungen würden zahlreich sein, und beide Unternehmungstypen würden, durch die Hausherrngewalt der Gesellschaft, einander in wesentlichen Hinsichten genähert werden. Der Wege zur Lösung des wirtschaftlichen Demokratieproblemes würden ebensoviele sein, wie es verschiedene Typen der Schwierigkeiten, welche hier überwunden werden müssen, gibt.

4. Die Selbsterziehung zur Demokratie

Die „materialistische Geschichtsauffassung" wird in einseitiger, falscher Weise angewandt, wenn sie die Vorstellung einflößen darf, daß eine naturnotwendige Entwicklung der technisch-wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse naturnotwendigerweise die sozialen Gefühle, Anschauungen und Bestrebungen hervorrufe, welche unentbehrliche Faktoren eines radikal demokratischen Gesellschaftszustandes sind. Diese psychische und sozial-ethische Entwicklung ist keine bloße Wirkung der technisch-wirtschaftlichen, sondern eine dieser koordinierte Entwicklung, welche ebensowohl ihre eigenen Kräfte und Gesetze aufweist, wie sie ein gewisses Gebundensein an die wirtschaftliche Entwicklung zeigt. Wir sind nicht berechtigt, einen radikal demokratischen Gesellschaftszustand zu erwarten, wenn wir nicht systematisch danach streben, die Charaktereigenschaften, ohne welche er nicht existieren kann, zu erziehen. Und wir müssen eine von Partei- und Klassenanschauung gereinigte Auffassung des radikalen Demokratismus haben, damit unser Streben sich wirklich über eine solche reine Klassenkampfvorstellung wie z. B. die einer „revolutionären Diktatur des Proletariates" erhebt.

Auch dann, wenn diese Diktatur, im Gegensatze zu meinem Glauben, ein geschichtlich notwendiger Übergang zu der höheren Gesellschaftsordnung sein sollte, können wir das Beginnen mit unserer wahrhaft demokratischen Selbsterziehung unmöglich bis zum „Tage nach der Revolution" verschieben. Denn teils können wir unmöglich wissen, ob jener Tag überhaupt kommt, und teils wissen wir nicht, ob nicht dieses Aufschieben die Gefahr mit sich bringen würde, daß die „Revolution" schließlich doch mißglückte. Ja, im Grunde wissen wir sehr wohl, daß eine solche Gefahr wirklich bestehen würde. Die Erfahrung berechtigt uns nicht zu der Vorstellung, daß ein zur Alleinherrschaft emporgestiegenes „Proletariat" ohne andere wirtschaftliche, soziale, intellektuelle und ethische Ausbildung als die, welche die privatkapitalistische Gesellschaft ihm gegenwärtig gewährt, imstande sein würde,

die radikal demokratische Gesellschaftsordnung durchzuführen und sie gegen die sicherlich nicht ausbleibenden, keineswegs zu verachtenden Versuche einer Kontrarevolution zu schützen.

Gegenwärtig ist das Proletariat in außerordentlich einseitiger Weise zum Gehorchen erzogen und darin geübt, nicht zum Entscheiden und zum Befehlen; es ist nur zur ausführenden Arbeit erzogen, nicht zum Erfinden, Organisieren und Leiten. Auch dann, wenn wir uns das sehr Unwahrscheinliche vorstellen, daß die Arbeiterklasse in zureichender Weise einig, sich ihres Zieles bewußt und kenntnisreich genug sein werde, um sowohl das Verbleiben der Macht in ihren eigenen Händen wie auch die nötige Effektivität und sozialistisch-demokratische Organisation der Produktion gewährleisten zu können, so bleibt dennoch die Frage, wie die Gesellschaft aus diesem proletarischen Provisorium herausgelangen und in die permanenten wirklich demokratischen Verhältnisse hineinkommen werde. Ganz gewiß nur durch allgemeine Verbreitung echt demokratischer Eigenschaften und Ideen. Aber dies bedeutet teils, daß das siegende Proletariat demokratisch anstatt einseitig proletarisch gesinnt wird, teils einen etwas komplizierten Vorgang, wodurch die besiegten ehemaligen Oberklassen und die gleichgültigen oder unschlüssigen Mittelklassen bekehrt werden und sich aus offenen Feinden oder argwöhnischen Kritikern der Proletariatsdiktatur in überzeugte, zuverlässige Anhänger des echten Demokratismus verwandeln. Denn wir haben den Demokratismus ja nicht eher erhalten, als bis die ganze Hauptmasse der Nation, mit all ihren sozial und kulturell wertvollen Menschentypen, aus aufrichtig überzeugten und gut durchgebildeten Demokraten besteht.

Es ist deutlich, daß sich diese Selbsterziehung der ganzen Nation nicht bis zu der Epoche nach einer „Revolution", zu welcher es vielleicht niemals kommen wird, aufschieben läßt. Einer Gesellschaftsklasse, welche sich nicht geistig und sozial zielbewußt zum Demokratismus entwickelt und nicht unmittelbar nach Demokratismus strebt, sondern darauf wartet, daß sie eine sehr einseitige, wenn auch, wie es versprochen wird, nur zeitweilige Klassenherrschaft innerhalb der Gesellschaft werde ausüben dürfen, muß es immer schwer werden,

schließlich selber wirklich demokratisch zu werden und für die Idee des Demokratismus Vertrauen und Verständnis zu erwecken. Daher erscheint es mir notwendig, daß die Sozialdemokratie sich zur Leiterin der demokratischen Selbsterziehung der Nation mache und alle älteren sozialdemokratischen Theorien, welche einem folgerichtigen Streben dieser Art hindernd im Wege stehen, fallen lasse oder modernisiere.

Prüfen wir einen Augenblick einige dieser Theorien!

Die Theorie der Diktatur des Proletariates in Marrens „Kommunistischem Manifeste" ist während der Revolutionsjahre zu Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden und ist nichts anderes als die Theorie, daß die zukünftige sozialistische Revolution des Proletariates in denselben politischen Formen wie die kapitalistische Revolution der Bourgeoisie im Jahre 1789 und später vor sich gehen müsse. Dies ist aber eine gänzlich unhaltbare weltgeschichtliche Generalisation, eine falsche Analogieschlußfolgerung. Die Bürgerklasse hat sich freilich in einigen Ländern durch revolutionäre Gewalt und in andern Ländern durch langsame politische Evolution zu einer politischen Machtstellung emporgeschwungen, welche in vielen Hinsichten „diktatorischer" Art ist — obgleich eine Ausnahme wie Preußen nicht vergessen werden darf. Hieraus aber folgt durchaus nicht, daß das Proletariat das politische Revolutionsproblem auf dieselbe Weise werde lösen können oder lösen müssen.

Die Bourgeoisie hat, höchstens, ein bloß politisches Demokratismusideal. Wirtschaftlich ist die Bourgeoisie stets Anhängerin der sozialen „Diktatur" der Kapitalistenklasse gewesen. Dies als Ausdruck für die fundamentale Tatsache, daß die Bourgeoisie eine wirtschaftliche Eigentümer- und Leiterklasse ist — und es schon war, bevor sie die feudal-absolutistische Gesellschaft vernichtete und selber die politische Macht eroberte. Der Bourgeoisie ist es nur darauf angekommen, diejenige politische und rechtliche Machtstellung zu erlangen, welche ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Machtstellung entsprach.

Das Proletariat aber hat keine solche wirtschaftliche Machtstellung, denn es ist die eigentumslose, dienende Klasse, welche allerdings viel-

leicht „die Expropiatoren expropriieren" könnte, aber keineswegs dazu vorbereitet wäre, die Leitung der Produktion und daneben die ganze Gesellschaftsleitung zu „übernehmen". Die Art und Weise, in welcher eine wirtschaftlich undemokratische Eigentümer- und Leiterklasse politische Revolution gemacht hat, kann den politischen Maßregeln und Schritten der dienenden Klasse unmöglich als Vorbild dienen, um wirtschaftlichen Demokratismus und völligen Demokratismus im übrigen zu erlangen. Dies ist ein ganz anderes politisches Problem als das Problem der Bürgerrevolution.

Die Bourgeoisie war als solche, als Leiterklasse und „gebildete" Klasse stets geistig dazu gerüstet, „die politische Macht zu übernehmen" und sie wenigstens zu ihrer eigenen Zufriedenheit zu verwalten — was ja nicht verhindert, daß, wie in Preußen, die feudalen Klassen fortfahren, stark genug zu sein, um einen wesentlichen Teil ihrer alten politischen Machtstellung zu behalten. Das Proletariat dagegen ist als solches, solange es noch Proletariat bleibt, eine nur dienende und eine nicht „gebildete" Klasse, eine zu Machtfunktionen nicht erzogene Klasse, die bei plötzlichem Emporsteigen zu politischer Alleinherrschaft vor unlösbaren Aufgaben stehen würde und dann, aller Wahrscheinlichkeit nach, in viel zu hohem Grade eben die psychischen Eigentümlichkeiten aufweisen würde, welche gewisse Soziologen unter der Bezeichnung „Psychologie der Masse" schildern. Diese primitiven sozial-psychischen Züge finden wir freilich in reichlichem Maße bei der Bourgeoisie, aber trotz aller revolutionärer marxistischer und anderer sozialdemokratischer Anklagen — doch nicht so überwiegend, daß sie deshalb „zum Herrschen unfähig" wäre oder daß man sie psychisch oder sozial „bankerott" nennen könnte. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer marxistischen Revolutionstheorie den Fehler zuschulden kommen lassen, die geistigen Kräfte des Proletariats sehr zu überschätzen und die der Bourgeoisie sehr zu unterschätzen, insofern, wie diese Kräfte zu unmittelbarer sozialer Machtausübung und Leiterstellung befähigen.

Die Bourgeoisie konnte alle ihre politischen und sozialen Wünsche ohne radikalen Demokratismus erreichen. Das Proletariat kann die seinen nur durch radikalen Demokratismus erreichen. Das ist der

Unterschied. Daher passen die politischen Revolutionsmethoden der Bourgeoisie nicht für das Proletariat.

Die marxistische Klassenkampftheorie scheint mir zu genau nach dem Muster der Bourgeoisie kopiert zu sein. Einer sozialen Klasse, die als solche über die entscheidende Gesellschaftsmacht, welche im wirtschaftlichen Besitzen und Leiten liegt, verfügen kann, ist es sehr natürlich, den tatsächlich existierenden, bisher absolut unerläßlichen Klassenkampf als Mittel zu ihrer eigenen Machtstellung zu benutzen. Solange, wie Kapitalisten und Unternehmer eben Kapitalisten und Unternehmer sind, besitzen sie Macht genug, um selbst in einem sehr zugespitzten Klassenkampfe Aussichten auf zureichende Erfolge zu haben. Aber dem eigentumslosen, dienenden, intellektual und sozial noch wenig entwickelten Proletariate bringt der Klassenkampf so oft die schwersten Leiden und die bittersten Niederlagen, daß das Verdrängen dieses Kampfes durch wahrhaft demokratische, vor allem modern sozialpolitische Institutionen, oder wenigstens seine Regulierung durch diese, als eine Notwendigkeit anerkannt werden muß.

Je mehr man die in politischem Sinne revolutionären Theorien innerhalb der Sozialdemokratie prüft, desto deutlicher stehen sie als Überbleibsel aus einer älteren Revolutionsperiode da, und desto deutlicher sieht man, daß ihnen der nötige Zusammenhang mit dem reiferen Demokratismus unserer eigenen Zeit fehlt. Damit ist gesagt, daß wir es mit einem falschen Radikalismus bei denjenigen zu tun haben, welche an solchen veralteten Anschauungen bloß deshalb festhalten, weil ihnen diese Anschauungen durch ihre Unversöhnlichkeit und ihren Zusammenhang mit künftigen Gewaltmaßregeln außerordentlich „radikal" erscheinen.

Ich wäre der letzte, welcher der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die Berechtigung zu größtmöglichem Radikalismus absprechen wollte. Aber ich kann keinen anderen Radikalismus anerkennen, als den, welcher mit der Selbsterziehung der ganzen Nation zu einem radikalen politischen und wirtschaftlichen Demokratismus vereinbar und gleichbedeutend ist, denn ich kann nicht einsehen, daß wir ohne diese Selbsttätigkeit hinreichend gute Aussicht auf Er-

reichung des Zieles haben, jenes Zieles, welches die radikale Ausrottung der Armut und das Recht und die Pflicht aller, ihr Leben in hoher Kultur zu verleben, ist.

Was der Demokratismus in allen Einzelheiten des sozialen Lebens bedeuten wird, das läßt sich nicht voraussagen, sondern kann nur aus dem demokratischen Streben des ganzen Volkes hervorgehen, einem Streben, mit gesammelter Kraft und einigem Willen die Wohlfahrt aller zu verwirklichen und das Menschendasein überhaupt zu einer freien, starken Lebensentwicklung und zu einem Suchen nach Vollkommenheit zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

Seite

I Radikaler Sozialismus und moderne Sozialpolitik

1. „Utopie" und „Umsturz" 2
2. Demokratismus, Sozialpolitik und Sozialismus 8
3. Der sozialistische Radikalismus 19
4. Der sozialpolitische Radikalismus 34
5. Die moderne Sozialpolitik 46

II Die Sozialdemokratie und das Problem der Demokratie

1. Der Demokratismus innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung 56
2. Demokratie und Klassenkampf 64
3. Der Demokratismus und die bürgerliche Revolution . . . 72
4. Demokratie und Regierung 87
5. Demokratie, Aristokratie und Oligarchie 96
6. Die Möglichkeit der Demokratie 104

III Einige innere Probleme der modernen Demokratie

1. Die äußeren und inneren Probleme der Demokratie . . . 118
2. Arbeitsteilung, Demokratie und Kultur 127
3. Leitende und ausführende Arbeit 135
4. Die Selbsterziehung zur Demokratie 146

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig

Eugen Diederichs Verlag in Jena

Staatsbürgerliche Flugschriften

Herausgegeben von Professor Dr. Hanns Dorn

Eduard Bernstein, Von der Partei zur Sekte. Die deutsche Sozialdemokratie einst und jetzt. br. M —.80

Emil Felden, Landeskirche oder freie Gemeinde? M —.80

Gerhard Hildebrand, Sozialistische Auslandspolitik. br. M —.60

Heinz Potthoff, Soziale Rechte und Pflichten. M 1.—

Martin Rade, Mehr Idealismus in der Politik. M —.80

Jakob Rießer, Der Hansa-Bund. M —.60

Paul Arndt, Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands. M 1.20

Gustaf F. Steffen, Das Problem der Demokratie. M 1.80

Es schließen sich an:

Herbert von Berger, Konservative Kräfte.

Wilhelm von Blume, Aufgaben der Kommunalpolitik

Hanns Dorn, Die Frauenarbeit und ihre gesetzgeberischen Aufgaben.

Bernhard Harms, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.

Stresemann, Die Aufgaben des Nationalliberalismus.

Alfred Vierkandt, Das Bekenntnisrecht des Beamten.

Léon Zeitlin, Ideale der Produktionspolitik.

Die „Staatsbürgerlichen Flugschriften" wenden sich an einen Kreis von Lesern, die die Fragen des öffentlichen Lebens nicht mit Formeln oder Schlagwörtern abtun wollen, sondern in denen das Bedürfnis nach ernster und sachlicher Orientierung über solche Probleme erwacht ist, und die aus der Einsicht in den Staat einen Weg finden wollen zum Willen für den Staat. Die Auffassung vom Staat als einem Feinde des Individuums rückt mehr und mehr in die Vergangenheit; und es erwacht die Erkenntnis, daß der Einzelne nur im Staat und durch den Staat etwas zu sein vermag. „Mir kommt kein Besitz ganz rechtmäßig, ganz rein vor, als der dem Staat seinen schuldigen Teil abträgt." Diese Goethesche Auffassung von der Pflicht des Einzelnen zum Staat beginnt lebendig zu werden. Ohne Unterschied der Partei werden von berufenen Kennern Einzelfragen des öffentlichen Lebens behandelt. Gelehrte, Politiker und Führer im praktischen Wirtschaftsleben bieten das Beste ihrer Erkenntnisse und Erfahrungen dar.

Politische Bibliothek

Herausgegeben von E. Bernstein, H. Dorn und G. F. Steffen

G. F. Steffen, Die Demokratie in England
H. G. Wells, Die Zukunft in Amerika
Lloyd George, Bessere Zeiten
G. Wallas, Politik und menschliche Natur
G. F. Steffen, Der Weg zu sozialer Erkenntnis
R. MacDonald, Sozialismus und Regierung

kart. M 3.— geb. M 4.—

H. Potthoff, Probleme des Arbeitsrechtes. kart. M 4.—, geb. M 5.—

Als nächster Band erscheint:

D. Koigen, Die Kultur der Demokratie. kart. M 4.—, geb. M 5.—

In Vorbereitung sind:

Theodor Barth, Gesammelte Aufsätze
Hanns Dorn, Die Ethik der Arbeit
Jean Jaurès, Die neue Armee. 2 Bde.
Max Maurenbrecher, Der Arbeiter und die Religion
Otto Most, Das Bevölkerungsproblem
O. Poensgen, Die englische Verfassung und Verwaltung
Heinz Potthoff, Liberalismus als Weltanschauung
Helene Simon, Kind, Familie und Staat
Ernst Sieper, Probleme des Schulwesens
Franz Staudinger, Kulturaufgaben der Politik
Gustav F. Steffen, Irrwege zur sozialen Erkenntnis
Albert Thomas, Die Demokratie in Frankreich
Sidney Webb, Die Verhinderung der Armut
Robert Wilbrandt, Sozialismus und deutsche Politik

Die beiden ersten Bände von G. Steffen und H. G. Wells sind berufen, solche als Leser zu gewinnen, die bisher dem politischen Leben ablehnend gegenüberstanden, sie lesen sich so interessant wie Romane. Es handelt sich bei ihnen ebensowenig wie bei den folgenden Bänden darum, daß man sich über das Ausland orientiert, sondern, daß wir durch Vergleich mit den Ländern älterer parlamentarischer Entwicklung die Kernfragen schärfer sehen, auf die es für das eigne Land ankommt. In England ist die Politik in engem Zusammenhang mit religiösen, kulturellen und sozialen Interessen und in Amerika stehen große Schattenseiten des Lebens dicht neben zukunftverheißenden Ansätzen. Des bekannten Ministers Lloyd George Reden informieren über die Ursachen der politischen Umwälzung in England, Wallas behandelt das neue Gebiet des politischen Instinktlebens. Steffen, von der Kritik der „soziale Arrhenius des Nordens" genannt, gibt mit dem „Weg zu sozialer Erkenntnis" dem Gebildeten eine eigne feste Stellung zum Sozialismus, die über den Marxismus hinausführt.

394915

BINDING SECT. OCT 14 1971

HX
276
S79

Steffen, Gustaf Fredrik
Das Problem der Demokratie

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 11 02 04 04 008 5